



Stadt
Augsburg

Städtebauförderung
In Schwaben

Soziale Stadt
Augsburg
Oberhausen-Nord

Evaluation
Zwischenbericht
2008

Schäuble Institut
für Sozialforschung



Andreas Distler
Ingegerd Schäuble



Stadt Augsburg
Integrierte Stadtteilentwicklung

Oberhausen Nord
"Soziale Stadt"

Lage im
Stadtgebiet

Projektgebiet
"Soziale Stadt"

STADTZENTRUM

Haupt
bahnhof



Stadtplanungsamt Augsburg

Zwischenbericht

**EVALUATION DER SOZIALEN STADT
AUGSBURG OBERHAUSEN-NORD**

Schäuble Institut für Sozialforschung, München
Andreas Distler, Ingegerd Schäuble

2008

INHALT

	Seite
Vorbemerkung	6
1. Soziale Stadt in Augsburg Oberhausen-Nord: Kurzbeschreibung	9
2. Ziele und Maßnahmen: Was wollten die Stadt und die Menschen im Quartier?	14
2.1 Werte, Mängel und Probleme im Gebiet	14
2.2 Ziele für das Quartier im Integrierten Handlungskonzept	14
2.3 Maßnahmengruppen im Integrierten Handlungskonzept und in der Projektdokumentation	17
3. Maßnahmenschwerpunkte	19
3.1 Wohnungen und ihr Umfeld	19
3.2 Schulen: Bildung für die Zukunft	22
3.3 Verkehr: Autos ohne Ende, die neue Straßenbahn und Wege zur Wertach	23
3.4 Nahversorgung ist Lebensqualität	24
3.5 Vom grauen zum grünen Stadtteil	25
3.6 Ökologisches Bauen	26
3.7 Lokale Ökonomie	27
3.8 Mikroprojekte des LOS-Programms	31
4. Gebaute Schlüsselprojekte sichern die Soziale Stadt in Oberhausen-Nord nachhaltig	33
4.1 „Ein Haus für Oberhausen“ – Drei-Auen-Schule	33
4.2 Der Bürgertreff in der Drei-Auen-Schule	36
4.3 Die Mitte von Oberhausen-Nord: der Drei-Auen-Platz	37
4.4 Zwei besondere Wohnblöcke in der Ahornerstraße 5 und 7	38
4.5 Das „Forum“ im offenen Pausenhof der Löweneckschule	38
5. Soziale Schlüsselprojekte geben dem gebauten Quartier dauerhafte Qualität und Lebendigkeit	40
5.1. Stadtteilzeitung „Unser Viertel“	41
5.2. Internet-Café Netage	42
5.3. Alltagsdeutschkurs	43
5.4. Sprachtreff	44
5.5. Kinder gestalten Räume	46
5.6. Selbstbehauptungskurs für Mädchen	48
5.7. Oberhausen – Wiege Augsburgs. Ein Stadtteil stellt sich vor.	49
5.8. Beratungen durch das Quartiersmanagement	50

6.	Ablaufstruktur, Strategieinstrumente und Arbeitsweisen zur Realisierung und Sicherung der Soziale Stadt Ziele	52
6.1	Entscheidungsablauf der Sozialen Stadt für Oberhausen	52
6.2	Der Einstieg in das Soziale Stadt Projekt	54
6.3	Bisheriger Verlauf des Gesamtprojekts	55
6.4	Konzepte und Pläne als Strategieinstrumente: Integriertes Handlungskonzept, Projekthandbuch, Rahmenplan	58
7.	Arbeits- und Entscheidungsgremien und Büros/Personen	62
7.1.	Lenkungsgruppe – lernende Verwaltung	63
7.2.	Projektgruppe im Stadtplanungsamt, Jour fixe – auch: lernende Verwaltung	64
7.3.	Stadtteilarbeitskreis – lernende Stadtaktive	65
7.4.	Quartiersmanagement	66
7.5.	Projektsteuerung	70
7.6.	Städtebauliche Planung	71
8.	Aktivierung und Beteiligung in Oberhausen-Nord	72
8.1	Wege und Organisation der Beteiligung	72
8.2	Bedeutung von Quartiersmanagement und Stadtteilarbeitskreis für die Beteiligung	74
8.3	Einbindung bürgerschaftlicher Kreativität und Arbeit	76
8.4	Lernende Bürgerschaft – aktive Bevölkerung	78
9.	Besondere AkteurInnen – ihre Rolle und Bedeutung	80
9.1.	Baureferat (Referat 6) und Stadtplanungsamt	80
9.2	Städtische Referate in der Lenkungsgruppe: Schulreferat, Sozialreferat, Umweltreferat	80
9.3	Quartiersmanagement und Initiative Beratung und Begegnung e.V. (IBB)	84
9.4	Wohnungsbau-Gesellschaft (WBG)	85
9.5	Lehmbaugruppe	86
9.6	Industrie- und Handelskammer, Handwerkskammer, Wirtschaftsförderung	87
9.7	Der „Stadtteil-Bürgermeister“	87
9.8	Begleitende örtliche Presse	89
9.9	Regierung von Schwaben mit ihrer Förderstelle Städtebauförderung	89
10.	Verfahren	90
10.1	Ressourcen-Bündelung, Vernetzung und Zusammenarbeit (Geld, Wissen, Fachkräfte, Verwaltungsdienststellen, fachliche Teilkonzepte)	90
10.2.	Berichterstattung zum Nutzen für das Verfahren	92
10.3.	Projektsteuerung und Steuerung einzelner Teilprojekte	92
10.4.	Projekthandbuch und Integriertes Handlungskonzept als Steuerräder	94
10.5.	Vergabe von Dienstleistungen	94
10.6.	Sanierungsrecht nach dem Baugesetzbuch	95
10.7.	Bebauungsplan – wozu, wenn städtebaulich fast alles Bestand hat?	96
10.8.	Städtebaulicher Rahmenplan für das Verfahrens	97

11.	Finanzierung und Förderung	98
11.1	Grundsätze der Finanzierung	98
11.2	Bündelung der Finanzierungstöcke	99
11.3	Investive und nicht investive Kosten – Förderpraxis	99
11.4	Verfügungsfonds	101
12.	Ausstieg und Verstetigung des Soziale Stadt-Prozesses	103
12.1	Strategie für den Ausstieg in Oberhausen-Nord	103
12.2	Konzept der Verstetigung: Fortsetzung und Begleitung der eingeleiteten Prozesse und eingerichteten Strukturen zur bleibenden Stärkung der örtlichen Gesellschaft	104
12.3	Ansätze für eine Verstetigung der baulichen Errungenschaften	106
12.4	Ansätze für eine Verstetigung der sozialen Errungenschaften	106
12.5	Kosten der Verstetigung, ihre Finanzierung und Förderung	107
12.6	Berichte aus dem Viertel für Politik und Verwaltung, Öffentlichkeitsarbeit und Presse	108
13.	Qualitäten im Quartier – Gesamtbewertung des Soziale Stadt Projektes	110
13.1.	Bedeutung der Sozialen Stadt für die Stadt und für Oberhausen-Nord	110
13.2.	Erfolge und ihre Gründe	111
13.3.	Was hätte besser sein können? – Was müsste künftig besser gemacht werden? – Welche Gefahren lauern?	112
14.	Empfehlungen	115
14.1.	Empfehlungen an die Stadt	115
14.2.	Empfehlungen an das Land und den Bund	116

ANHANG

Glossar	118
Literatur	122
Materialien – Liste der LOS Projekte	124

<p>Lesehinweis: * verweist auf Erläuterungen im Glossar</p>

Vorbemerkung

Mit Engagement wird seit dem Jahr 2000 in Augsburg ein Projekt zur Aufwertung des Stadtteils im Rahmen des Bund-Länder-Programms Soziale Stadt* durchgeführt, eines „Stadtteils mit besonderem Entwicklungsbedarf“. Nach dem Beschluss des Stadtrates am 18. Mai 2000 begannen die ersten Schritte zu einer Integrierten Stadtteilentwicklung Oberhausen-Nord. Seither sind zahlreiche Verfahren und Veränderungen im Quartier zu beobachten, über die hier berichtet werden soll.

Am 31.12.2006 endete – nach 6 Jahren – die Tätigkeit des Quartiersmanagements. Aber die baulichen Sanierungen werden sicher wohl noch bis Ende 2007 / Anfang 2008 weiterlaufen. Für das federführende Referat in der Stadt Augsburg, das Baureferat, war die Verabschiedung des Quartiersmanagements Anlass, eine neutrale externe Evaluation des Projektes beim Schäuble Institut für Sozialforschung, München, im September 2006 in Auftrag zu geben. Es sollte das Wissen und die Erfahrung des Quartiersmanagements rechtzeitig gesichert und die Kontinuität der Evaluation auch für den Zeitraum nach Schließung des Stadtteiltreffs gewährleistet bleiben. Die Evaluation erfolgt in zwei Teilen:

- Teil 1 beinhaltet mit Projektstand April 2007 eine Auswertung der Erfahrungen und Ergebnisse in den Bereichen Projektorganisation, Quartiersmanagement, Integriertes Handlungskonzept (IHK) und Beteiligungen sowie Fragen zur lokalen Ökonomie, Finanzierung und Verstetigung.
- Teil 2, der den Teil 1 später zu einem Ganzen abrundet, wird nach Abschluss der baulichen Sanierungen Erkenntnisse hinzufügen zu den Fragen der Quartiersentwicklung, Bevölkerungsentwicklung, Wohn- und Umfeldqualität, Stadtteilleben und Image sowie zu Ausstrahlungseffekten in der Stadt.

Die Evaluation erfolgt im Verständnis einer qualitativen In-Wert-Setzung dessen, was im Rahmen des Projektes Soziale Stadt im Förderzeitraum erreicht werden konnte, und nennt auch diejenigen Bereiche, in denen die gesetzten Ziele nicht oder auch anders erreicht wurden als ursprünglich (z.B. im Integrierten Handlungskonzept) geplant. Es sollen positive Entwicklungen ebenso wie weniger günstige Erfahrungen zur Sprache kommen mit dem Ziel, aus diesem Projekt für vergleichbare Aufgaben in anderen Soziale Stadt Projekten zu lernen – sei es für eine weniger konfliktreiche, eine schnellere oder auch eine

noch zielgerichteter Bewältigung anstehender Probleme. Damit kommt Augsburg der Forderung des DIFU (Mai 2006, S. 38) nach:

„Komplexität und Kompliziert der Verfahren der Verstetigung lassen es angeraten erscheinen, Erfahrungsaustausch und übergreifende Netzwerke zur Stützung und zum Informationstransfer weiter auf- und auszubauen. Zur Verstetigung gehört auch, dass die Umsetzungserfahrungen des ausfinanzierten Gebietes an neu ins Programm aufgenommene Gebiete weitergegeben werden sowie für den Aufbau und Ausbau von leistungsfähigen Verwaltungsstrukturen nutzbar gemacht werden.“

Am Beispiel Augsburg Oberhausen-Nord lassen sich die zukunftsfähigen Lernprozesse für alle Beteiligten (Stadtverwaltung, Stadtpolitik, Stadtaktive, Bürgerschaft, Fachbüros) in Soziale Stadt Projekten gut aufzeigen. Soziale Stadt Projekte erweisen sich danach als umso erfolgreicher, je konsequenter sich die Lernenden für andere Formen der Kooperation öffnen. Aufwertung und Neuorientierung im Gebiet ist in diesem Sinne das Ergebnis einer konzertierten Anstrengung, zu der alle an ihrem jeweiligen Platz beigetragen haben.

Anliegen des Baureferates ist es, den Nutzen und die Wirksamkeit der umfangreichen und tiefgreifenden Bemühungen um eine Aufwertung des Stadtteils Oberhausen-Nord im Detail zu überprüfen und ggf. weiterreichende Empfehlungen für Verbesserungen zu formulieren. Deshalb sollen in diesem Bericht

- Aufwertungen sichtbar gemacht
- gute Arbeit gewürdigt
- die klare Arbeitsstruktur im Projekt für andere nachvollziehbar aufgezeigt
- Empfehlungen für die weitere integrierte Arbeit in vergleichbaren Projekten ausgesprochen werden.

Für eine neutrale Evaluation hat sich die Stadt entschieden, um unabhängige Informationen und Anhaltspunkte zu bekommen. Damit geht sie nach Aussage der im Oktober 2006 veröffentlichten Daten des DIFU (Oktober 2006, S. 22) einen eher ungewöhnlichen Weg:

„Über Ansätze der Prozessevaluierung wird für über 80 % der Quartiere der Sozialen Stadt berichtet. Die Zahl der Quartiere, in denen Evaluierungen bereits tatsächlich durchgeführt wurden oder werden, ist aber im Verhältnis zum programmatischen Stellenwert von Monitoring und Evaluierung noch relativ gering.“ ... „Auch externe Evaluierungen werden vergleichsweise zurückhaltend umgesetzt. Für über die Hälfte der Programmgebiete (124 Gebiete) liegt bisher weder eine externe Evaluierung vor, noch ist eine solche in Arbeit oder geplant. ... Nur 17 % der Gebiete verfügen über eine ... abgeschlossene Fremdevaluierung.“

Das Schäuble Institut für Sozialforschung, München, kommt der Zielsetzung der Stadt im Sinne des Programms methodisch mit einem im Wesentlichen qualifizierenden Instrumentarium nach. Im hier vorgestellten Teil 1 der Evaluation werden Informationen aus

- Dokumentenstudien
- Sekundärstatistiken
- leitfadenstrukturierten Gesprächen in Fachressorts, mit Stadtaktiven und MultiplikatorInnen
- einer Gruppendiskussion im Stadtteilarbeitskreis

unter verschiedenen Perspektiven und hinsichtlich verschiedener Interessenlagen ausgewertet.

In Oberhausen-Nord sind – wie in anderen Programmgebieten der ersten Stunde auch – die formalisierte Datensammlung und deren laufende systematische Ergänzung/ Auswertung in der Überforderung der Projektanfangsphase nur rudimentär erfolgt. Weil aber reines Zählen (von Aktivitäten, Menschen oder Geldbeträgen) ohnehin die entstandenen Qualitäten im Quartier nicht angemessen abbilden könnte, wird diese Evaluation in der Mischung aus qualitativen und quantitativen Ergebnissen die Erfolge und Veränderungsdynamiken rückblickend zuverlässig erfassen. Recherchen und Gespräche werden interaktiv genutzt, um systematisch – auch durch Rückmeldungen und kontinuierliche Ergänzung im laufenden Erhebungsprozess – eine Verdichtung und Fundierung der Ergebnisse zu erreichen.

Die Tatsache, dass mit dieser Evaluation sehr viele Beteiligte mit ihren Erfahrungen aus dem Soziale Stadt Projekt in Augsburg zu Wort kommen, das Evaluations-Ergebnis also aus vielerlei Gesichtspunkten beleuchtet wird, trägt zu seiner Eignung als Arbeitshilfe für andere Soziale Stadt Gebiete in Augsburg oder auch anderen Städten bei.

Die Stadt hat daher die Absicht gezeigt, nach Abschluss von Teil 2 der Evaluation die wichtigsten Erkenntnisse aus der Untersuchung in einer knapp gefassten, anschaulichen und leicht lesbaren Broschüre zu veröffentlichen.

1. Soziale Stadt in Augsburg Oberhausen-Nord: Kurzbeschreibung

Oberhausen-Nord (34,2 ha) war im Jahr 2000 als mehrfach belastetes Gebiet in der Stadt Augsburg mit

- einem Bündel sozialer Probleme (hohe Fluktuation, hoher Anteil Erwerbsloser, hoher Anteil ausländischer Bevölkerung, starke Vereinzelung, geringes Gemeinschaftsbewusstsein, geringe Bildungsangebote)
- einem hohen Sanierungsbedarf in seinem Gebäudebestand aus den dreißiger Jahren, hoher Bebauungsdichte, Mängel im öffentlichen Raum und fehlender sozialer Infrastruktur sowie
- Defiziten im Grün-, Freizeit- und Spielbereich

für eine gemeinsame Anstrengung im Rahmen des Soziale Stadt Programms ausgewählt worden. Die Integrierte Stadtteilentwicklung sollte es ermöglichen, diesen vielfachen Problemen mit den Fördermitteln dieses neuen Programms und mit einem fachlich gebündelten Konzept gezielt zu begegnen: städtebauliche, soziale, wirtschaftliche und ökologische Fachleute sollten zusammenwirken, um in enger Kooperation die Probleme des Gebietes zu erkunden und zusammen mit den dort lebenden interessierten Menschen und den aktiven Einrichtungen, Initiativen und Verbänden vor Ort zu lösen. Ab dem Jahr 2003 kamen auch noch zahlreiche sog. Mikroprojekte des Bundesprogramm „Lokales Kapital für soziale Zwecke“ (LOS*) hinzu, die trotz kleiner Förderbeträge auch dazu beitragen konnten, die soziale, ökonomische und kulturelle Stabilisierung des Quartiers zu stärken.

Im Jahr 2000 wurden wesentliche Weichen für ein Gelingen des Vorhabens gestellt mit der Beauftragung

- Vorbereitender Untersuchungen (Städtebau, Ökonomie, Sozialraum)
- eines Büros zur Unterstützung der Projektsteuerung
- der Einrichtung zur Organisation des Quartiersmanagements.

Alles in allem werden diese Schritte rückwirkend besehen als positiv betrachtet. Lediglich durch eine frühere Beauftragung des Quartiersmanagements zusammen mit einer vorbereitenden Projektsteuerung hätten möglicherweise noch weitere Vorteile für das Projekt erzielt werden können, weil das Quartiersmanagement dann seine Kompetenz schon bei der Schwerpunktsetzung des Projektes hätte einbringen können (siehe Kapitel 7.4).

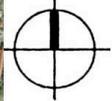


Stadt Augsburg
Integrierte Stadtteilentwicklung

Oberhausen Nord
"Soziale Stadt"

**Lage im
Stadtgebiet**

Projektgebiet
"Soziale Stadt"



Stadtplanungsamt Augsburg

Eine herausragende Rolle als Netzwerkzentrum war von Beginn an dem Stadtteilarbeitskreis zugedacht. Von hier aus sollten Meinungsbildungsprozesse, Ideenfindungen und Arbeitsteilungen besprochen und gesteuert werden. Die Erwartung, dass vom Stadtteilarbeitskreis aus nach dem Förderzeitraum auch die Verstetigung organisiert werden könnte, schwang von Anfang an mit. Dass in der Praxis dann aber der organisatorische Rahmen für die ihm zugedachte aktive Rolle möglicherweise nicht hinreichend gewesen ist, stellt einen wichtigen Ansatz zur Optimierung in zukünftigen Sozialen Stadt Projekten dar.

Aus Sicht des Quartiersmanagements zeigten sich in Oberhausen-Nord die sozialen Probleme von Anfang an sehr differenziert in folgendem:

- Es gab kaum ein stärkeres Bildungsbürgertum, das sich für sozial Schwächere engagieren könnte, wie dies in anderen Stadtgebieten der Fall ist
- Lebensgeschichtlich bedingt fehlen bei der Bewohnerschaft weitgehend soziale Ressourcen, so dass soziales Engagement nicht aufgebracht werden kann
- Vereinsamung und erlernte Hilflosigkeit schränken die Problemlösungsfähigkeiten bei der Bewohnerschaft ein
- Autoritätsängste erschweren vielfach eine Zusammenarbeit mit aktiven Gruppen und Personen
- Bei einer ausgeprägten Nimm-Struktur ist die Balance zwischen Geben und Nehmen gestört.

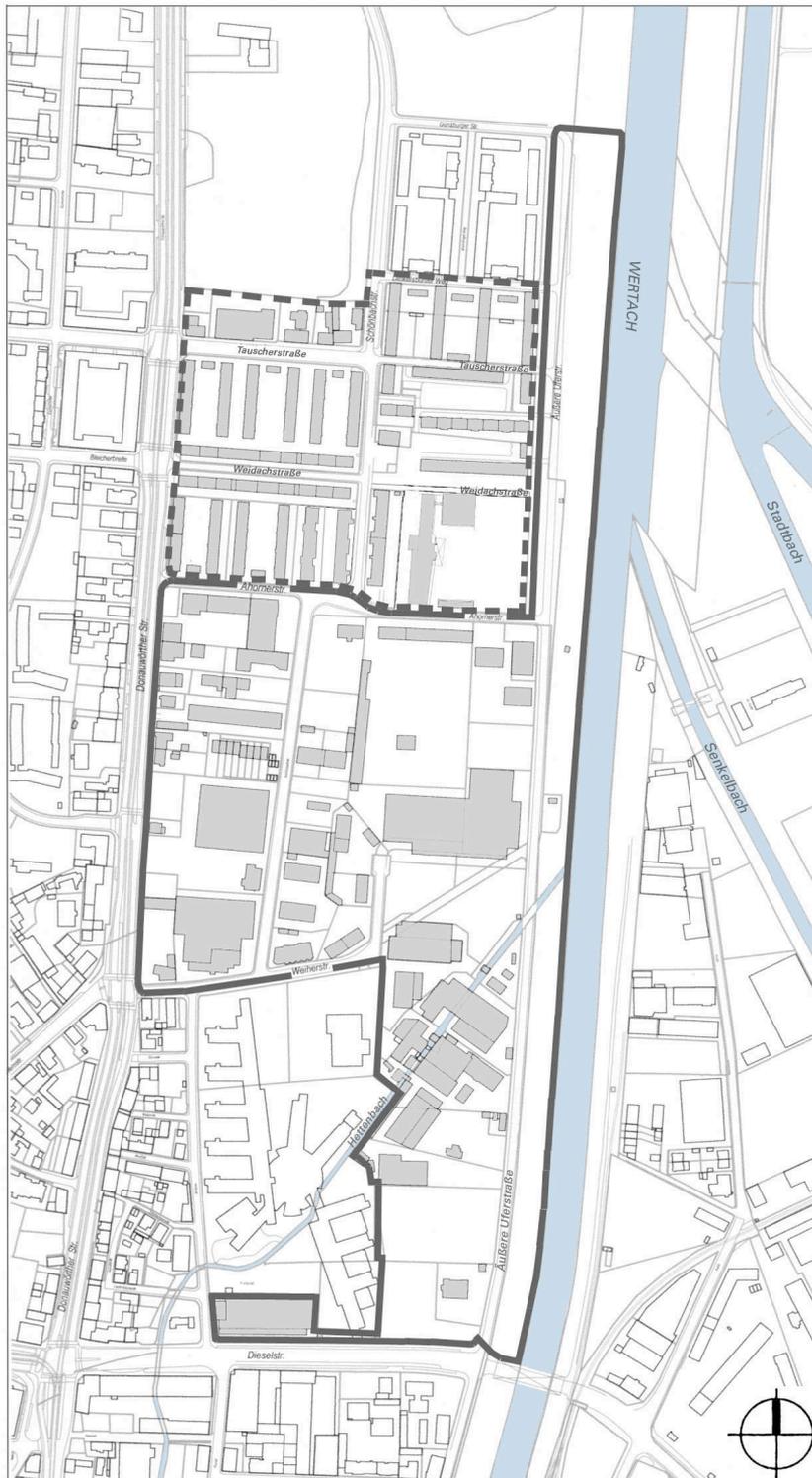
Für die städtische Wohnungsbaugesellschaft WBG* (als dem Haupteigentümer in Oberhausen-Nord) ging es im Sozialen Stadt Projekt um die Arbeit mit einer vierfach stigmatisierten Bewohnerschaft, die materiell, kulturell, ethnisch und sozial-kommunikativ auf der Schattenseite der Gesellschaft steht. Deshalb war auch im Interesse der WBG ein Quartiersmanagement unabdingbar für die erfolgreiche Projektbearbeitung.

Von herausragender Bedeutung für dieses komplexe Erneuerungsvorhaben war der Wille der Stadt zum Arbeiten nach ganzheitlichen und integriert entwickelten Konzepten. So sollten in der Lenkungsgruppe alle maßgeblich Verantwortlichen an einem Tisch sitzen und für einen reibungslosen Planungs- und Durchführungsablauf sorgen. Im Interesse einer straffen Organisation im Sozialen Stadt Projekt, sorgte der federführende Baureferent dafür, dass in der Len-

kungsgruppe die Führungskräfte den Weg für die Umsetzung der Planungen auf den unteren Ebenen frei machten. Entscheidungsnähe und kurze Verwaltungswege in der Lenkungsgruppe waren dafür wichtige Qualitäten nicht nur im Binnenverhältnis des Projektes. Sie wirkten auch nach außen als ein sichtbares Zeichen für die Ernsthaftigkeit, mit der die Stadt das Vorhaben anging.

Daneben begünstigten eine klare Zuständigkeitsregelung und eine straffe Organisation die Umsetzung der Planungen in die Praxis. Aufgeschlossenheit für unterschiedliche fachliche Sichtweisen und die Fähigkeit zum konzeptionellen und integrierten Denken – in Augsburg durch weit zurückreichende Erfahrungen mit Sanierungsmassnahmen und Konversionsprojekten vorhanden – konnten im Soziale Stadt Projekt genutzt werden.

In der in der Hierarchie hoch aufgehängten Lenkungsgruppe konnte eine Vielzahl von konzeptionellen Konflikten und Interessenwidersprüchen bearbeitet werden, bevor sie die Planungsumsetzung störten oder behinderten. Dies setzte allerdings voraus, dass die Lenkungsgruppe von Persönlichkeiten geprägt war, die bei großer Aufgeschlossenheit für Veränderungen konfliktstark und in der inhaltlichen Orientierung zielsicher sind. In Augsburg hat es sich im Großen und Ganzen bewährt, das Integrierte Handeln von den oberen Ebenen her in Gang zu setzen und zu ermuntern. Indem sich die Lenkungsgruppe positioniert, kann sie die umsetzungsnäheren Arbeitsebenen von Konflikten und Verteilungskonkurrenzen möglichst freihalten. Dass dabei auch bei einer guten Zusammenarbeit auf der menschlichen Ebene Konkurrenz zwischen Fachbereichen bestehen und wirksam bleibt, ist unausweichlich.



Stadt Augsburg
Integrierte Stadtteilentwicklung

Oberhausen Nord
"Soziale Stadt"

**Abgrenzung der
Sanierungsgebiete**

Sanierungsgebiet Nr. 9
Oberhausen-Nord
"Wohnsiedlung"
im umfassenden Verfahren

Sanierungsgebiet Nr. 8
Oberhausen-Nord
im vereinfachten Verfahren

Stadtplanungsamt Augsburg

2. Ziele und Maßnahmen: Was wollten die Stadt und die Menschen im Quartier?

2.1 Werte, Mängel und Probleme im Gebiet

Alles Wichtige für das Projekt sollte im Projekthandbuch bzw. im Integrierten Handlungskonzept verbindlich niedergelegt und von allen Interessierten nachgelesen werden können. Am 20.11.01 wurde das Integrierte Handlungskonzept im Stadtrat verabschiedet. Der Bestand und seine Bewertung (Problemanalyse) für folgende Bereiche werden darin mit Text und Plänen ausführlich dargelegt:

- Sozialstruktur: Der Abschnitt endet mit sehr konkreten Vorschlägen für das Quartiersmanagement und die Bürgerbeteiligung.
- Lokale Ökonomie: Hier werden die Standortsituation der Betriebe, die Nahversorgung und die Beschäftigungslage im Quartier beschrieben. Einige Zielvorstellungen sind bereits eingestreut.
- Städtebau: Es werden die Art der Nutzung, die Situation von Verkehr, Grünflächen und Stadtgestalt, teilweise pauschal und teilweise verortet, in Text und auch Plänen dargestellt.
- Wohnungsbau und Wohnumfeld: In diesem Abschnitt wird die Entstehungs- und Veränderungsgeschichte der WBG-Siedlung sowie vor allem eine recht genaue Analyse des Wohnungsbestands und des Wohnumfelds beschrieben. Die Ziele zum Wohnungsbau, insbesondere auch die Zusammenlegung der vielen kleinen Wohnungen, sind hier bereits mit Verbesserungsvorschlägen in Text und Planskizzen formuliert.

Ein weiteres Kapitel des Integrierten Handlungskonzepts gibt schließlich eine zusammenfassende Problemanalyse für das Gebiet Oberhausen-Nord.

2.2 Ziele für das Quartier im Integrierten Handlungskonzept

Ausgehend von der Problemanalyse erfolgt eine Auflistung der einzelnen Ziele in Text und – für den Städtebau – zusätzlich auch in einem Rahmenplan. Die Ziele der Stadt für Oberhausen-Nord waren vielfältig und anspruchsvoll. Im Beschlussvorschlag vom 20.11.2001 (siehe dort) sind sie für vier Bereiche formuliert worden, denen folgendes Leitbild vorangestellt wurde:

„Aufwertung des Stadtteils mit Verbesserung des Images und Stärkung der Stadtteilidentität durch stadträumliche, bauliche, wirtschaftliche, soziale und informelle Maßnahmen (z.B. Stadtteilmarketing, Stadtteilwerbung und Öffentlichkeitsarbeit).“

Einen Überblick über die ins Auge gefassten Ziele gibt die folgende Tabelle aus dem Integrierten Handlungskonzept von 2001.

Ziele Städtebau und Wohnen im Integrierten Handlungskonzept:

- Verbesserung der Wohnverhältnisse (Modernisierung und Aufwertung des Wohnungsbestandes, Neubau von Wohnungen, auch Sonderformen, Milderung von Nutzungskonflikten)
- Aufwertung des Wohnumfeldes: Beseitigung der Defizite in öffentlichen und privaten Freiräumen
- Schaffung eines Quartierszentrums: Gestaltung des Quartiersplatzes mit Anlagerung attraktiver Nutzungen und Möglichkeiten zur Kommunikation
- Funktionale Mischung zur Stärkung des Quartiers: Förderung von Mehrkleinteiligkeit und Ergänzung des Angebotes
- Anbindung des Quartiers: Fuß- und Radwegebeziehungen sowie infrastrukturelle Verknüpfung
- Optimierung der Verkehrssituation: Ordnung des ruhenden und fließenden Verkehrs, attraktiver Anschluß an das ÖPNV-Netz (Innenstadt)
- Schaffung von Gemeinbedarfseinrichtungen: Gemeinschaftsräume für verschiedene Altersgruppen

Ziele Ökologie:

- Sicherung von Grünflächen: Erhaltung bestehender und naturnaher Gestaltung von Grünräumen, Entsiegelung von Freiflächen
- Verbesserung des Energiehaushalts: Energieeinsparung, regenerative Energie
- Verbesserung des Wasserhaushalts: Entsiegelung und Versickerung, Regenwassernutzung

Ziele Ökonomie:

- Sicherung der Standortvorteile: Erhalt und Absicherung des gewerblichen Flächenangebots, Gewährleistung der verkehrlichen Erreichbarkeit
- Nutzung der Großbetriebe: Einbindung der Großbetriebe in Standortstärkungsmaßnahmen, Ausbau der Kommunikation und Information zwischen Klein- und Mittelbetrieben sowie den Großbetrieben
- Verbesserung der Attraktivität des Nahversorgungszentrums: Stärkung der betrieblichen Basis der entverbraucherorientierten Betriebe aus Einzelhandel und Dienstleistungen, Erhöhung der Aufenthalts- und Erreichbarkeitsqualität, bedarfsbezogene Flächenentwicklung
- Erhalt und Stärkung der gewerblichen Strukturen: Mobilisierung der Eigenpotentiale des Gewerbes, Beratung und Förderung von Unternehmen und Eigentümern, Schaffung von räumlichen und organisatorischen Entwicklungsmöglichkeiten
- Beschäftigungsimpulse: Information zu Beratungs- und Vermittlungsangeboten, beratende Dienste für Gewerbetreibende und Unternehmen zur Beschäftigung arbeitsloser Jugendlicher und Erwachsener
- Existenzgründungen und Qualifizierung: Beratung, Weiterbildung und Informationen über Fördermöglichkeiten

Ziele Soziales:

- Aktivierung und Beteiligung der Bewohner: Arbeitsgruppen, altersspezifische Angebote, Unterstützung durch Fachleute, Erhöhung der „sozialen Kompetenz“
- Stärkung der Mitwirkungsbereitschaft und des Stadtteilbewusstseins: Beteiligung bei der Maßnahmendurchführung, Übergabe von Verantwortung an die Bewohner, soziale und kulturelle Aktivitäten
- Integration verschiedener ethnischer Gruppen: Einbeziehung von Multiplikatoren und muttersprachliche Verständigung, Sprachkurse, Nationalitäten, übergreifende Identitätsbildung, Verbesserung der Konfliktfähigkeit
- Sozialverträgliche Durchführung der Sanierung: Sozialplan
- Vermeidung sozialer Segregation: Soziale Mischung ein breites Wohnraumangebot unterschiedlicher und angemessener Wohn- und Besitzformen (Miete / Eigentum)

Für die Umsetzung dieser Ziele wurde im Integrierten Handlungskonzept ein Maßnahmenkatalog erarbeitet mit geschätzten Kostenansätzen, möglichen Finanzierungen und Förderprogrammen sowie der Benennung der Stellen oder Personen, die für das jeweilige Projekt verantwortlich sein sollen (Kapitel 6.4).

Resümée zum Integrierten Handlungskonzept

- Die Erfassung des Bestands im Integrierten Handlungskonzept und die Analyse der (zum Zeitpunkt ihrer Entstehung) ermittelten Probleme zeugen von hoher Professionalität. Der Versuch ist erkennbar, die vier Fachbereiche Städte- und Wohnungsbau, Ökologie, Ökonomie und Soziales im Sinne von fachlicher Integration aufeinander zu beziehen.
- Die zum Teil etwas allgemein gehaltenen Beschreibungen einzelner Ziele sind (wie übrigens in sehr vielen Vorbereitenden Untersuchungen der klassischen Sanierung und auch der Sozialen Stadt leider üblich) hier sicher auch dem frühen Stadium der Zielformulierung für die Soziale Stadt geschuldet. So fällt auf, dass das als tatsächlicher Erfolg wiederholt gepriesene Ziel, eine bessere soziale Mischung mit einer durchgehenden Änderung der Wohnungsgrößen zu erreichen, im Zielkatalog von 2001 noch nicht ausdrücklich genannt wurde.
- Problemanalyse, Ziele und Maßnahmen im Integrierten Handlungskonzept wurden unter weitreichender Mitwirkung vieler beteiligter AkteurlInnen erarbeitet, vor allem des Stadtteilarbeitskreises. Trotzdem kam von verschiedenen Betroffenen und Beteiligten die Kritik, dass sie für die Konzepterarbeitung nicht, nicht ausreichend oder gar nicht gehört worden seien. Ein Problem ergab sich auch daraus, dass das Quartiersmanagement nicht rechtzeitig, nämlich erst nach Fertigstellung des Konzepts eingestellt werden konnte. Der Grund hierfür lag v.a. in administrativen Schwierigkeiten bei der Vertragsvorbereitung und Auftragsvergabe.
- Eine klare nutzbringende Trennung zwischen Problemanalyse und Zielformulierung mit konkreten Verbesserungsvorschlägen ist teilweise nicht konsequent erfolgt. So ist die Aufzählung der Zielvorstellungen relativ allgemein gehalten im Verhältnis zu manchen sehr konkreten Zielen mit Maßnahmenvorschlägen, die bereits in der „Bestandsanalyse“ aufgeführt sind. Besonders auffällig ist dies im Teil 3.1 „Sozialstruktur“. Daran ist erkennbar, dass – wie in fast allen bayerischen Programmgemeinden – die Absicht, das integrierte Arbeiten bereits im Handlungskonzept deutlich zu machen, eine Herausforderung ist.
- Das früh entstandene Integrierte Handlungskonzept wurde trotz einer dort niedergelegten Absicht nicht mehr fortgeschrieben, u.a. auch weil der Stadtteilarbeitskreis als Ideengeber und Anreger des Gesamtprojektes offensichtlich keine Initiative zur Fortschreibung ergriffen hat, was die Stadt erwartet hätte. Daher sind eine Reihe von bedeutenden Zielen und Maßnahmen im Prozessverlauf entfallen bzw. hinzugekommen, ohne vorher im Konzept verankert oder nachher aus dem Konzept genommen worden zu sein. Am auffälligsten ist dies bei der so wichtigen Drei-Auen-Schule mit den dazugehörigen Zielvorgaben zum Thema „Bildung“, das für den Erfolg der meisten Sozialen Stadt Projekte von herausragender Bedeutung ist. Auch die zunehmende Bedeutung der Mikroprojekte des später dazu gekommenen LOS-Programms konnte so konzeptionell nicht mehr mit dem im Umgriff wesentlich kleineren Gesamtprojekt Soziale Stadt vernetzt werden.

- Gänzlich fehlen im Integrierten Handlungskonzept ein Zielkonzept für den Ausstieg aus dem Programm und Überlegungen zur Verstetigung der eingeleiteten Erneuerungsprozesse nach Auslaufen der staatlichen Hauptförderung. Nach der regelmäßigen bundesweiten Befragung aller Soziale Stadt Projekte durch das DIFU*, zuletzt 2006, besteht dieser Mangel bei den meisten Programm-Kommunen der Bundesrepublik.

2.3 Maßnahmengruppen im Integrierten Handlungskonzept und in der Projektdokumentation

Im Integrierten Handlungskonzept war bereits eine Liste von Maßnahmen mit Kosten- und Zeitschätzungen angedacht worden. Daraus entstand im Zuge der Umsetzung – auch für die jährliche Programmanmeldung bei der Regierung von Schwaben – eine wiederholt fortgeschriebene Projektdokumentation für alle großen und kleinen Projekte unabhängig von der Art ihrer Förderung. Sie zeigt immer aktuell für die Projekte und Maßnahmen den Sachstand und die Schritte, die noch zu tun sind, um die Projektziele zu erreichen. Die Dokumentation enthält in tabellarischer Form für alle Projekte und Maßnahmen folgende Angaben:

Lfd. Nummer	Projekt Maßnahme	Kostenansatz In Tsd. €	Finanzierung Förderung	AkteurInnen/ Projektver- antwortliche	Sachstand, zu veranlassende Schritte

Dabei beschreibt sie – auf Sofortmaßnahmen und mittelfristige Maßnahmen verteilt – sechs Maßnahmengruppen:

- Bürgermitwirkung und Stadtteilleben
- Lokale Wirtschaft, Arbeit und Beschäftigung
- Infrastruktur
- Wohnen
- Quartiersentwicklung und Wohnumfeld
- Ökologie und Energie

Resümée zu den Maßnahmengruppen:

Die übersichtliche und praktische Dokumentation gibt wie ein roter Faden* allen beteiligten Stellen, AkteurInnen und auch der interessierten Bürgerschaft einen Überblick darüber, was bereits erledigt wurde, was noch von wem und mit welcher Finanzierung zu erledigen ist und wo sich Interessierte noch aktiv einbringen könnten. Sie konnte die Mitglieder des Stadtteilarbeitskreises, die dazu aufgerufen wurden, aber offensichtlich nicht ausreichend dazu motivieren, sich aktiv in eine Fortschreibung des Integrierten Handlungskonzepts einzubringen. Ohne diesen Input wurde auch die Lenkungsgruppe nicht mehr mit dem Thema Fortschreibung befasst.

Dem endgültigen Evaluationsbericht wird eine abschließende Projektdokumentation beigelegt werden.

3. Maßnahmenschwerpunkte

3.1. Wohnungen und ihr Umfeld

Die schon lange vor 1999 anstehende Sanierung des Wohnungsbestands der städtischen WBG* war Ausgangspunkt und ist zentrales Ziel der Stadteilerneuerung in Oberhausen-Nord. Das städtische Wohnungsunternehmen mit dem Geschäftsführer Edgar Mathe, der in den Gesprächen als die „personifizierte Verantwortlichkeit des Quartiers“ bezeichnet wird, hat den entscheidenden Anstoß für die frühzeitige Aufnahme von Augsburg in das bayerische Soziale Stadt Programm gleich im ersten Programmjahr gegeben.

Auffallend ist die Grundhaltung, in der das Thema Wohnungsbau Oberhausen-Nord angegangen worden ist. Die Stadt und ihre Tochter WBG vertraten für die Sanierungsarbeit einige wesentliche gemeinsame Grundsätze, wie etwa:

- Ziel der Sanierung ist es nicht allein, die Häuser mit ihrem Umfeld zu erneuern, sondern vielmehr dadurch die Lebensumstände der Bewohnerschaft zu verbessern und so ihre Lebensfreude und damit ihre Teilhabe am Stadtleben zurück zu gewinnen. Die soziale Erstarkung der örtlichen Gesellschaft ist ein ganz zentrales Anliegen der Sozialen Stadt.
- Die Wohnung wird nicht nur als Wirtschaftsgut sondern als ein Gemeingut gewertet. Folgerichtig werden an die Menschen nicht „nur“ Wohnungen, sondern auch „Nachbarschaften“ vermietet.
- Mit der Herstellung von Werthaltigkeit und Zukunftsfähigkeit kann das Quartier künftig der „Stadtrendite“ zugerechnet werden. Daher ist es dringend, dass das Quartier – über die städtische WBG – unbedingt im öffentlichen Besitz bleibt. Nur so kann die Stadt auch weiter für ihre Bürgerschaft einen differenzierten und flexiblen sozialräumlichen Ausgleich zwischen ihren Quartieren herstellen.

Die Strategie der Sanierung in Oberhausen-Nord wurde sorgfältig überlegt. Ausgangspunkte für die notwendigen Sanierungen waren:

- Bei den insgesamt 274 Wohnungen gab es nur 2-Zimmerwohnungen (186) und 3-Zimmerwohnungen (88).

- Sehr viele dieser Wohnungen hatten völlig unzeitgemäße Zuschnitte. Es war keine Seltenheit, dass eine 5-7-köpfige Familie in einer etwa 50 qm großen Wohnung mit nur 3 Zimmern lebte.
- Die Innenhöfe waren in einem Zustand, der keinen erholsamen Aufenthalt für Alt und Jung ermöglichte. Vor allem wurden sie weitflächig zum Abstellen der Autos benutzt.

Sowohl die tiefgreifende Modernisierung solcher Wohnungen als auch der Umbau durch Zusammenlegung kleiner Wohnungen erfordern in der Regel einen zumindest vorübergehenden Umzug der Haushalte. Wegen der zu erwartenden Probleme der betroffenen Haushalte und der sich daraus ergebenden Konflikte hat die WBG – mit großem Erfolg – ein sehr umsichtiges und bewohnerfreundliches Verfahren für diese sog. Umsetzung angewandt:

- In einer großen Versammlung für Alle im Quartier sind die notwendigen Sanierungen vorgestellt, diskutiert und dadurch Transparenz und Sicherheit vermittelt worden. Eine Busfahrt zu ähnlichen, schon sanierten Quartieren in der Nachbarschaft sollte Ängste mildern und Vorteile der Sanierung augenfällig machen.
- Es folgten Veranstaltungen für die Betroffenen mit Diskussionen über Qualitätsziele, Maßnahmen, Kosten und Mieten, um die Grundzüge des konkreten Vorgehens zu vermitteln.
- Erst dann gab es Einzelgespräche für jeden Haushalt zu seiner individuellen Mietsituation und zu seinen Perspektiven mit Mietangeboten, die seine besonderen Möglichkeiten berücksichtigten.

Finanzierung und Förderung sind für jedes Wirtschaftsunternehmen zentrale Fragen. Die von der WBG angesetzte betriebswirtschaftliche Rendite beschränkte sich auf eine Eigenkapitalverzinsung von 3 % und einen Verzicht auf eine Rendite aus dem Bestand (Customer value statt Shareholder value). Es gab eine gemischte Förderung aus:

- Bayerische Wohnungsbauförderung für die Modernisierungs- und Umbaukosten. Als Problem werden die aus der Fördersystematik zwangsweise folgenden künftigen Mietsprünge in festen Zeitabschnitten gesehen.
- Soziale Stadt Programm als Spitzenfinanzierung für energiesparende Maßnahmen und Brauchwasseraufbereitung. Bedauert wird dabei, dass die Förderbestimmungen es weiterhin nicht zulassen, dass Dritte (z.B. die WBG)

den Eigenanteil der finanzschwachen Kommune übernehmen können. Erstmals wird seit 2007 mit dem neuen Soziale Stadt Modellvorhaben „Kooperationen“ die Möglichkeit eröffnet, den Kommunalanteil bis auf einen Betrag von 10 % der förderfähigen Kosten durch Geld oder Eigenleistungen Dritter zu ersetzen.

- Vielleicht eröffnet das im Entwurf dem Landtag zugeleitete Bayerische Wohnraumförderungsgesetz in seinem Artikel 19 „Besondere Wohnformen“ die Möglichkeit, in Abweichung von der bisherigen Förderregelung, in beschränktem Umfang auch nicht-investive Maßnahmen (wie z.B. wohnungsbezogene Sozialarbeit), zu fördern. Ziemlich sicher ist, dass mit einem neuen städteigenen Förderprogramm „Versorgung mit wohnungsnahen Gütern und Dienstleistungen“, an dem sich die WBG finanziell beteiligen will, zukünftig wohnungsnaher Sozialarbeit gefördert werden kann.

Resümée zum Wohnungsbau

- Die erzielten Wirkungen der Quartierserneuerung für die neue Qualität der Siedlung sind beachtlich.
- Die seit geraumer Zeit sich anbahnende Verslumung des Gebiets wurde eindeutig gestoppt. Es gibt kaum noch den sonst auffallenden Vandalismus. Die Räumungsklagen sind weniger und die Generationenkonflikte eher lösbar geworden.
- Wegen der tiefgreifenden Wohnungsmodernisierung und der Zusammenlegung von kleinen zu größeren Wohnungen ist die Zahl der Wohneinheiten und damit der Haushalte im Quartier zunächst stark zurückgegangen. Zur Zeit kann die WBG ca. 60 sanierte oder neu gebaute Wohnungen pro Jahr neu vermieten. Aber es sei ein Problem, eine ausreichende Zahl von sogenannten „guten“ Mietern zu finden.

Wie und von wem die sanierten Wohnungen künftig bewohnt werden, ist – auch angesichts des demographischen Wandels – noch ungewiss. Genauere Aussagen können im Teil II der Evaluation gemacht werden. Es wird eine „andere“ Mischung erwartet, wenngleich Oberhausen-Nord als Wohnquartier auch nach der Erneuerung sicherlich nicht allen Wohnungsansprüchen aus Stadt und Region genügen wird.

- Unwägbar ist nicht nur in Oberhausen-Nord für die WBG – auch im Gefolge des demographischen Wandels und der Einkommenssituation – die Nachfrage nach rollstuhlgerechten Wohnungen. Derzeit gibt es in Augsburg noch zu wenige Haushalte, die die durch Sanierung bereits geschaffenen behindertengerechten Wohnungen in Oberhausen-Nord nachfragen.
- Durch ihr Bemühen um eine bewohnerfreundliche Strategie der Umsetzung musste die WBG in Oberhausen-Nord keine Räumungsprozesse führen. Dabei hat es sich auch als richtig erwiesen, bei einer so großen Siedlung nicht mit dem schwierigsten Teil, sondern eher mit leichter zu bewältigenden Aufgaben zu beginnen.

- Erleichternd für eine flexible unbürokratische Förderung auf kurzem Wege war natürlich, dass Augsburg selbst nicht nur für die Soziale Stadt sondern auch für die Wohnungsbauförderung die Förderstelle für den Bauherrn war.
- Manche Wohnungs- und Umfeldprobleme sind momentan noch nicht gelöst. Dazu gehören vor allem die durch ein Privatunternehmen von der Neuen Heimat erworbenen und inzwischen in Konkurs gefallenene Teile von 4 Wohnbauzeilen am Dinkelsbühler Weg, die seit Jahren eingezäunt leer stehen und vor sich hingammeln. Ihr Erscheinungsbild und Zustand ist zur Zeit noch sehr störend für das mühsam verbesserte Image des Quartiers und das erreichte Wohlgefühl der BewohnerInnen. Schwierig für die WBG, und damit für die Quartiersqualität, sind auch die an der Ahornerstrasse 1 und 3 gelegenen Wohngebäude, in denen Haushalte in schwierigen Lebenslagen konzentriert untergebracht wurden.

3.2 Schulen: Bildung für die Zukunft

In der politischen Zielrichtung der Sozialen Stadt wird mit gutem Grund der schulischen Bildung zur Schaffung besserer Lebenschancen höchste Priorität eingeräumt. Die Stadt Augsburg hat in ihrer Bildungsoffensive* von 2006 hervorgehoben, dass die Schule der Zukunft nicht mehr nur als Ort der Wissensvermittlung sondern auch als Lebensmittelpunkt zu verstehen sei.

Als 1910 das bis dahin selbständige Oberhausen als „Arbeiterviertel“ zu Augsburg kam, gab es für die damals dort lebenden 13 000 EinwohnerInnen keine einzige Schule. Der neue Stadtteil wurde eher zum „Abstellplatz für alles Ungelebte“ aus Augsburg gemacht.

Wie bei fast allen deutschen Programm-Kommunen war beim Start der Sozialen Stadt in Oberhausen-Nord die Versorgung mit Schulen – gemessen an dem hohen Stellenwert der Schulbildung für eine nachhaltige Stärkung der örtlichen Gesellschaft – unzureichend. Im Integrierten Handlungskonzept von 2001 kommt dies jedoch überhaupt (noch) nicht zum Ausdruck. Im Zielkatalog werden Schulen nicht erwähnt. Die vorhandenen Schulen (Löweneckschule, Martinschule und Kapellenschule) wurden bei Projektbeginn kommunalpolitisch offensichtlich als genügend angesehen, so dass eine Diskussion darüber nicht geführt wurde. Auch in der Broschüre von 2004 zur Sozialen Stadt in Augsburg Oberhausen, einer Art Zwischenbericht, ist „Schule“ noch kein eigenes Thema, wengleich im „Ausblick“ die neue Drei-Auen-Schule bereits angekündigt wurde.

Umso bewundernswerter ist es, dass inzwischen durch ein unkonventionelles und tatkräftiges Zusammenwirken von Bürgerschaft, Stadtteilarbeitskreis, Quartiersmanagement, WBG sowie Stadtpolitik und Stadtverwaltung eine gänzlich

neue Schule, eben diese Drei-Auen-Schule, als „Haus für Oberhausen“ mitten in das Herz des Quartiers platziert wurde. Im Kapitel 4.1 wird die aufregende Geschichte der Drei-Auen-Schule noch besonders gewürdigt.

3.3 Verkehr: Autos ohne Ende, die neue Straßenbahn und die Wege zur Wertach

Die Menschen in den benachteiligten Stadtgebieten des Soziale Stadt Programms leiden oft ganz besonders unter Belastungen des Autoverkehrs. So auch in Oberhausen-Nord mit einem starken quartiersfremden Durchgangsverkehr, dem Schleichverkehr entlang der Wertach und auch den vielen zugeparkten Innenhöfen.

Ein erster großer Gewinn für die geplagte Bewohnerschaft war 2002 die Inbetriebnahme der neuen modernen Tramlinie in der Donauwörther Straße, mit der man jetzt in 16 Minuten bequem in die Innenstadt fahren kann. Dazu wurden und werden nach den Zielen zum Verkehr im Integrierten Handlungskonzept eine Vielzahl von Maßnahmen erfolgreich umgesetzt, so vor allem:

- Um den Fremdverkehr fernzuhalten, wurde die Geschwindigkeit zonal auf 30 km/h herabgesetzt. Mehrere kleine Straßen (z.B. Tauscherstraße, Weidachstraße, Schönbachstraße) wurden zu verkehrsberuhigten Strecken umgebaut. Weitere werden folgen.
- Die Herstellung des neuen Quartiersplatzes, der Drei-Auen-Platz, hat viel gebracht für die tatsächliche und auch die gefühlte Minderung der Verkehrsbelastungen (siehe Kapitel 4.3).
- Eine für die Qualität des Gebiets so wichtige Aufgabe ist in Vorbereitung: die Unterbrechung des Durchgangsverkehrs in der Wertachuferstraße; wobei die vielen widerstreitenden Mobilitäts-Interessen unter einen für die Zielsetzung der Sozialen Stadt passenden Hut zu bringen sind.
- Ebenso intensiv wird ein Zugang von der Äußeren Uferstrasse zum bislang versperrten naturnah umgestalteten Wertach-Ufer-Weg vorbereitet.
- Das Abstellen von Autos ist auch in Oberhausen-Nord – wie überall – ein reales und sehr emotionales Dauerproblem. Die WBG hat – aus sozialen Gründen – nicht alle, aber viele, Innenhöfe der Siedlung vom Parken völlig frei gemacht. Unter den neu gebauten Wohnungen und im Bestand sind teilweise Tiefgaragen eingebaut worden. Dazu will die WBG, wenn sie das

Grundstück am Dinkelsbühler Weg aus der Konkursmasse erworben hat, dort ein Parkhaus in moderater Höhe für 150 – 180 Stellplätze errichten.

3.4 Nahversorgung ist Lebensqualität (Werbeslogan von Raiffeisen)

Der Rückzug der kleinen Läden für den wohnungsnahen Einkauf hat auch Oberhausen-Nord nicht verschont, nachdem sich der Handel zunehmend in großen zentralen, autofreundlichen Anlagen ballt. Für viele BewohnerInnen gibt es daher keine fußläufig erreichbare Nahversorgung mehr. Im Konzept der Stadt Augsburg zur Entwicklung des Einzelhandels (2004) wird die Situation so beschrieben:

„Seit einigen Jahren ist eine Abwanderung von Einzelhandelsbetrieben in den Wohngebieten festzustellen. Die wohnortnahe Versorgung mit Lebensmitteln, Drogerie- und Apothekenwaren, Haushaltswaren etc. in unmittelbarer Nähe des Wohnorts ist nicht mehr möglich. Zumeist werden mit dem Auto weiter entfernte Einkaufsschwerpunkte angefahren. Mit dem Abwandern des Handels geraten auch die Reinigung, der Frisör, die Bank oder die Post unter Druck.“

Für die Nahversorgung in Oberhausen-Nord wird in diesem Einzelhandelsentwicklungskonzept gesagt, dass die Lebensmittelversorgung grundsätzlich zu verbessern sei. Die bestehende sei veraltet und mit einer Verteilung auf mehrere Schwerpunkte außerdem zu sehr auseinander gezogen.

In Planung ist auf dem für das Quartier ideal gelegenen Grundstück der Fa. Göppel (Donauwörther Straße) in Verbindung mit einem Ärztehaus ein Einkaufszentrum, das – nach den Erwartungen der Stadt – die Schwächen der jetzigen Nahversorgung ausgleichen könnte. Die Regierung von Schwaben unterstützt die Bauleitplanung für dieses Einkaufszentrum und hat dafür auch bereits einen konkurrierenden Projektantrag auf einem anderen Grundstück landesplanerisch abgelehnt. Im Einzelhandelskonzept heißt es im Kapitel zu aktuellen Planungen: „Gemäß Stadtratsbeschluss vom 25.11.2004 wird einer eingereichten Bauvoranfrage zur Errichtung von großflächigem Einzelhandel mit 3.950 qm Verkaufsfläche zugestimmt.“ Die Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs in Oberhausen-Nord wird mit der baldigen Realisierung des Projekts verbessert. Mit der nahe gelegenen Haltestelle „Zollstraße“ der neuen Straßenbahnlinie ist das dringend gewünschte Einkaufszentrum auch ohne Auto bestens erreichbar

Über eine besonders bemerkenswerte Initiative in Oberhausen-Nord ist in Hinblick auf den Verbleib der Tengelmann-Filiale an der Bleicherbreite zu berichten. Diese Filiale, die aufgrund der geringen Verkaufsfläche und einer gleichzei-

tigen Mietsteigerung die wirtschaftlichen Erwartungen nicht mehr erfüllen konnte, war von der Schließung bedroht. Damit wäre eine wesentliche Nahversorgungsmöglichkeit weg gebrochen. Deshalb haben sich Stadtaktive (allen voran der Katholische Pfarrer und ein Apotheker) im Interesse der Bewohnerschaft mit Betreiber und Vermieterin ins Benehmen gesetzt, um für einen Verbleib zu werben. Tatsächlich konnte – auch durch eine entgegenkommende Mietgestaltung – wirtschaftlicher Druck von der Filiale genommen und so ihr Verbleib gesichert werden. Ob diese Tengemann-Filiale allerdings auch nach der Eröffnung des Einkaufszentrums (mit Ärztehaus) an der Donauwörtherstrasse am alten Ort weiter bestehen kann – oder ob sie vielleicht in das Einkaufszentrum umzieht – bleibt abzuwarten.

Zu einer Nahversorgung, die Lebensqualität bringt, gehören natürlich auch Gaststätten und Kneipen. Die ehemalige ziemlich verrufene Kneipe am Drei-Auen-Platz gibt es zur Erleichterung der Bewohnerschaft nicht mehr. In diesem Gebäude, das die WBG inzwischen mit Städtebaufördermitteln erwerben konnte, wird die Lehmbau in absehbarer Zeit ein Kommunikationszentrum für Jugendliche mit Schulungsangeboten, in den oberen Bereichen Wohnmöglichkeiten einrichten. Ansonsten gilt das Gebiet mit 5 Lokalen im nahen Umkreis als gastronomisch gut versorgt.

Resümée zur Nahversorgung

- Das Gelingen des Einkaufszentrums mit Ärztehaus ist von größter Bedeutung für eine befriedigende Nahversorgung der QuartiersbewohnerInnen. Entscheidend wird daher für die Investitionsbereitschaft am geplanten Standort sein, dass die erwarteten Umsätze und damit die notwendige Rentabilität der Investition nicht durch andere in Rede stehende Standorte gefährdet wird. Dies fordert ein eindeutiges politisches Standvermögen.

3.5. Vom grauen zum grünen Stadtteil

Im Quartier mangelte es seit jeher an Bäumen sowie an Freiräumen und Parks für Groß und Klein. Daher ist der angestrebte Zugang zur Wertach mit dem vom Wasserwirtschaftsamt Donauwörth neu gestalteten Uferweg für die Menschen von Oberhausen-Nord so außerordentlich wichtig. Der Weg gehört als Teil des Projekts „Wertach Vital“ zu einer weit in die freie Landschaft hinausreichenden Nord-Süd-Verbindung für Fußgänger und Radfahrer.

Resümée zum grünen Stadtteil

- Der gelungene Umbau und die Öffnung des Löweneckschulhofs sowie die Umgestaltung der früher eher öden Hofflächen zwischen den Wohnhäusern zu naturgemäßen grünen Innenhöfen mit großer Aufenthaltsqualität erfreut heute Alt und Jung im Quartier.
- Bedauerlich ist, dass der dringend gewünschte direkte Zugang von der Äußeren Uferstraße zum neuen Wertachweg für die Bewohnerschaft von Oberhausen-Nord wegen der Kleingärten – trotz großer Anstrengungen der Stadt – bisher nicht hergestellt werden konnte.
- Es ist zwar zu bedauern, dass das Gebäude der denkmalgeschützten „Direktorenvilla“ verkauft und damit einer späteren infrastrukturellen Nutzung zunächst entzogen wurde. Positiv ist jedoch, dass der weitaus größte Teil des ehemaligen Villen-Parks mit seinen Spiel- und Sportmöglichkeiten für die BewohnerInnen des Quartiers erhalten bleibt.

3.6 Ökologisches Bauen

Den Ruf eines ökologischen Wohnquartiers verdankt Augsburg-Oberhausen in der neuen Zeit den vielfältigen Maßnahmen der WBG bei der Sanierung der Wohnanlagen ebenso wie den Bemühungen der Stadtverwaltung um ein stimmiges Freiflächenkonzept in der Siedlung und um Minderung der Lärm- und Abgasbelastungen durch den Verkehr.

Die WBG, in Bayern bekannt für ihr stadtweites Engagement für eine bessere Umwelt, hat auch in Oberhausen-Nord beispielhaft zum Schutz von Klima und Boden gehandelt. So hat sie im Neubau neben dem Drei-Auen-Platz (Block 1) eine Energiezentrale eingebaut, die mit Erdgas beheizt an alle Wohnungen und die Drei-Auen-Schule Nahwärme liefert. Dazu gibt es in jedem Gebäude zusätzliche Heizenergie über eine Brauchwasser Aufbereitungsanlage, wo das Brauchwasser zusätzlich von Solarkollektoren auf den Dächern erwärmt wird.

Resümée zur Energieeinsparung

- Mit den energiesparenden Maßnahmen konnten in der Siedlung 3000 Einzelöfen ersetzt und damit gegenüber 1995 eine CO₂ Minderung von 20 % erreicht werden.
- Es wurde berichtet, dass die WBG mit der Klimaschutzabteilung des Umweltreferats stets sehr konstruktiv zusammenarbeitet.

3.7 Lokale Ökonomie

Die Entwicklung im Bereich der lokalen Ökonomie, die im Integrierten Handlungskonzept als wichtiger Baustein der Sozialen Stadt in Oberhausen-Nord definiert worden ist, ist unter drei Gesichtspunkten getrennt zu bewerten. Sie spielt eine Rolle

- für die Nahversorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs
- unter dem Gesichtspunkt der Standortentscheidung von Betrieben und
- als Angebot an wohnortnahen Arbeitsplätzen.

Nahversorgung. Hier ist der Grundbesatz an Geschäften quantitativ zwar gleich geblieben, aber durch einen häufigen Wechsel bei einem Teil der Geschäfte in Oberhausen-Nord ist eine unsichere und wenig attraktive Geschäftssituation entstanden. Zur Ausdünnung der Versorgungssituation trugen und tragen vor allem zwei Fakten bei:

- Zum einen das Einkaufsverhalten der kaufkraftschwachen Bewohnerschaft, die preisgünstige Discounter den kleinen Geschäften teilweise vorzieht, sofern sie motorisiert ist,
- zum anderen das relativ geringe Interesse von Betrieben an „gemeinsamen Anstrengungen und Maßnahmen zur Verbesserung der örtlichen Situation“.

Dennoch sind bis zum Jahr 2004 vom Quartiersmanagement, von Industrie- und Handelskammer sowie Handwerkskammer erhebliche Anstrengungen unternommen worden, um die örtlichen Betriebe/ Geschäfte zu einer Kooperation einzuladen, sie zu ermuntern, gemeinsame Ideen zu entwickeln, Maßnahmen zu fördern und ein Klima der Prosperität zu schaffen. Ausgenommen die geglückte Initiative um den Verbleib von Tengemann sind aber in den Augen der Betroffenen viele der besonderen Aktivitäten ins Leere gelaufen.

Standortentscheidungen von Betrieben sollten im Soziale Stadt Projekt zugunsten von Oberhausen-Nord beeinflusst werden, was aber nach Ansicht der Betroffenen nicht gelingen konnte, weil zum einen Wirtschaftsentscheidungen immer mehr global als quartiersbezogen fallen – und zwar umso mehr je größer die Betriebe sind – und zum anderen die im Soziale Stadt Gebiet Handelnden (Quartiersmanagement, Industrie- und Handelskammer, Handwerkskammer) nicht ausreichend Entscheidungs- und Verteilungsmacht hatten, um Vorteile zu gewähren. Eine koordinierende und vermittelnde kommunale Wirtschaftsförderung fehlte als Bündelungsfaktor im Soziale Stadt Projekt.

Es wird sehr bedauert, dass die angesprochenen Betriebe an den verschiedenen Kooperationsangeboten im Soziale Stadt Projekt verhältnismäßig wenig interessiert waren. Versuche erstreckten sich z.B. auf

- Befragung von Gewerbetreibenden (2001, Büro für Standort-, Markt- und Regionalanalyse, Dr. Heider)
- Workshop Oberhausen-Nord „Standort mit Zukunft“ (17.11.2001)
- Stellvertretermodell *JobRotation* – kostenlose Stellvertreter- und Qualifizierungszuschüsse für Unternehmen (27.2.2002)
- Betriebsberatung der Handwerkskammer und
- Existenzgründungsberatung der Industrie- und Handelskammer, die im Rahmen von LOS („Gründer und Geschäftsinhaber – fit für Oberhausen“) gefördert worden ist.

Diese Maßnahmen im Soziale Stadt Projektes sind in ihrer Wirkung fast unsichtbar geblieben.

In der selbstkritischen Rückschau wird vermutet, dass z.B. die Existenzgründungsberatung deshalb kaum nachgefragt und genutzt wurde, weil sie eher auf bürgerliche Vorstellungen von Betriebsgründung als auf die in Oberhausen üblichen Geschäfte im „Zwischen- oder Graubereich“ ausgerichtet war. Die Betriebsberatung der Handwerkskammer für schon laufende Betriebe habe dagegen die Bedarfe des Klientels offenbar besser getroffen.

Hinsichtlich der Entwicklungen in der (lokalen) Ökonomie in Oberhausen-Nord sind die Betriebsverlagerungen (allen voran die der Firmen Göppel und Zeuner) zu erwähnen. Sie sind zwar unabhängig vom Soziale Stadt Projekt erfolgt, hatten aber dennoch Auswirkungen (nicht nur Arbeitsplatzverlagerungen, sondern auch Brachflächen, Altlasten etc.) auf das Sanierungskonzept. Großflächenentwicklungen, zu denen auch der Neubau der Landesversicherungsanstalt (LVA) zählt, werden trotz der architektonischen Qualität, die sie bringen können, und der neu entstehenden Arbeitsplätze (1.200 bei der LVA) als eher problematisch empfunden. So ist der Bezug der LVA zum Soziale Stadt Quartier und umgekehrt auf eher wenige und oberflächliche Berührungspunkte beschränkt, wie etwa:

Betriebsbesichtigungen

- Nutzung von Räumen in der LVA für Veranstaltungen des Quartiersmanagements
- Begegnungen bei örtlichen Feierlichkeiten oder Festen
- Öffnung des LVA-Geländes für die Öffentlichkeit.

Wohnortnahe Arbeitsplätze: In der Diskussion zur Lokalen Ökonomie wird oft die Vermutung geäußert, dass sich die Programm-Verantwortlichen im Bund wahrscheinlich ein zu ideales Bild von „Wohnen und Arbeiten im Quartier“ gemacht haben. Es zeige sich nun in der Praxis, dass Wohnen und Arbeiten gerade in solchen benachteiligten Gebieten nur zufällig räumlich beieinander liegen.

Da aber die Schaffung von Arbeitsplätzen eine wichtige Orientierung im Programm Soziale Stadt darstellt, wurden auch in Oberhausen-Nord auf dem Wege der Projekte-Entwicklung entsprechende Impulse auf den Weg gebracht: Von besonderer Bedeutung ist unter dem Gesichtspunkt der Arbeitsplatzschaffung in Oberhausen-Nord die Augsburger Gesellschaft für Lehm- und Zieglerbau e.V., kurz Lehm- und Zieglerbaugruppe, die nicht nur als Bauherrin in der Ahornerstraße aufgetreten ist, sondern auch die Sanierung selbst in die Hand genommen hat: Vornehmlich mit auszubildenden Jugendlichen sind die Arbeiten am Bau ausgeführt worden. Im „Haus für Oberhausen“, in der Drei-Auen-Schule, wird die Lehm- und Zieglerbaugruppe, die im Rahmen des gesamtstädtischen Programms PRO JUGEND tätig ist, eine ausbildungsbezogene Quartierswerkstatt eröffnen. Jugendliche können dort eine betreute und geförderte Lehre absolvieren.

Resümée zur lokalen Ökonomie:

- Der Aufgabenbereich der lokalen Ökonomie im Gebiet Oberhausen-Nord wird von den Fachleuten rückblickend als der schwächste Sektor im Soziale Stadt Projekt definiert – vereinzelt wird sogar gesagt, das diesbezügliche Konzept sei „total gescheitert“. Nach den Feststellungen des DIFU* aufgrund der Befragungen von 2006 ist dies ausnahmslos in allen Programmstädten so.
- Dass die lokale Ökonomie, die eigentlich Auslöser und gleichzeitig Hoffnungsträger des Programms war, die größte Schwachstelle der Soziale Stadt Zielsetzung ist, kann nicht verwundern. Denn die ökonomischen Probleme von BewohnerInnen und Betrieben im Quartier sind nur zu einem sehr geringen Teil durch Faktoren verursacht, die kommunal oder schließlich auch national-staatlich beeinflussbar gewesen wären. Daher ist es nicht überraschend, wenn das Konzept der lokalen Ökonomie zwangsläufig als „gescheitert“ beurteilt wird. Man könnte es allenfalls den Initiatoren auf allen Ebenen vorwerfen, dass sie, statt schonungslos und kenntnisreich darüber aufzuklären und zu diskutieren, kritiklos dem amtlich verkündeten Schein gefolgt sind, dass das Programm eine substantielle Verbesserung der Nahversorgung, Standortpolitik und Arbeitsplatzsituation herbeiführen kann, wenn „man es nur geschickt genug“ anstellt.

- In Fragen der lokalen Ökonomie wäre ein präziser Abgleich der verschiedenen Entscheidungs- und Handlungsebenen nötig, um Möglichkeiten der örtlich orientierten Sozialen Stadt Konzepte – wenn es überhaupt welche gibt – auszuloten. Es führt zur Verschwendung der begrenzten Kräfte, wenn Erwartungen gehegt werden, die über den Wirkungsradius z.B. der städtischen Initiativen oder des Quartiersmanagements hinausgehen. Dies ist meist der Fall bei Wirtschaftlichkeits-, Arbeitsplatz- und Standortentscheidungen.

Von manchen Ausbildungs- und Beschäftigungsprojekten kann möglicherweise – so wird gewarnt – eine Konkurrenz zu örtlichen Betrieben ausgehen, die deren prekäre Situation unter Umständen noch verschärft. Gemeint sind Projekte wie Lehmbau, aber auch LOS-Projekte, die Personen (im besten Sinne) binden und mit den so vorhandenen Ressourcen außerhalb der „normalen“ Wirtschaftlichkeit zur sozialen, kulturellen wie ökonomischen Versorgung im Gebiet beitragen. Diese Überlegungen erhalten noch mehr Brisanz, wenn sie auch die Hartz IV-Regelungen mit den 1 € Jobs einbeziehen.

- In Diskussionen zur lokalen Ökonomie werden oft auch die „normalen“ bürokratischen Regeln angeprangert, die den Zielen der Sozialen Stadt geradezu zuwider laufen. Genannt werden bspw.
 - Zwänge zur Ausschreibung von Aufträgen: Es übernehmen dann – oft ausländische – Billiganbieter Aufgaben, die bei den örtlichen Betrieben fehlen und die nicht zur Identitätsstiftung genutzt werden können.
 - Schematischer, unflexibler Umgang mit bürokratischen Vorschriften: wenn auch bei Gefahr der Schließung oder Verlagerung eines Betriebes das Regelwerk (z.B. hinsichtlich Zusatzflächen oder ähnlichem) über alles gestellt werde, widerspreche das oft den Bemühungen in der Sozialen Stadt.

3.8 Mikroprojekte des LOS-Programms

Trotz der zeitlichen Begrenztheit auf in der Regel 12 Monate und der geringen Mittel von maximal 10 000 € pro Projekt, die eingesetzt werden können, aktivieren Projekte aus dem Programm „Lokales Kapital für soziale Zwecke“ (LOS)* nicht nur, sie sind auch ein wirtschaftlicher Faktor in einem Soziale Stadt Gebiet. So auch in Oberhausen-Nord.

In den 5 Jahren von 2003 bis 2008¹ wurden

65 Projekte	durch das Programm LOS gefördert
50 Projekte	dienten der Förderung der beruflichen Qualifizierung und Eingliederung,
15 Projekte	hatten die Unterstützung von lokalen Netzwerke und von Aktivitäten lokaler Vereine zum Gegenstand.
58 Projekte	wurden mit dem Fokus auf die BewohnerInnen des Quartiers als Teilnehmende (Beratung, Schulung, Förderung) durchgeführt.
1.196	TeilnehmerInnen (Stand 01.01.2008) wurden in diesen Projekten erreicht. Es nahmen durchschnittlich jeweils 20 TeilnehmerInnen teil (Stand 01.01.2008).
7 Projekte	waren nicht auf die QuartiersbewohnerInnen unmittelbar sondern auf die Entwicklung des Stadtteils ausgerichtet (Befragungen, Studien usw.).

Ein Ziel von LOS in Oberhausen-Nord ist es, die Selbsthilfe- und Selbstaktivierungspotenziale der Oberhausener BewohnerInnen dauerhaft zu stärken. Die Mikroprojekte entstanden unter der Federführung des Sozialreferats durch die lokale Koordinierungsstelle im Geiste des „Bündnis für Augsburg“ in enger Vernetzung mit dem vom Baureferat geleiteten Gesamtprojekt der Sozialen Stadt. Beispielhaft für die Aktivitäten sei das besonders erfolgreiche Projekt "Kulturküche" der "Ideenwerkstatt" des Herrn Bernd Beigl genannt: In diesem Projekt haben sich Migrantinnen aus unterschiedlichen Herkunftsländern gemeinsam in der Gastronomie qualifiziert und eine neue Tätigkeitssperspektive entwickelt.

¹ Eine ausführliche Liste der LOS Projekte findet sich im Anhang zu diesem Zwischenbericht.

Das LOS-Projekt betreibt jetzt ein internationales Begegnungscafé mit Catering-Service und sorgt für eine schmackhafte und gesunde Schulverpflegung an der Drei-Auen-Schule in Oberhausen.

Resümée zum Förderprogramm LOS:

- Nach der DIFU-Studie von 2006 war das nicht-investiv angelegte LOS-Programm in fast allen deutschen Programmkommunen sehr hilfreich bei der Überbrückung der Schwierigkeiten, ausreichend Soziale Stadt Mittel für nicht-investive Maßnahmen zu aktivieren. So auch in Augsburg. Trotz der kleinen Förderbeträge hatten die Mikroprojekte von LOS in Oberhausen-Nord erhebliche Wirkungen für die kurzfristige Aktivierung der Stadtteilerneuerung. Für eine Verstetigung des Erneuerungsprozesses sind sie leider zu kurzatmig.
- Deshalb muss bei allem Auftrieb, der durch kreative und einsatzfreudige LOS-Projekte entstehen kann, schon bei ihrer Aktivierung in der Anfangsphase an den Übergang nach Auslaufen der Projekte gedacht werden. Ein bewusst gestaltetes, über eine schematische Fortführungsaussage hinausgehendes Übergangskonzept ist für die Qualität im Quartier von entscheidender Bedeutung, weil sonst der zeitweise erreichte Versorgungsgrad rapide wieder absinkt und entsprechende Lücken sowie Enttäuschungen zu verkraften sind. *Ob die im Rahmen des LAP (Lokalen Aktionsplans) geprüften Verstetigungsansätze realisiert worden sind, kann im zweiten Teil der Evaluation geprüft werden.*
- Hilfreich und notwendig ist für eine Verstetigung des Erreichten, dass frühzeitig stabile Netzwerke gebildet werden können. Das gilt für LOS ebenso wie für die Soziale Stadt.

4. Gebaute Schlüsselprojekte sichern die Soziale Stadt Oberhausen-Nord nachhaltig

In der Dritten bundesweiten Erfassung und Beobachtung der Kommunen des Soziale Stadt Programms von 2006 durch das DIFU* wird darauf verwiesen, dass bestimmte Projekte und Verfahren auf lange Sicht ganz besonders wertvolle und tragende Impulse für das erneuerte Quartiersleben geben. Sie werden als gebaute und soziale „Schlüsselprojekte“ definiert, weil vor allem sie versprechen, die nachhaltige Stadtteilentwicklung sichern zu können. Gebaute Schlüsselprojekte sind in Oberhausen-Nord nach unseren Erhebungen in erster Linie

- die Drei-Auen-Grundschule
- der darin baulich integrierte Bürgertreff
- der zentrale Quartiersplatz (Drei-Auen-Platz)
- zwei besondere Wohnblocks an der Ahornerstraße 5 und 7 sowie
- der offene Pausenhof in der Löweneckschule.

4.1 „Ein Haus für Oberhausen“ – Drei-Auen-Schule

Als das stärkste bauliche Schlüsselprojekt für Oberhausen-Nord wird allgemein die neue Drei-Auen-Grundschule mit dem integrierten künftigen Bürgertreff gewertet. „Was in dieser Schule passiert, hat sehr viel mit der Sozialen Stadt zu tun“, sagt Herr Möller von der Lehmbau. Für den originellen Namen stehen die drei ab 1929 in Oberhausen-Nord gebauten einzelnen Siedlungsteile Buchenau, Lindenau und Weidenau Pate. Der Name symbolisiert das Zusammenwachsen der Menschen in diesem Viertel und die Nähe zur Wertach sehr anschaulich.

Das Konzept: Die Schule beherbergt nicht nur eine 12-klassige Grundversorgungsschule mit 3 Zügen sowie Sporthalle und –flächen. Die Freiflächen sollen im Sinne einer „offenen Schule“ auch einer außerschulischen Jugendbetreuung zur Verfügung stehen. Die Schule mit Kinderhort und Mehrzweckhalle (mit Platz für 300 Personen) ist konzeptionell bereits für den Weg zu einer Ganztagschule angelegt.

In Erd- und Tiefgeschoß, die sich zum geschützten Innenhof öffnen, wird der künftige Bürgertreff (siehe Kapitel 4.2) untergebracht sein. So bietet die Schule nicht nur Raum für SchülerInnen und LehrerInnen, sondern auch für Oberhauser BürgerInnen. Vereine, Volkshochschule, Bürgersprechstunden und Sonderveranstaltungen am Wochenende werden dort Platz finden.

Rückblickend wird das Projekt mit besonderen Qualitäten gekennzeichnet, wie etwa

- Pilotschule: Heimat- und Lebensraum für die Kinder, multifunktionale Räume für die Bewohnerschaft des Quartiers
- Ganztagesmodell mit Mittagsverpflegung (5 Mütter über LOS und 5 Köche): als Vorbild für andere Schulen und zur Entlastung überforderter Eltern
- Offene Schule: Schaufenster zu jedem Klassenzimmer, die die Transparenz symbolisieren
- Schulhof-Öffnung: unter Betreuung (wegen Sauberkeit und Atmosphäre)
- Lernende: Selbstverwaltende Organisation und Integration werden gelernt
- Versuch Quartierswerkstatt: im Rahmen eines Lehmbau-Projektes zur Hausverwaltung der Schule werden 10 Jugendliche von 3 professionellen Anleitern ausgebildet.

Der Weg dorthin: Natürlich waren Zufälle im Spiel, welche die Schule begünstigten. Aber entscheidend war dann letztlich die Soziale Stadt, weil sie in einer Aufbruchstimmung entscheidende Leute (RektorInnen der örtlichen Schulen und das Quartiersmanagement) zusammen brachte und damit Verwaltungsgrenzen durchlässig machen konnte.

Angepackt haben es dann auf Initiative des Baureferates in einer engen und zielstrebigen Kooperation das Schul- und Sozialreferat mit der WBG. Erleichternd war sicherlich, dass das Sozialreferat auch im Aufsichtsrat der WBG sitzt und auf diese Weise nicht nur gut informiert ist, sondern auch direkt mitgestalten kann. Das gemeinsame Ziehen an einem Strang hat es geschafft, dass dieses innovative Projekt in kürzester Zeit, nämlich in nur 3,5 Jahren fertig gestellt werden konnte. Bis zur Realisierung mussten allerdings eine Reihe von Hürden genommen werden, wie z.B.:

- Das Grundstück in zentraler Lage wurde von der WBG nach Abriss von 120 geringwertigen Wohnungen bereitgestellt.
- Vorbereitung innerhalb der Verwaltung: Alle für die Entscheidungen notwendigen Beteiligten mussten sich an ein „herbes Verfahren“ anpassen, damit die Schule in der extrem kurzen Zeit von 3 Jahren zwischen Idee und Fertigstellung entstehen konnte. Nicht einfach war dabei – auch in einer zielführenden Auseinandersetzung mit der Regierung von Schwaben (Schulaufsicht) – die neue Abgrenzung der Schulsprengel. Denn erst sie war die ver-

waltungsmäßige Voraussetzung dafür, dass die Drei-Auen-Schule tatsächlich von den BewohnerInnen von Oberhausen-Nord als „ihre Schule“ erkannt und angenommen wird. Die Sprengeländerung erforderte viele Elternkonferenzen, um Zustimmung zu finden.

- Finanzierung: Nur die Hälfte der Baukosten konnte aus staatlichen, schulbezogenen Programmen (FAG* und IZBB*) finanziert werden. Die andere Hälfte musste die Stadt übernehmen. Sie wurde für diese Last von der WBG unterstützt, die dafür Wohnungsbaudarlehen vorzeitig ablöste. Dazu wurden die Kosten von Grundstück und Freimachung von der WBG über Einnahmen aus einem Grundstückstausch eingebracht. Der herausrechenbare Kostenanteil für den Bürgertreff wurde mit Soziale Stadt Mitteln finanziert.
- Projektverantwortung: Es ist ein großes Verdienst der WBG, dass die Schule überhaupt und in so kurzer Zeit gebaut werden konnte. Sie hatte dafür treuhänderisch von Beginn bis Ende die Projektverantwortung übernommen. Mit Beendigung wird die städtische Schule in die Verantwortung der Stadt übergehen.
- Pfiffige Vorspiele: Weil die WBG die alleinige Projektverantwortung hatte, konnte sie den Neubau ohne den sonst üblichen Bauwettbewerb in Auftrag nehmen, was von der Architektenschaft zwar kritisiert wurde, was die WBG aber in die Lage versetzte, zum einen Bauzeit zu sparen und zum anderen einen kostensenkenden „einfachen“ Standard zu realisieren, der auch den „einfacheren“ Wohnbedingungen im Viertel entspricht.
- Beim Bauablauf konnte es die WBG bewerkstelligen, dass die sensationelle Neuheit der Schule schon frühzeitig – lange vor ihrer endgültigen Fertigstellung – in das Bewusstsein der Kinder und Jugendlichen einging. Denn vor dem Bau des eigentlichen Schulgebäudes wurden bereits die Sportflächen angelegt sowie Container für 4 künftige Klassenverbände aufgestellt. Die dort bereits lernenden SchülerInnen waren damit am Bau ihrer künftigen Schule von Anfang an „beteiligt“.

Resümée zur Drei-Auen-Schule:

- Es ist sicher, dass dieses einmalige Werk der Schule den BürgerInnen – wie der Sozialreferent sagte – helfen wird, im Stadtteil Wurzeln zu schlagen. Insofern ist sie eine auffällig sichtbare Botschaft an die BürgerInnen, dass etwas getan wird für eine bessere Zukunft ihres Stadtteils.
- Ganz besonders mit seinen außerschulischen sozialen Angeboten macht dieses Projekt den Menschen im Quartier deutlich, dass man ihre Nöte, Wünsche und auch ihre Bereit-

schaft zur Eigenverantwortlichkeit sehr ernst nimmt und dass die Jugend sich als künftige Nutzerinnen/ Nutzer aber auch als Mitwirkende wertgeschätzt fühlen.

- Es ist zu erwarten, dass sie eine starke Ausstrahlung auf die benachbarte Löwen-
eckschule mit dem Sonderpädagogischen Förderzentrum der Martinschule und die Kapel-
lenschule haben und sie entlasten wird.

4.2 Der Bürgertreff in der Drei-Auen-Schule

Es ist ein fast genialer Schachzug, dass die Bildungsstätte der Drei-Auen-Schule auch den künftigen Bürgertreff beherbergen und so wie im Staffellauf das Staffelholz des bisher aktiven und aktivierenden Quartiersmanagements jedenfalls teilweise übernehmen wird. Die Schule wird so für alle BewohnerInnen zum Ort der Vor-Bildung, der Nach-Bildung und der bildenden Betreuung sein. Die Stadtverwaltung und die Bürgerschaft können sehen, dass die allseits geforderte Verstetigung der Errungenschaften im Soziale Stadt-Quartier ihren konkreten Raum bekommt.

Resümée zum Bürgertreff

- Es gibt zwar eine „Konzeption für den Bürgertreff“ Drei-Auen-Schule, nämlich als LOS-Projekt des Freiwilligenzentrums Augsburg in Zusammenarbeit mit Oberhauser Vereinen, Institutionen und engagierten BürgerInnen. Dennoch sind Entscheidungen über Aufgaben, Organisation, Betrieb und Finanzierung (z.B. Mitarbeit, Einrichtung) noch offen.
- Es bedarf daher einer erneuten „integrierten“ Anstrengung aller Verantwortlichen und der örtlichen Bürgerschaft. Die dem Bürgertreff zukommende hohe Bedeutung verlangt also, dass die „alten Tugenden“ des Soziale Stadt Starts, nämlich die integrierende Verantwortung der Lenkungsgruppe und die kreative Mitwirkung des Stadtteilarbeitskreises wieder belebt werden.
- Über regelmäßige Beobachtungen und präzise Berichterstattung sollten die Verantwortlichen von Stadtpolitik, Verwaltung, WBG, Verbänden und bürgerschaftlich Aktiven die Sorge für einen funktionierenden Bürgertreff übernehmen.

Wie diese Fortführung des sozialen Mittelpunktes in Oberhausen-Nord organisatorisch und haushaltstechnisch gestaltet werden kann, wird sich in Bälde zeigen. Ein genauerer Bericht dazu erfolgt im Teil II der Evaluation.

4.3 Die Mitte von Oberhausen-Nord: der Drei-Auen-Platz

Wo sich heute der sog. Quartiersplatz mit seiner sowohl am Tage als auch in der Nacht wiedergewonnenen Vielfalt des Gemeinschaftslebens zeigt, war vorher ein öder, lieblos geteilter und baumloser „Abstellplatz“ für eine ortsfremde Kneipe, für Autos, Trafo-Station und Müllcontainer.

Konzept und Realisierung: Im Zielkatalog des Integrierten Handlungskonzepts als notwendige Quartiersmitte definiert, war der Ort des künftigen Gemeinschaftslebens im Städtebaulichen Rahmenplan des Büros SEP* (siehe auch Kapitel 7.6) bereits festgelegt worden. Grundlage der schwierigen Umgestaltung war dann eine sog. Feinplanung von SEP, die nach intensivem und konfliktreichem, aber auch schöpferischem Dialog mit allen Interessierten schließlich zur Ausführung kam.

Verfahren: Der Weg schließlich bis zum Platz, wie er sich heute so lässig und fast gewohnt zeigt, war dornenreich. SEP erarbeitete verschiedene Vorschläge zu den Themen Wasser, Bäume, Pergola, Sitzbänke etc. Es gab eine Kinder-Zukunftskonferenz für die Gestaltung, und das Quartiersmanagement organisierte eine Mitsprache von türkischen Müttern. Mühsam, teuer, aber erfolgreich war die notwendige Verlegung der Trafo-Station.

Das von SEP konzipierte, aus sich gegenseitig stützenden einfachen Stahlträgern geformte Zeichen des Platzes, Ausdruck für das Motto der Sozialen Stadt „Gemeinsam stabil“, wurde nach intensiver Bürger-Mitrede, so wie es dasteht, errichtet. Aber die langen Diskussionen haben sich gelohnt, sagt der SEP-Planer Jochen Baur. Manchen anderen gingen die Mitsprachemöglichkeiten nicht weit genug, Zu erwähnen ist auch – im Sinne einer lokalen Ökonomie –, dass notwendige Malerarbeiten und auch die Errichtung der Pergola von arbeitslosen Schulabgängern unter fachlicher Anleitung durchgeführt wurden.

Resümée zum Drei-Auen-Platz

Fürsorge: Der neue Drei-Auen-Platz, einfach, schön und robust in seiner Gestalt, ist heute als heimatlicher Ort im Bewusstsein der Menschen verankert. Aber er ist auch ein Thema lokaler „Fortschreibung“. Er sorgt nämlich für Diskussionen über Nutzung, Gestaltung und vor allem die künftige Platz-Pflege – z.B. die banale Frage, wer die den Platz teilweise umschließende Hecke schneidet. Dabei ist diese Frage inzwischen durch eine Vereinbarung zwischen der Stadt und der WBG formell geregelt ist. Dass der Platz nicht wieder verkommt, liegt langfristig natürlich neben der Pflege durch die WBG ganz wesentlich auch an der Fürsorge, die ihm von der Bewohnerschaft entgegen gebracht wird. Es ist entscheidend, ob sie ihn als „ihre Quartiersmitte“ empfinden und sich dafür verantwortlich fühlen kann.

Erinnern: Man muss auch hier beim Quartiersplatz daran erinnern, dass für die Finanzierung der Umbaukosten kommunale und vor allem auch staatliche Soziale Stadt Mittel eingesetzt wurden, die aus Steuern von der Allgemeinheit aufgebracht wurden. Ein regelmäßiger Bericht über die Befindlichkeit des Platzes müsste daher alle Verantwortlichen erreichen werden.

4.4. Zwei besondere Wohnblöcke an der Ahornerstraße Nr. 5 und 7

Ein Hauptwerk der Lehmbaugruppe* in Oberhausen-Nord war und ist die Kernsaniierung zweier Wohnblöcke an der Ahornerstraße, welche Lehmbau von der WBG erworben hat. Unter Anleitung von Handwerkern und Pädagogen der Lehmbaugruppe Augsburg wurden in einer zweijährigen Bauzeit 64 Wohneinheiten von 46 Jugendlichen in der Berufsvorbereitung durch Lehmbau saniert. Es sind keine Durchschnittswohnungen sondern Studentenappartements, betreutes Wohnen für Jugendliche, behindertengerechte Wohnungen, Lebensraum für Großfamilien, sowie Wohnungen mit separaten Künstlerateliers.

Resümée zum Lehmbau-Projekt Ahornerstrasse 5 und 7:

- Wahrhaftig ein beispielgebendes Projekt, wo mit Schaffung von besonderem Wohnraum ganz andere Menschen und Lebensstile ins Viertel Einzug nehmen und wo mit der Sanierungsaufgabe Jugendliche aus dem Gebiet für einen Beruf qualifiziert werden konnten.
- In diesem außergewöhnlichen aber zum Geist der Sozialen Stadt und zum stadtweiten Programm PRO JUGEND besonders passenden Projekt zeigt sich, wie die Lehmbaugruppe in idealer Weise Bauen, Soziales sowie Ausbildung und Arbeit in ihrer Tätigkeit vereint.

4.5 Das „Forum“ im offenen Pausenhof der Löweneckschule

Der Schulhof der am südlichen Gebietsrand gelegenen Löweneckschule konnte für die Freizeitgestaltung der Jugendlichen aus Oberhausen geöffnet und dafür entsprechend umgestaltet werden. Die Planungen dafür sind von Anfang an mit Schulleitung, Lehrerschaft, SchülerInnen und Elternbeirat gemeinsam entwickelt worden. Die Finanzierung des Umbaus unter der Projektleitung des Baureferates konnte mit Mitteln des Soziale Stadt Programms erfolgen, obwohl die Schule schon außerhalb des Programmgebiets liegt. Projektträger war das Bildungsreferat, ausführendes Amt war das Amt für Grünordnung und Naturschutz, welches dem Referat 2 (Umwelt, Verbraucherschutz, Naturschutz) untergeordnet ist. Durch den praktizierten sozialraumorientierten Ansatz findet die Verknüpfung der Ressorts für ein integriertes Arbeiten konkret statt.

Unter Federführung des Stadtjugendrings wird hier eine stundenweise nachmittägliche Betreuung für Kinder und Jugendliche aus dem Stadtteil angeboten und damit eine Spielmöglichkeit im südlichen Stadtteil geschaffen. Mit Öffnung des Schulhofes mit der Betreuung werden schulische und gemeinwesenorientierte Nutzungen verbunden.

Resümée zum „Forum“ Löweneckschule

- Trotz der bekannten Probleme bei der Öffnung von Schulhöfen (Versicherung, Betreuung, Pflege etc.) wurden Planung und Umbau schon früh im Projektverlauf und mit durchschlagendem Erfolg für das neue Quartiersleben in Angriff genommen.
- Durch die Mitarbeit des Quartiermanagements im (Schüler-) Beteiligungsprozess wurde die Rückkopplung zum Stadtteil Oberhausen-Nord gewährleistet.

5. Soziale Schlüsselprojekte geben dem gebauten Quartier dauerhafte Qualität und Lebendigkeit

Die Vielfalt der Bemühungen um eine gemeinsam gestaltete soziale Verbesserung im Quartier ist im Integrierten Handlungskonzept deutlich erkennbar. Als ein zentrales Ziel wird die Integration verschiedener ethnischer Gruppen formuliert, wobei sich im Laufe der Arbeiten immer deutlicher zeigte, dass in Oberhausen-Nord weniger zwischen einzelnen Gruppen vermittelt, als vielmehr Einzelpersonen bzw. isoliert lebende Familien einen sozialen Bezug finden mussten. Dass es gelungen ist, zur sozialen Verbesserung im Quartiersalltag und zu einer Steigerung der Lebensqualität beizutragen, ist als einer der wesentlichen Erfolge im Projekt zu verbuchen. Er geht maßgeblich auf das Wirken des Quartiersmanagements (in seinen zeitlich unterschiedlichen Besetzungen) zurück. Der Stadtteiltreff, der zunächst in der Weidachstrasse, dann im Zuge von sanierungsbedingten Umsetzungsmaßnahmen in der Tauscherstrasse untergebracht war, war dabei eine wichtige und Identität stiftende Einrichtung im Quartier.

Es können hier nicht alle Maßnahmen des Quartiersmanagements gesondert beschrieben werden, aus denen sich der Aufwertungsschub im sozialen Bereich ergab. Die nachfolgenden Maßnahmen sollen stellvertretend dafür beispielhaft zeigen, was – überwiegend gefördert vom Quartiersmanagement – alles bewegt wurde:

- Stadtteilzeitung „Unser Viertel“ ab 2002, 2006 umbenannt in „Der Oberhauser“
- Internet-Cafe Netage (Stadtjugendring)
- Alltagsdeutschkurs
- Sprachtreff
- Kinder gestalten Räume
- Selbstbehauptungskurs für Mädchen
- Oberhausen – Wiege Augsburgs. Ein Stadtteil stellt sich vor
- Beratungsangebot des Quartiersmanagements an die BewohnerInnen

Dazu kommen ergänzend wie schon erwähnt Mikroprojekte des LOS-Programms*, die in Kapitel 3.8 genauer beschrieben wurden.

Resümée zum Ziel Integration

- Im Projekt Soziale Stadt sind alle anfangs davon ausgegangen, dass sie es mit verschiedenen Bewohner- bzw. ethnischen Gruppen zu tun haben, die in den Stadtteil integriert werden sollen. Real wurden keine Gruppen, sondern viele einzelne (teilweise isolierte) Personen und Familien vorgefunden, denen der Anschluss zu einer Gruppe fehlte. Vergleichbar mit der deutschen Bevölkerung in solchen Gebieten leben auch viele der Migrantenfamilien relativ isoliert, gehören weder einer sportlichen, religiösen noch kulturellen Vereinigung an. Vor allem Frauen aus Familien mit Migrationshintergrund finden soziale Kontakte in der Regel fast ausschließlich über die Aktivitäten ihrer Kinder.
- Es wurde vom Quartiersmanagement und von anderen vermutet, dass die Bereitschaft zu sozialen Kontakten und zum Spracherwerb im Zusammenhang mit Schulbildung und Bildungsniveau ganz allgemein stehen. Nach Susanne Huth (2002, S. 4) können aber MigrantInnen erst dann sozial aktiv werden, wenn die eigene Existenz als relativ gesichert gilt. In Stadtteilen der Sozialen Stadt ist die Existenz vieler Familien jedoch durch die hohe Arbeitslosigkeit nicht ausreichend gesichert, weshalb kaum Potential für außerfamiliäres Engagement frei ist.
- Auch die Kontaktnahme über ethnische Vereine und Initiativen ist oft kein leichter Weg, denn in Migrantenvereinen sind normalerweise Menschen aus höheren Bildungsschichten aktiv. Daher können weniger gebildete MigrantInnen auch auf diesem Wege kaum erreicht werden.

5.1. Stadtteilzeitung „Unser Viertel“

Die Stadtteilzeitung, die im Integrierten Handlungskonzept als Maßnahme aufgeführt ist, wurde in zwei Phasen im Soziale Stadt Projekt umgesetzt. Nach einer Erscheinungspause konnte sie im LOS-Förderprogramm neu organisiert werden:

Stadtteilzeitung „Unser Viertel“, seit 2006 „Der Oberhauser“

Phasen	Erscheinungszeitraum	Anzahl Ausgaben	Technische Angaben
Phase 1	Ab März 2002	5 Ausgaben	Din A5; kopiert; buntes Papier fürs Deckblatt
Phase 2	ab Dez. 2003 bis Ende 2004	5 Ausgaben	Din A5; sw-Druck; Deckblatt Farbdruck, 3-4 Ausgaben jährlich; Auflage ca. 1500.
PAUSE	Ende 2004 bis Ende 2005		
Phase 3 (LOS)	Ab Anfang 2006		

Verteilt wurde die Stadtteilzeitung in den Phasen 1 und 2 im Sanierungsgebiet an alle Haushalte, für das restliche Oberhausen lag sie in Geschäften und in sozialen Einrichtungen zur Mitnahme aus. Sie übernahm mehrere Aufgaben für die Wohn- und Arbeitsbevölkerung sowie für die Betriebe, nämlich

- Information über bauliche und soziale Entwicklungen im Quartier
- Aktivierung der Bewohnerschaft (durch Aufrufe zum Mitmachen, aber auch dadurch, dass hier eine Meinungsplattform zur Verfügung gestellt wurde)
- Kommunikation in einem gemeinsamen Medium für die Bewohnerschaft bei unterschiedlichen Sprachen und unterschiedlichen Bildungsniveaus
- Herausbildung und Stärkung einer Oberhausener Stadtteilidentität
- Hinweise auf Neuerungen, Projekte, aber auch auf Missstände.

Resümée zur Stadtteilzeitung

- Die Stadtteilzeitung fand schon in ihrer ersten Erscheinungsweise großen Anklang im Quartier.
- Noch heute benutzen einzelne BewohnerInnen ältere aufbewahrte Exemplare quasi als Nachschlagewerk, z.B. für Telefonnummern von Einrichtungen im Quartier.
- Unerwartet großes Interesse fand die Zeitung auch bei denen, die im Stadtteil zwar arbeiten, aber nicht dort wohnen. Dazu zählen MitarbeiterInnen der LVA, die als Ortsfremde einen großen Teil ihres Alltags im Viertel verbringen und dort ihre Alltagsgeschäfte erledigen wollen. Aber auch LehrerInnen der Stadtteilschulen und anderer sozialer Einrichtungen schätzen die Stadtteilzeitung, weil sie dadurch Einblick in das Wohnumfeld ihres „Klientels“ gewinnen.
- Obwohl die Zuständigkeiten für das Zeitungsmachen bereits frühzeitig an verschiedene Menschen (ca. 10 Personen) verteilt wurden, konnte die auslaufende Finanzierung im Soziale Stadt Programm nicht aufgefangen werden. Als die Zeitung Ende 2004 zunächst eingestellt worden war, ist sehr deutlich geworden, wie sehr sie im Quartier fehlt. Ein neuer Start konnte Anfang 2006 mit Anschubfinanzierung durch LOS gewagt werden. Dem beruflich erfahreneren Team scheint mehr Kontinuität zu gelingen. Die anzeigenfinanzierte Zeitung liegt seitdem in Oberhausener Geschäften und Einrichtungen aus.

5.2. Internetcafé Netage

Das Internetcafé wurde unter der Trägerschaft des Stadtjugendrings als Treffpunkt für Jugendliche im November 2002 eröffnet. Es hat an 3 Nachmittagen, zwischen 16.00 und 20.00 Uhr, geöffnet. Bis Mitte 2005 war es in der Weidachstr. 11 untergebracht. Bis zur Fertigstellung der Drei-Auen-Schule wird es

als Provisorium in der Tauscherstraße 10 c weitergeführt und soll dann Teil des außerschulischen Angebots der Offenen Schule werden.

Für das Internetcafe sind mehrere Ziele im Interesse von Jugendlichen im Quartier formuliert worden:

- Vermittlung von Wissen und Qualifikation
- Vermittlung von Medienkompetenz
- Kontakt zu Jugendlichen durch offene Jugendarbeit
- Konsumfreier Treffpunkt für Jugendliche
- Erweiterung des Beratungs- und Betreuungsangebotes des Jugendhauses

Benachteiligten Jugendlichen („Stammkundschaft“ ca. 20 Personen) wird die Nutzung neuer Medien angeboten. In den Räumen können sie neben Medienkompetenz auch soziale Kompetenzen in der peer group üben. Der Treffpunkt bietet willkommene „Freiräume“, auch in Bezug auf die oft eingeschränkten Wohnverhältnisse der Familien.

Resümée zum Internetcafé

Die Maßnahme läuft stetig gut, das Internetcafe wird als Treffpunkt intensiv genutzt. Dabei zeigte sich, dass die Technik Internet eher zweitrangig ist. Im Zentrum des Interesses steht die soziale Komponente (sich treffen, sich austauschen).

Internet-Recherchen sind vor allem für schulische und berufliche Angelegenheiten, z.B. zur Vorbereitung von Referaten, Erstellung von Bewerbungsunterlagen, interessant. Es wird als positiv für das Quartier empfunden, dass das Angebot auch nach Auslaufen der Soziale Stadt Förderung Bestandteil des sozialen Angebots im Quartier bleibt.

5.3. Alltagsdeutschkurs

Der „Sprachkurs“ für türkische Frauen wurde 2002 bis 2004 mit 2 Stunden pro Woche im Stadtteiltreff von einer muttersprachlichen Projektmitarbeiterin angeboten. In einer Kerngruppe von 10-12 türkischen Frauen zwischen 20 und 55 Jahren sind vielfältige alltagsrelevante Themen zur Sprache gekommen. Gelegentlich nahmen zusätzlich weitere Teilnehmerinnen an einzelnen Veranstaltungen, z.B. Frauenfrühstück, teil. Der Kurs wurde zwischenzeitlich im Programm der Stadtteilsozialarbeit der Arbeiterwohlfahrt aufgenommen.

Seine Ziele waren mit fünf Schwerpunkten definiert worden:

- Verständigung und Orientierung in alltäglichen Situationen, wie z.B. Einschulung, Antragstellung in Ämtern, Kinderkrankheiten
- Integration: Kennen lernen und Verstehen kultureller Besonderheiten in Deutschland
- Beteiligung: Ermöglichen der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben im Quartier und allgemein, Artikulieren der eigenen Bedürfnisse in größeren Gruppen
- Unterstützung bei der beruflichen Orientierung und Integration
- Abbau der Hemmschwelle für die Teilnahme an weiterführenden Sprachkursen.

Um dem sogenannten „Jojo-Effekt“ (die Teilnehmerinnen haben durch die fehlenden Anwendungsmöglichkeiten der deutschen Sprache Einiges schnell wieder vergessen) zu begegnen, wurde ein Folgekurs „Sprachtreff“ angeboten, der aber – vermutlich durch den Wechsel der Kursleiterin – nur von zwei Teilnehmerinnen in Anspruch genommen wurde.

Resümée zum Alltagsdeutschkurs

Durch den „Alltagsdeutschkurs“ ist eine Bewohnergruppe erreicht worden, die durch die gängigen mittelschichtorientierten Beteiligungsverfahren wohl nicht erreicht worden wäre. Mit einer konstanten muttersprachlichen Ansprechpartnerin im Stadtteiltreff gelang es, Hemmschwellen zu reduzieren und Vertrauen aufzubauen. Haupterfolg des Kurses ist die Stärkung des Selbstbewusstseins der Teilnehmerinnen. Die Gruppe blieb informell auch nach Beendigung des Kurses erhalten mit einem ausgeprägten Zusammengehörigkeitsgefühl und der Übernahme von gegenseitiger Verantwortung (Unterstützungsnetzwerk, wie sonst eher im Familienverbund üblich).

5.4. Sprachtreff

Der Sprachtreff ist ein Gesprächskreis für Frauen mit Migrationshintergrund, der als Fortsetzung des oben beschriebenen Alltagsdeutschkurses gedacht war. Er fand von 2005 – 2006 mit 2 Stunden wöchentlich im Stadtteiltreff statt. Es ging dabei vor allem um vier Ziele:

- Praktische Anwendung der deutschen Sprache: Im Gesprächskreis konnten die Frauen die gelernte deutsche Sprache anwenden, um das Vergessen

auch bei sonst fehlenden Kommunikationsmöglichkeiten zu verhindern.

- **Integration:** Der Gesprächskreis sollte die Gruppe, die erst durch den „Alltagsdeutschkurs“ zusammengefunden hatte, in eine mehrsprachige Gruppe integrieren.
- **Austausch:** Der Gesprächskreis soll den Frauen die Möglichkeit geben, sich mit anderen über das auszutauschen, was sie aktuell bewegt (Themenbezug zum „Alltagsdeutschkurs“).
- **Vertiefung der deutschen Sprache:** Die Frauen hatten die Möglichkeit, Wortbedeutungen zu erfragen, die nicht über andere Kurse bekannt waren, bzw. die nicht im Wörterbuch stehen, beispielsweise Dialektwörter, Wortschöpfungen, „Neudeutsch“ etc.

Eine gemischte Kleingruppe aus russischen und türkischen Muttersprachlerinnen mit ausreichenden Kenntnissen, um sich in der deutschen Sprache auszudrücken, traf sich wöchentlich, um ein bestimmtes Thema zu erarbeiten oder sich zu aktuellen Fragen aus ihrem Alltag auszutauschen. In Ergänzung dazu wurden aktuelle Zeitungsartikel oder Bildergeschichten vorbereitet, um die Deutschkenntnisse zu vertiefen.

Resümée zum Sprachtreff

- Bei der Bewertung des Kurs-Angebots ist zu berücksichtigen, dass die Teilnehmerinnen aus verschiedenen Lebenswelten kamen (Kultur, Bildung und soziale Erfahrung). Vermutlich deshalb haben sie sich weniger mit dem Gesamtkurs, als mit der jeweiligen ethnischen Teilgruppe identifiziert. Dennoch konnten punktuell Gemeinsamkeiten in der aktuellen Lebenssituation herausgearbeitet werden: „Was verbindet eine russische Atomphysikerin mit einer türkischen Analphabetin? – Die Suche nach einer Arbeit, Hartz IV, der deutsche Pass, ...“.
- Die eigentliche Integrationswirkung des Kurses lag nicht im Spracherwerb, sondern im Zuwachs der sozialen Erfahrung, der sozialen Kompetenzen und der Durchsetzungsfähigkeiten in der Gastgesellschaft. Die Gruppe hat sich folgerichtig aufgelöst, nachdem die meisten Frauen in ein Arbeitsverhältnis getreten sind. Viele dieser Frauen haben jedoch weiterhin das allgemeine Beratungsangebot im Stadtteiltreff für ihre Fragen genutzt.
- Wichtigste Erkenntnis für die Teilnehmerinnen war, dass sie in ihrem Alltag kaum Möglichkeiten haben, nach unbekanntem Wörtern zu fragen, da vielen ein deutschsprachiger Ansprechpartner fehlt. Sie bräuchten Unterstützung für alltagsrelevante Fragen, die sie sich nicht aus dem Wörterbuch beantworten können. Am Ende des Soziale Stadt Projektes wurde versucht, diese Teilnehmerinnen in andere Gruppen zu vermitteln, da der Bedarf nach praxisorientierten Angeboten für Migrantinnen sowohl auf politischer, als auch auf Träger-ebene erkannt worden war.

- Die heutige Situation hat sich gegenüber der zu Projektbeginn verbessert
 - Angebote und Angebotsvielfalt sind gestiegen.
 - Die Kurse sind niederschwelliger, zielgruppen- und praxisorientierter, und
 - sie sind für die TeilnehmerInnen oft durch eine Kostenübernahme (Arbeitsagentur, ARGE für Beschäftigung) erschwinglich oder gar kostenfrei.

5.5. Kinder gestalten Räume

Im Integrierten Handlungskonzept wurde explizit vorgesehen, die Kinder des Quartiers bei all denjenigen Projekten und Vorhaben zu beteiligen, die ihre Lebenswelt betreffen. Daraus sind verschiedene Aktivitäten entstanden z.B.

- Ideen, wenn die Weidachstrasse zur Spielstraße umgestaltet wird (2001-2002)
- Kinderkunstaktion Freiraum – eine leer stehende Wohnung in der Weidachstrasse 4 wird zum Kunstobjekt
- Kinder planen mit – Zukunftswerkstatt zum Quartiersplatz
- Wir machen unser Oberhausen sauber – Müllsammelaktion im Viertel

Erreicht werden sollten die Ziele:

- Mündigkeit schon im Kindesalter lernen
- Beteiligung der Kinder am Tagesgeschehen
- Auf Missstände hinweisen und sie bewusst machen
- Aktivierung: Aufzeigen, dass jeder die Möglichkeit hat, selbst etwas zu ändern (Stichwort: Bürgerschaftliches Engagement)
- „Türöffnerfunktion“: Zugang zu Eltern und Familien

Alle Aktionen hatten das Ziel, auf einen Missstand hinzuweisen und aufzuzeigen, dass dieser aufgehoben werden kann. Durch gemeinsame Aktionen sollten die Kinder lernen, Verantwortung für sich und ihren Stadtteil zu übernehmen bzw. ein Gemeinschaftsgefühl für den Stadtteil zu entwickeln.

Teilgenommen haben an den verschiedenen Aktivitäten insgesamt ca. 120 Kinder mit Betreuungspersonal aus den verschiedenen Horten und Betreuungseinrichtungen in Oberhausen, davon drei Einrichtungen mit unmittelbarem Bezug zum Gebiet. Im Einzelnen ist dazu zu berichten:

- Umgestaltung der Weidachstrasse zur Spielstraße
Reaktion auf fehlende Spielflächen, das hohe Verkehrsaufkommen im Wohngebiet und das zum Teil verantwortungslose Fahrverhalten (meist Durchgangsverkehr, weniger die AnwohnerInnen): Mit Unterstützung zweier

Studenten wurde die Weidachstrasse zur Spielstraße umgestaltet. Durch das Aufzeichnen verschiedener Hüpfspiele sollte die Straße als Aufenthaltsfläche für die Kinder markiert werden. Beteiligt waren ca. 20 Kinder und einige Eltern, die spontan aktiv wurden (Straße sperren, mitmalen).

- Kinderkunstaktion Freiraum – Weidachstrasse 4 – eine Reaktion auf den hohen Wohnungsleerstand: Die Kinderkunstschule Palette gestaltete mit der 4.Klasse der Löweneckschule im Rahmen des Kunstunterrichts (Finanzierung Schulprojekt) eine leer stehende Wohnung. Das Quartiersmanagement beteiligte sich von der Konzepterstellung bis zur Durchführung (Finanzierung der Betriebskosten der angemieteten Wohnung durch das Soziale Stadt Projekt) an dem Vorhaben. Die Broschüre „Bitte wenden! – Kunstaktionen auf der Rückseite der Stadt“ (Unna, 2003), eine Arbeitshilfe für Kulturpädagogische Projekte mit Kindern und Jugendlichen in benachteiligten Stadtteilen gab dafür schöne Anregungen.
- Zukunftswerkstatt zum Quartiersplatz – Hinweis auf fehlende Sozialräume (Treffpunkte, Spielflächen). Im Rahmen eines Spielefestes am 17.5.2002 wurde eine Zukunftswerkstatt für Kinder durchgeführt. Das durch das Quartiersmanagement beauftragte Landschaftsarchitekturbüro (zimmer + kots, Augsburg) sammelte die Vorstellungen der Kinder und fasste sie zu Planungsempfehlungen zusammen, die an die Zuständigen in der Stadtverwaltung weitergegeben wurden.
- Wir machen unser Oberhausen sauber – Reaktion auf die mangelnde Sauberkeit im Gebiet (Umweltbewusstsein)
Gemeinsam mit dem Kinderarbeitskreis Oberhausen wurde ein Aktionstag durchgeführt. 120 Kinder aus dem Stadtteil sammelten an diesem Nachmittag 483 kg Müll, vorrangig auf den Spielplätzen und Spazierwegen. Als Anreiz winkte ein Preis für die fleißigste Gruppe. Der „Arbeitstag“ wurde mit einer gemeinsamen Brotzeit beendet. Das Amt für Abfallwirtschaft sorgte für den Abtransport des gesammelten Mülls.

Resümée zur Kinderbeteiligung

- Bei allen Aktionen waren die Kinder hoch motiviert und hatten Spaß an den Aufgaben. Eine Identifikation mit dem Stadtteil ist bei den Kleinen gelungen.
- Das Bewusstsein für höhere Zusammenhänge, z.B. im Sinne der Umwelterziehung oder des Gemeinschaftslebens, war allerdings nur bei wenigen spürbar. Vielleicht spielt hier der Bildungsstand eine Rolle. So war es, z.B. bei der Planung des Quartiersplatzes, für viele Kinder schwer, sich in die Rolle und die Wünsche eines anderen Menschen zu versetzen. Bei den Kindern war dabei jedoch keine Verbitterung spürbar, da sie von Anfang an wussten, dass hier kein Spielplatz, sondern eine Fläche für alle Altersgruppen entstehen wird.

Aber das Spannungsfeld Theorie (Planung) und Praxis ist schließlich auch für viele Erwachsene nur schwer zu fassen. Außerdem wollen sie oft nur für ihre eigenen Erwachsenen-Bedürfnisse eintreten.

- Kinder sind nur zu jenen Projekten hinzu gezogen worden, die sie unmittelbar betreffen, die ihrer unmittelbaren Lebenswelt entsprechen, z.B. Schulhof, Spielflächen. Als abgeschlossene Tagesprojekte sind die geschilderten Projekte als erfolgreich zu bewerten. Sie könnten wiederholt oder fortgeführt werden.

5.6. Selbstbehauptungskurs für Mädchen

Am 01.08.2003 fand ein Selbstbehauptungs-/Selbstverteidigungskurs für Mädchen im Jugendhaus H₂O in Oberhausen statt. Er verfolgte mehrere Ziele:

- Stärkung des Selbstbewusstseins der Mädchen
- dadurch weniger „Angriffsfläche“ für Missbrauch, sexuellen Missbrauch ebenso wie auch Drogenmissbrauch
- Erlernen von Techniken zur Selbstverteidigung
- Erlernen von Strategien, um andere wirksam auf bedrohliche Situationen aufmerksam zu machen
- Stärkung des Körperbewusstseins (Stichwort „Innere Stimme“). Bewusstes (Ver-)Meiden von kritischen Situationen

Der Kurs sollte Mädchen, die in ihrem familiären und Wohnumfeld mit „schwierigen“ Situationen (Gewalt, Sucht) konfrontiert sind, stärken. Angedacht war eine ethnische Mischung der Gruppen, was in Oberhausen-Nord eigentlich automatisch gegeben ist. Da der Kurs ins städtische Ferienprogramm aufgenommen und von den „Soroptimisten“ bezuschusst wurde, blieb lediglich ein Eigenanteil von 5 € pro Teilnehmerin. Dies hatte aber zur Folge, dass sich viele Mädchen aus anderen Stadtteilen meldeten und die Oberhausener Mädchen mühsam beworben werden mussten.

17 Mädchen zwischen 10 und 15 Jahren, aufgeteilt in 2 Gruppen, haben schließlich daran teilgenommen. Angeleitet wurden sie von zwei Trainerinnen der Bereitschaftspolizei, die die Situation möglichst realistisch dargestellten wollten und deshalb „männliche Angreifer“ in den Kurs einbezogen.

5.7. Oberhausen – Wiege Augsburgs. Ein Stadtteil stellt sich vor

Die Ausstellung ist an zwei zentralen Orten in Augsburg gezeigt worden

13.02. bis 19.03.2004	Foyer des Stadtwerke-Saals
21.10. bis 05.11.2004	Augsburger Lehm- und Ziegelei-Gesellschaft gemeinsam mit LOS-Projekten als Rahmen für „5 Jahre Soziale Stadt in Bayern“

Außenwirksam ist sie auch geworden durch die öffentliche Übergabe der Tombola-Gewinne am 14.04.04 im Anschluss an den Plärrer-Gottesdienst.

Mit der Ausstellung waren verschiedene Ziele verbunden:

- Imageverbesserung des Stadtteils
- Beweis der Lebendigkeit des Stadtteils durch die Vielfalt der Ausstellungsbeiträge
- Information über den Stadtteil für interessierte BesucherInnen
- Präsentation und Mitgliederwerbung für die mitwirkenden Vereine, Stadtteilaktiven, Institutionen
- Vernetzung der Stadtteilaktiven im Quartier
- ausstellungsbegleitende Aktionen, wie z.B. Stadtteilspaziergang, Tag der offenen Tür, sollen Besucher des gesamten Stadtgebietes nach Oberhausen locken.

In der Ausstellung präsentierten sich über 30 Vereine, Einrichtungen, Organisationen, Schulen und Initiativen des Stadtteils. Ausliegende Flyer wiesen auf Veranstaltungen im Stadtteil hin.

Die Resonanz auf die Ausstellung war gut. An der Eröffnung nahmen ca. 150 geladene Gäste teil. Bei Stichproben an verschiedenen Wochentagen und zu unterschiedlichen Tageszeiten wurden zwischen 1 Besucher (freitags 8.10 Uhr) und 16 Besucher (mittwochs 15.15 Uhr) gezählt.

Die Konzeptentwicklung und Vorbereitung der Ausstellung gemeinsam mit den AkteurInnen zog sich fast ein Jahr hin, folglich war ihre Identifikation mit der Ausstellung sehr groß. Viele waren bereit, auch in nachfolgenden Projekten mitzuwirken. Bei einer Tombola konnte die Zusammensetzung der Besucherschaft ermittelt werden:

46 %	der Besucher waren Oberhausener,
40 %	kamen aus anderen Stadtteilen der Stadt Augsburg und
14 %	der Besucher kamen aus dem Landkreis Augsburg.

Resümée zur Ausstellung

Das Interesse an der Geschichte des Stadtteils war sehr groß, dagegen blieb das Interesse an den ausstellungsbegleitenden Aktionen eher gering. Bei der Rückgabe der Ausstellungsexponate am Ausstellungsende wurde die prinzipielle Bereitschaft der Mitwirkenden, sich bei späteren Aktionen wieder zu beteiligen, bestätigt. Dabei zeigten sie sich als Praktiker einer zielgerichteten Projektarbeit eher zugeneigt als einer umfangreichen Gremienarbeit.

5.8. Beratungen durch das Quartiersmanagement

Im Integrierten Handlungskonzept wird die Beratung der Wohnbevölkerung durch das Quartiersmanagement in den Räumen des Stadtteiltreffs als wichtiges Angebot vorgesehen. Schließlich geht es um die Bearbeitung und Lösung von Alltagsproblemen belasteter Haushalte und die Beseitigung von chronischen Konflikten. Als Ziele sind formuliert worden:

- Unterstützung der Bewohnerschaft bei Antragstellungen und Behördenangelegenheiten bis hin zu Ämterbegleitung, z.B. Anträge auf Arbeitslosengeld, auf Vorschuss Insolvenzzahlung, Kindergeld, Erziehungsgeld
- Vermeidung von Folgekosten (z.B. Rückzahlungen) aufgrund verpasster Fristen, falscher Antragstellungen, falscher Angaben
- Unterstützung in Situationen und Aktionen, die aufgrund von Sprachdefiziten, Analphabetismus, mangelndem Verständnis für Zusammenhänge oder Ratlosigkeit nicht aus eigener Kraft lösbar sind
- Unterstützung bei der Bewältigung der sanierungsbedingten Umzugsplanung bzw. des Umzugs
- Klärung von Zuständigkeiten bei der Lösung lebenspraktischer Fragen, auch z.B. Kontakte zu Krankenkassen, Gesundheitsvorsorge etc.
- Moderation in Konfliktsituationen
- Hilfe zur Selbsthilfe
- Erkennen von Grenzen der eigenen Fähigkeiten und Kompetenzen

Die Nachfrage nach Beratung durch das Quartiersmanagement war beachtlich, die sehr individuelle Beratungs- und Begleitungsarbeit ein wichtiger Arbeitsschwerpunkt (vgl. auch Kapitel 7.4).

Resümée zur ganzheitlichen Beratung

- Die Lobbyarbeit, die der Stadtteiltreff im Interesse und als „offizielle Stelle“ der Bewohnerschaft anerkannt übernehmen konnte, stellt das soziale Rückgrat eines benachteiligten Quartiers dar. Sie entfällt mit dem Ende des Quartiersmanagements. Die Dienstleistungen werden im Quartier fehlen, da eine punktuelle Unterstützung die anstehenden Probleme

der belasteten Bevölkerung nicht auf Dauer verhindert. Inwieweit diese umfassende Beratungsfunktion durch die Leitung des neuen Bürgertreffs gewährt bleibt, ist abzuwarten.

- Selbsthilfe und selbst initiierte Beratungsnachfrage der Oberhausener Bewohnerschaft kann nur dann erwartet werden, wenn sich die BewohnerInnen über ihre Probleme, über die behördlichen Zuständigkeiten und über das Hilfeangebot und die Funktionen von Beratungsstellen bewusst sind. Manche sehen in diesem Sinne das Soziale Stadt Projekt in Oberhausen Nord zunächst eine gute Lerngelegenheit für die Bewohnerschaft – was übrigens auch bundesweit zu beobachten ist.
- Der hohe Beratungsbedarf wird in Gebieten wie Oberhausen-Nord schon deshalb immer erhalten bleiben, weil Missverständnisse in der Kommunikation mit Ämtern sowohl durch Sprach- als auch durch Verstehensprobleme entstehen und zahlreiche Konflikte nach sich ziehen können. Da sich die Betroffenen der Problemhaftigkeit ihrer Situation und Angelegenheiten oft nicht einmal bewusst sind („Ich kann nur fragen, wenn sich mir eine Frage stellt.“), kamen sie in der Regel auch erst, wenn das Kind in den Brunnen gefallen war. Die Beratung zielte dann auf Schadenbegrenzung ab.
- *Ob sich die Zusammensetzung der Bevölkerung durch die zukünftigen Neuzuzüge wie gewünscht wesentlich ändert und dann weniger Betreuung benötigt wird, kann heute noch nicht abgesehen werden. Wir werden im Teil 2 der Evaluation dazu berichten, wenn die gerade in der Sanierung befindlichen Wohnblöcke neu vermietet sind.*

6. Verfahren, Strategieinstrumente und Arbeitsweisen zur Realisierung und Sicherung der Soziale Stadt Ziele

6.1 Entscheidungsablauf der Sozialen Stadt für Oberhausen

Im Integrierten Handlungskonzept wurde der „Entscheidungsablauf“ in seinen Grundzügen bereits frühzeitig angedacht. Es heißt dazu (Seite 2-6):

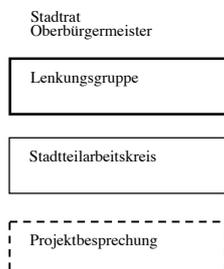
„Entscheidungsablauf

Den nachfolgenden Ausführungen ist voranzustellen, dass die Vorschläge zur Organisation der Projektarbeit die Entscheidungen des Stadtrates und seiner Ausschüsse, des Oberbürgermeisters sowie die Geschäftsordnung der Stadtverwaltung unberührt lassen. Vielmehr sollen die gegebenen Möglichkeiten frühzeitiger Abstimmung zielgerichtet genutzt werden, um das Projekt effektiv und zügig durchzuführen. Die Gliederung in sogenannte „Entscheidungsebenen“ soll die in diesem Sinne aufeinander aufbauenden Abstimmungsprozesse anschaulich darstellen. Sie bezieht sich auf das stadtinterne bzw. örtliche System der Projektorganisation und der hierzu gehörenden Abläufe und Beteiligten. Angesichts der Komplexität der Maßnahme sind davon unberührt Entscheidungen, die außerhalb der Stadt oder von Dritten (z.B. Bund / Land – Städtebauförderung für die Soziale Stadt oder LOS-Förderung) getroffen werden und auf den weiteren Fortgang maßgeblichen Einfluss haben. In der Regel werden Entscheidungen von unten nach oben vorbereitet, beraten und in der jeweils zuständigen Entscheidungsebene getroffen oder weiterbehandelt. Soweit sich eine Entscheidungsebene (z.B. Stadtteilarbeitskreis) nicht in der Lage sieht, ein Problem im gegenseitigen Einvernehmen der unmittelbar Beteiligten oder zuständigkeitshalber zu lösen, kann der Gegenstand der höheren Entscheidungsebene (z.B. Lenkungsgruppe) vorgelegt werden.“

Der intendierte Entscheidungsablauf mit den abgestuften Zuständigkeiten und Informationsebenen hat sich in der Praxis des Soziale Stadt Projektes in Oberhausen-Nord bewährt, auch wenn die Absichten nicht immer 1 : 1 eingehalten werden konnten.

Das folgende Schema (zitiert nach Integriertes Handlungskonzept, Seite 2-7) zeigt die intendierten Entscheidungsstrukturen im Überblick:

Entscheidungsstrukturen Soziale Stadt Augsburg Oberhausen-Nord



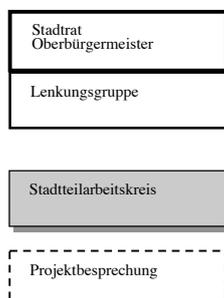
Oberste Entscheidungsebene: Stadtrat, Oberbürgermeister

Alle Entscheidungsgegenstände, die Geschäftsbereiche des Stadtrates und des Herrn Oberbürgermeister (einschließlich Referentenbesprechung) berühren. Darüber hinaus Information durch das Referat 6 zum Projektfortschritt (Sachstandsberichte).



Zentrale Entscheidungsebene: Lenkungsgruppe (LG)

Alle Vorlagen für die oberste Entscheidungsebene. Hierzu gehören die Besprechung von Entscheidungsgegenständen die durch den Stadtrat und seine Ausschüsse zu behandeln sind sowie von Vorgängen, die dem Herrn Oberbürgermeister (einschließlich Referentenbesprechung) vorgelegt werden. Weiterhin alle Entscheidungsgegenstände die von den teilnehmenden Referaten in eigener Zuständigkeit entschieden oder referatsübergreifend vereinbart werden können.



Lokale Entscheidungsebene: Stadteitarbeitskreis (SAK)

Entscheidungen, die im Zuständigkeitsbereich der Teilnehmer auf Stadtebene beziehungsweise vor Ort getroffen werden können. Dazu zählen zum Beispiel laufende Abstimmungen zwischen Ämtern der Stadtverwaltung, aber auch zwischen Ämtern und privaten Akteuren oder privaten und sonstigen Beteiligten untereinander. Fragen und Probleme, die nicht auf dieser Ebene geklärt werden können, sind der LG vorzulegen.



Laufende Angelegenheiten: Projektbesprechung (PB)

Laufende Angelegenheiten, die zwischen Projektsteuerung und Quartiersmanagement geklärt werden können. Hierzu zählen zum Beispiel Projekte die unmittelbar von der Projektsteuerung und vom Quartiersmanagement verantwortlich betreut werden, oder der Verfügungsfonds des Quartiersmanagements.

6.2 Der Einstieg in das Soziale Stadt Projekt

Wie in fast allen Soziale Stadt-Projekten gibt es bei ihrem Beginn große Berührungshemmungen zwischen

- einer schon lange sozial marginalisierten und abgehängten Welt, die es gar nicht glauben kann, dass sie „jetzt auf einmal“ gesehen wird und sogar zu Wort kommen soll, und
- den öffentlichen Stellen, die unter dem sanften Druck der Förderbedingungen dazu angehalten sind, plötzlich und unvermittelt den Menschen im Quartier genau dieses versprechen.

Hier können sich leicht Probleme und Missverständnisse, Misstrauen und Enttäuschungen ergeben. Bei allen Verfahren mit Beteiligung der Bürgerschaft an quartiersbezogenen Entwicklungen geht es zunächst darum, den – nachvollziehbar misstrauischen – Betroffenen glaubhaft zu versichern, dass es bei diesem Vorhaben nicht nur um die Verwirklichung von „irgendwelchen“ behördlichen oder unternehmerischen Vorstellungen geht, sondern dass dazu auch die betroffenen BürgerInnen gehört und – mehr oder weniger weit gehend – sogar beteiligt werden sollen.

Das unverzichtbare Werben um Glaubwürdigkeit und Vertrauen kann u.U. auch länger dauern, bevor es Früchte trägt. Dabei wird die Zweiseitigkeit des Prozesses leicht vergessen, nämlich,

- dass nicht nur die Bevölkerung den Ämtern und Betrieben
- sondern auch die Ämter und Betriebe der Bevölkerung

mit Vertrauen und Respekt begegnen lernen müssen. Oft kommt hierbei dem Quartiersmanagement eine zentrale und anstrengende Vermittlungsrolle zu, denn unter dem Einfluss des Quartiersmanagements findet in vielen Gebieten Modelllernen für alle Beteiligten statt. Dieser Lernprozess wird in seinem Anspruch und seiner Wirkung oft unterschätzt, aber er ist es, der die „neue“ Qualität im Gebiet ausmacht.

Resümée zum Einstieg in das Projekt

- In Oberhausen-Nord wurde der schwierige Zugang erleichtert durch die schon länger angelaufene Generalsanierung der WBG-Siedlungen westlich der Donauwörther Straße. Sie war vielen bekannt.

- Erleichternd für das Näherkommen waren Aktionen wie „Wir machen unser Oberhausen sauber“, an der sich etwa 120 Kinder beteiligt haben sollen. Die skeptischen Erwachsenen schauten aus der Sicherheit des Hauses zu und konnten von den Kindern überzeugt werden, dass konkret etwas Gutes beginnt.
- Ein richtig feierlicher Start für das Projekt war die Eröffnung des Stadtteiltreffs im Mai 2001 an der Weidachstrasse. Damit fand die Soziale Stadt Sinn-bildend ihren Ort.
- Für den nicht einfachen Anschub des Gesamtprozesses Oberhausen-Nord war die frühzeitige Umgestaltung und Öffnung des Pausenhofs der Löweneckschule, des „Forums“ ein vorzüglicher Baustein für eine intensive Beteiligung.
- In Augsburg war der Einstieg in das Projekt sicher auch deshalb gut gelungen, weil die Arbeit gleich mit einem Team guter Fachleute begann, die kompetent und in der Kontaktnahme mit Gebiet und Leuten einfühlsam und aufmerksam waren.

6.3 Der bisherige Verlauf des Gesamtprojekts

Der bisherige Verlauf des Gesamtprojekts stellt sich wie folgt dar:

1999	Bemühungen der Stadt Augsburg um Aufnahme des Quartiers Oberhausen-Nord in das „Bund-Länder-Programm Stadt- und Ortsteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“.
18.05.2000	Grundsatzbeschluss des Stadtrats zur schrittweisen Umsetzung des „Bund-Länder-Programms Stadt- und Ortsteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“ sowie zur Einleitung und Durchführung vorbereitender Untersuchungen für das gebiet.
21.07.2000	Öffentliche Bekanntmachung des Stadtratsbeschlusses zur Einleitung vorbereitender Untersuchungen für da gebiet Oberhausen-Nord
01.08.2000	Einbeziehung des Büros Städtebau+Projektmanagement Dürsch, München, in die Projektsteuerung
11.09.2000	Angebot des Vereins Initiative Beratung und Begegnung e.V. (IBB e. V.) zur Einrichtung eines Quartiersmanagements in Augsburg Oberhausen-Nord
25.09.2000	Jahresantrag 2001 an die Regierung von Schwaben für das Gebiet Oberhausen-Nord zur Fortsetzung der Städtebauförderung (2001 – 2004)
30.10.2000	Projekthandbuch „Augsburg Oberhausen-Nord – Integrierte Stadtteilentwicklung“ liegt vor

01.01.2001	Beauftragung der Initiative Beratung und Begegnung (IBB) e.V. als Träger des Quartiersmanagements.
03 – 04/2001	Einrichtung des Stadtteiltreffs Oberhausen-Nord in der Weidachstr. 6 Ideenwerkstatt zum Integrierten Handlungskonzept im Stadtteilarbeitskreis
04/ 2001	Anstellung der Quartiersmanagerin
05 – 06/2001	<ul style="list-style-type: none"> • Erster Entwurf Vorbereitende Untersuchungen/ Integriertes Handlungskonzept • Offizielle Einweihung des Stadtteiltreffs mit Stadtteilstfest
07 – 08/2001	Abstimmung mit Ämtern und Trägern zu den im Entwurf des Integrierten Handlungskonzepts vorgeschlagenen Maßnahmen
08 – 10/2001	Abstimmung des Projekthandbuchs – Grundlage für Organisation und Ablauf
09 – 11/2001	Frühzeitige und umfassende Beteiligung der Betroffenen in Oberhausen-Nord
11 – 12/2001	<ul style="list-style-type: none"> • Konstituierung der Lenkungsgruppe • eines Stadtteilarbeitskreises • Beauftragung von Fachleuten zu den Vorbereitenden Untersuchungen / Integriertes Handlungskonzept (Städtebau, verkehr, Soziales, lokale Ökonomie, Wohnen, Ökologie)
November 2001	Aktion „Wir machen unser Oberhausen sauber!“ 140 Kinder sammelten mit ihren Betreuern 483 kg Müll
06.12.2001	Das Integrierte Handlungskonzept für Oberhausen-Nord wird vom Stadtrat zur Kenntnis genommen
Februar 2002	Aktivierende Befragung des Stadtteiltreffs. 55 leitfadenstrukturierte Interviews mit einer Länge von 20 – 90 Minuten bei Personen aller Altersgruppen und Nationalitäten.
27.02.2002	Informationsveranstaltung im Stadtteiltreff Oberhausen für Unternehmer, um sie zusammen mit der Deutschen Angestellten-Akademie auf das interessante Stellvertretermodell „JobRotation“ aufmerksam zu machen. (geringe Resonanz)
06.03.2002	Gestaltung der Weidachstrasse zur Spielstraße: Straßenbemalung mit Kindern
08.03.2002	Oberhausen Nr. 8 „Oberhausen Nord“ und Oberhausen Nr. 9 „Oberhausen Wohnsiedlung“ werden gemäß § 142 BauGB förmlich als Sanierungsgebiete festgelegt

15.03.2002	Erscheint die erste Stadtteilzeitung mit dem Titel „Kindheit in Oberhausen“
17.05.2002	Spielefest zum Quartiersplatz als Zukunftswerkstatt
21.06.2002	Eine Wohnung wird zum Kunstwerk (Freiraum – Weidachstrasse 4). Reaktion auf den hohen Leerstand der Wohnungen: Kunstprojekt mit der Kinderkunstschule Palette und einer 4. Klasse der Löweneckschule
13.11.2002	Aktionstag mit Schülern der Löweneckschule zur Stärkung der Ortsidentität in Kooperation mit dem Projekt K&Q, angesiedelt im Kinderzentrum Augsburg, mit Verleihung der Urkunde „waschechter Oberhauser“
15.11.2002	Eröffnung des Internetcafe Netage in der Weidachstr.11
2002/2003	Schulleitergespräche des QM zur Überprüfung der Möglichkeiten zur Änderung der Sprengelgrenzen
26.0.2004	Frauen unserer Zeit, Vortrag und Gesprächskreis mit Frau Gülseren Ünnu-Kretschmer: „Wie gehen Frauen mit den Veränderungen der heutigen Zeit um?“
14.04.2004	Übergabe von Tombolagewinnen im Anschluss an den Plärrer-Gottesdienst
14.07.2004	Pausenhofeinweihung der Löweneckschule
August 2004	Pressekonferenz der Ämter zur Drei-Auen-Schule
22.05.2006	Schottische Delegation in Augsburg Oberhausen-Nord
01.09.2006	Beginn Evaluation Teil 1

Resümée zum Ablauf

- Der Verlauf eines so anspruchsvollen, komplexen und für alle Kommunen neuen Projekttypus ließ sich in seiner Gesamtstruktur zu Projektbeginn natürlich nur schwer vorausschauen. Denn wie nie zuvor in der Geschichte der Stadtsanierung hatte Augsburg mit dem Soziale Stadt Projekt einen Prozess zu managen, wo weniger das Gebaute als vielmehr die Menschen des Gebiets, meist auch Menschen in schwierigen Lebenslagen, im Zentrum des Projektes stehen.
- Notgedrungen muss man daher die im Projekthandbuch und später im Integrierten Handlungskonzept angedeutete Ablaufstruktur eher als einen Kompass für die Organisation des Gesamtprozesses betrachten, der ständig und häufig ganz spontan nachjustieren ist.
- Eine regelmäßige Berichterstattung in festem Turnus über Stand und Probleme der Entwicklung (wie im Stadtratsbeschluss vom 20.11.01 in Nr. 3 vorgesehen) und die Fortschreibung des Integrierten Handlungskonzepts hätten evtl. auch für die Organisation des Verfahrens Kurskorrekturen anregen können.

6.4 Konzepte und Pläne als Strategieinstrumente: Integriertes Handlungskonzept, Projekthandbuch, Rahmenplan

Das Integrierte Handlungskonzept als zentrales Handwerkszeug

Im Integrierten Handlungskonzept, das Anlage des Stadtratsbeschlusses vom 20.11.01 war, wird in Nr. 1.2.2 hervorgehoben, dass es sich bei der anstehenden umfassenden Aufwertung des Quartiers um einen ganzheitlichen Erneuerungsprozess handelt. Das Projekt erhält daher durch Stadtratsbeschluss die Bezeichnung „Integrierte Stadtteilentwicklung Oberhausen-Nord“. Um diesen Anspruch zum integrierten Zusammenarbeiten einer Vielzahl von Beteiligten zu gewährleisten, wurden bereits mit dem Integrierten Handlungskonzept die wichtigsten und im Projekthandbuch vorbereiteten, Organisationseinheiten eingeführt, die den Gesamtprozess lenken und mit aktiver Mitwirkung begleiten.

Das Integrierte Handlungskonzept besteht aus folgenden inhaltlich miteinander verknüpften Teilen:

- die Problemanalyse der sozialen und ökonomischen Struktur, des Städte- und Wohnungsbaus mit den daraus abgeleiteten Zielvorstellungen
- der Städtebauliche Rahmenplan mit einer Feinuntersuchung zum Wohnungsbau der WBG
- der Maßnahmenplan mit Angaben zu den geschätzten Kosten der baulichen, sozialen und ökonomischen Einzelprojekte, ihre Finanzierung und Förderung sowie die jeweilige Projektverantwortung. Der Maßnahmenkatalog wurde zeitlich untergliedert in: Sofortmaßnahmen, mittelfristige Maßnahmen und perspektivische (wohl eher längerfristige und vielleicht eher unsichere) Maßnahmen.
Für den Einsatz der Mittel des Soziale Stadt Programms und anderer Förderprogramme enthält das Integrierte Handlungskonzept das „Muster einer Kosten- und Finanzierungsübersicht“ im Sinne der Bayerischen Städtebauförderungsrichtlinien (StBauFR 2007) sowie einen Vorschlag für die Wahl der Sanierungsverfahren nach § 136 Baugesetzbuch (BauGB).
- die Projektorganisation mit Lenkungsgruppe und Stadtteilarbeitskreis (mit AnsprechpartnerInnen, deren Adressen und die von ihnen vertretenen Institutionen), dem Quartiersmanagement und der Projektsteuerung

- einen Vorschlag für das Sanierungsverfahren nach den Regeln des Baugesetzbuchs (BauGB)
- die Stellungnahmen der beteiligten Institutionen sowie Stellungnahmen aus mehreren Bürgerbeteiligungen zum Entwurf des Integrierten Handlungskonzepts.

Resümée zu Strategieinstrumenten

- Das Integrierte Handlungskonzept – eine Pflichtaufgabe des Soziale Stadt Programms – hat nach Zustimmung durch den Stadtrat am 5.12.2001 zunächst eher eine konsolidierende und beruhigende Funktion im Handlungsgeschehen übernommen. Das Integrierte Handlungskonzept machte allerdings für alle deutlich, dass die Arbeit im Gebiet ganzheitlich angelegt ist.
- Die Beteiligten sehen heute rückblickend das Integrierte Handlungskonzept, vor allem mit seinen organisatorischen Regelungen, als eine wertvolle, von der Stadtpolitik bestätigte und stabilisierende Grundlage für die oft nicht einfache Tagesarbeit an.
- Die mit dem Integrierten Handlungskonzept eingeführten und vom Stadtrat abgesegneten Organisationsstrukturen, vor allem die Lenkungsgruppe und der Stadtteilarbeitskreis, hätten sich so gut bewährt, dass sie von der Stadt als „lernende Verwaltung“ auf andere große Städtebauprojekte, wie etwa die Konversion, übertragen wurden.
- Mit Feinuntersuchungen und zum Teil auch mit Stadtratsbeschlüssen zu einzelnen Aufgaben (z.B. Drei-Auen-Schule, Quartiersplatz) wurde das Integrierte Handlungskonzept zwar formal nicht im Ganzen aber in gewissem Sinne in einigen Details fortgeschrieben. Dennoch wurde wiederholt bedauert, dass das Integrierte Handlungskonzept nach der Beschlussfassung 2001 über die lange Laufzeit bis heute nicht mehr Gegenstand von breiterer Diskussion und damit von Fortschreibung war. Damit verblasste seine Bedeutung in der Öffentlichkeit zusehends. Eine aktiv angegangene wiederholte Fortschreibung des Integrierten Handlungskonzepts in kürzeren Zeiträumen hätte vielleicht auch Räume für neue Ideen und Innovationsanstöße eröffnet sowie eine anfangs sehr aufgeschlossene aktive Netzwerkarbeit über die Referatsgrenzen hinweg wieder neu belebt. Die große Arbeitsüberlastung von Stadtverwaltung und beteiligten Institutionen setzten einer regelmäßigen Fortschreibung allerdings enge Grenzen. Eine ganzheitlich orientierte aktive Initiative des Stadtteilarbeitskreises wurde offenbar mehrfach gewünscht, ist aber nicht erfolgt, wohl wegen fehlender Ressourcen zur Selbstorganisation der Stadtteilarbeitskreis-Arbeit. Diesem Problem könnte wahrscheinlich nur durch eine Entlastung bzw. Zuarbeit durch eine externe qualifizierte Dienstleistung abgeholfen werden.
- Das Integrierte Handlungskonzept enthält keine Konzeption für den Ausstieg von Augsburg Oberhausen-Nord aus dem Soziale Stadt Programm und zur Verstetigung der eingeleiteten erfolgreichen Strukturen. Dies allein wäre auch heute noch ein zwingender Anlass für eine ergänzende Fortschreibung.

- Die im Stadtratsbeschluss vom 20.11.2001 von der Verwaltung angeforderte Berichterstattung über den Fortgang des Projekts wurde zwar formell mit einzelnen Berichten im Bauausschuss erfüllt. Eine regelmäßige Berichterstattung in festem Turnus (etwa im Sinne eines Monitoring*) als einem bewusst eingesetzten Strategieinstrument gab es jedoch nicht. Eine regelmäßige Rückkopplung aus der Gebietsentwicklung über die Stadtpolitik zum Integrierten Handlungskonzept und damit zur Chance, einzelne Ziele, Maßnahmen und auch Organisationsstrukturen zu korrigieren oder neu einzuführen, wäre sinnvoll gewesen. Vielleicht kann diese Evaluation eine solche Rolle für das weitere Geschehen einnehmen. (Vgl. dazu auch Kapitel 10.2 und 12.6)

Das Projekthandbuch als Vorläufer des Integrierten Handlungskonzepts

Das Projekthandbuch, in dem noch vor dem Integrierten Handlungskonzept zunächst die Strukturen der Organisation und Formen der Zusammenarbeit vorgegeben wurden, sollte ursprünglich über die gesamte Laufzeit des Projekts weiter geführt werden und schließlich in die Abschlussdokumentation einmünden.

Resümée zum Projekthandbuch

Das Projekthandbuch ist über Anfangsüberlegungen hinaus, die in das Integrierte Handlungskonzept überführt wurden, leider nicht weiter als ein ständig aktualisiertes Steuerungsinstrument in Verbindung mit dem städtebaulichen Rahmenplan verwendet worden. Es wäre in der Form einer Lose-Blatt-Sammlung ein guter Ansatz für die konzeptionell offene Struktur des Ablaufs des Sozialen Stadt Prozesses gewesen. Es hätte mit der Möglichkeit einer kurzfristigen Fortschreibung der Ziele und Maßnahmen je nach aktuellem Erkenntnisstand und Bedarf dem offenen Charakter des integrierten Erneuerungsprozesses wahrscheinlich besser gedient als das unveränderte Integrierte Handlungskonzept.

Der Rahmenplan mit Feinuntersuchungen

Der Städtebauliche Rahmenplan bildet – wie in den klassischen Sanierungsverfahren als Teil der Vorbereitenden Untersuchungen schon immer üblich – die planerische Grundlage für die Geschäfte der Projektleitung und die laufende Diskussion mit der Bürgerschaft, dem Stadtteilarbeitskreis, der WBG und in der Lenkungsgruppe. Es gibt die städtebaulichen Ziele der Stadtteilentwicklung in ihren räumlichen Grundzügen vor. Die Ziele werden bei Bedarf in Detailplänen, sog. Feinuntersuchungen, vertieft oder modifiziert, so z.B. für den Quartiersplatz.

Resümée zum Rahmenplan

- Der Rahmenplan hat sich in seiner formal nicht streng geregelten Form als ein anpassungsfähiges Instrument für eine bewegliche Interessenabwägung und eine kreative Teilhabe der Bürgerschaft bewährt.
- Auch hier wäre eine verpflichtende Fortschreibung des Planwerks bei unvorhergesehenen Entwicklungen vonnöten gewesen. Von der Drei-Auen-Grundschule bis hin zu neuen Perspektiven, z.B. in Handel und Gewerbe oder im Verkehr, kamen bzw. kommen im Planungs- und Durchführungsverlauf Maßnahmen hinzu, die eine planerische Abstimmung im Sinne des „Integrierten Stadtteilentwicklungskonzepts“ erfordern würden.
- Der Rahmenplan sollte als ein nützliches Instrument der Projektsteuerung für eine weitere konstruktive und beobachtende Begleitung im Sinne einer „städtebaulichen Oberleitung“ diskutiert werden.

7. Arbeits- und Entscheidungsgremien

Die Arbeits- und Zuständigkeitsstruktur im Soziale Stadt Projekt Augsburg Oberhausen-Nord erfüllt die Vorgaben des Förder-Programms Soziale Stadt durch Einrichtung spezieller Kooperationsformen, wie

- Lenkungsgruppe
- Arbeits- bzw. Projektgruppen
- Stadtteilarbeitskreis
- Quartiersmanagement
- Projektsteuerung.

Die Erfahrungen mit diesen Kooperationen und Arbeitskontexten verdienen spezielle Erwähnung und differenzierte Würdigung in einer Evaluation des Projektes, da auch andere Kommunen speziell daraus Nutzen ziehen können. Die Programmverantwortlichen versprechen sich eine qualitative Optimierung des Planungshandelns, wenn im Vorhaben geachtet wird auf eine angemessene

- Dezentralisierung
- Beteiligung/ Mitwirkung/ Entscheidungsbefugnis der Betroffenen
- horizontale und vertikale Vernetzung für integriertes Arbeiten und
- Stärkung der lernenden Verwaltung (Aktivierung der Verwaltung, Verteilungsstrategien), lernender Stadtaktiver und einer lernenden Bewohnerschaft.

Resümée zu den Arbeits- und Entscheidungsgremien

- Mit der Erkenntnis, dass komplexe Problemlagen auch komplexe Lösungskonzepte erfordern, wird der Zusammenarbeit und dem Zusammenwirken im Projekt große Bedeutung beigemessen. Weil aber das Behördenhandeln von sich aus hierarchisch und arbeitsteilig angelegt ist, braucht das Zusammenarbeiten und das Zusammenwirken besondere Aufmerksamkeit und Aufgeschlossenheit. Was Augsburg für Oberhausen-Nord hier in die Tat umgesetzt hat, verdient Beachtung.
- Um das Instrumentarium des Integrierten Arbeitens breit nutzen zu können, wurde von verschiedenen Seiten gefordert, dass in Förderprogrammen wie der Sozialen Stadt auch eine personelle Verstärkung in den Kommunen gefördert werden sollte.
- Weil das Integrierte Arbeiten normalerweise im Behördenalltag so nicht vorgesehen und deshalb auch oft nur schwer zu vermitteln ist, sind Impulse wie das Programm Soziale Stadt, die einen gewissen Druck zur ämterübergreifenden Zusammenarbeit auf die Kommunen ausüben, hilfreich. Diese „Motivation“ sollte durchaus verstärkt ausgeübt werden.
- Die Entzerrung hoheitlicher Verfahren, die vom Sozialreferat in Augsburg stark befürwortet wird, harmonisiert zeitlich und inhaltlich mit den Erwartungen des Sozialen Stadt Programms.

7.1. Lenkungsgruppe – lernende Verwaltung

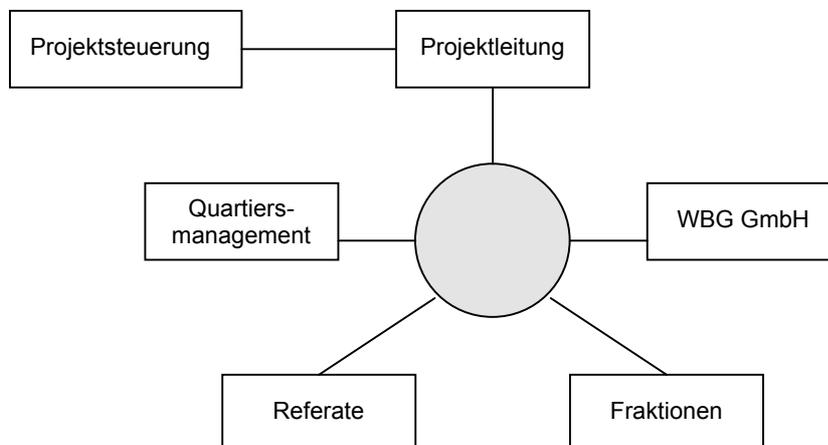
Im Integrierten Handlungskonzept (Seite 2-3) heißt es zur Lenkungsgruppe:

Lenkungsgruppe (LG)

Das zentrale Informations- und Leitungsgremium für das Projekt ist die Lenkungsgruppe (LG). Diese tritt unter Leitung des Baureferenten (Projektleitung) regelmäßig zusammen, um sich über den Verlauf des Projektes zu informieren und grundlegende Richtungsentscheidungen vorzubereiten oder zu treffen. Durch den Stadtrat und seine Ausschüsse sowie durch den Herrn Oberbürgermeister zu treffende Entscheidungen bleiben hiervon unberührt.

Die LG setzt sich aus Vertretern der für das Projekt relevanten Referate der Stadtverwaltung, den benannten Mitgliedern des Bauausschusses (je Fraktion ein Mitglied), dem Quartiersmanagement sowie der Geschäftsführung der WBG GmbH zusammen. Weitere Teilnehmer (z.B. externe Fachleute) können entsprechend der Problemstellung zugezogen werden. Die Bedeutung der LG liegt vor allem in der Unterstützung wichtiger Projektziele, der Vorbereitung relevanter Entscheidungen und der Kontrolle über deren Umsetzung.

Teilnehmer der Lenkungsgruppe (LG)



Mit der Lenkungsgruppe unter Federführung des Baureferates wurde Ende 2001 eine Arbeits- und Entscheidungsebene geschaffen, die durch das Zusammenwirken der relevanten Referate und Fachbereiche eine integrierte Sicht auf das Projekt und eine gemeinsame Problemlösung grundsätzlich erleichterte. Dass hier dennoch auch weiterhin alle Mechanismen des behördlichen Han-

delns (Zuständigkeitsdenken und –abgrenzung, Verantwortlichkeit und Rivalität, Profilierungswünsche) wirksam waren, ist nachvollziehbar.

Teilnehmer der Lenkungsgruppe waren:

- Referat 6: Baureferat
- Referat 7: Bürgeramt, Ordnungsamt
- Referat 4: Schulreferat
- Referat 3: Sozialreferat
- Referat 2: Umweltreferat
- Stadtratsfraktionen: CSU, SPD, Bündnis90/ Die Grünen, FBU
- Wohnungsbaugesellschaft GmbH
- Stadtplanungsamt
- Quartiersmanagement Oberhausen-Nord

Resümée

- Die Lenkungsgruppe, in der sich die maßgeblichen Entscheidungsträger trafen, gab auf oberster städtischer Ebene ein Muster der horizontalen Vernetzung, das auf den unteren, praxisnäheren Ebenen damit leichter realisiert werden konnte. Auch die vertikale Vernetzung wurde begünstigt, weil sich die Spitzen der Referate auch auf Außergewöhnliches verständigten und den Informationsfluss nach unten freigaben. Insofern hat dieses Gremium sicherlich auch einen Beitrag zum Ziel der lernenden Verwaltung geleistet.
- Die Zahl der Sitzungen war mit insgesamt 10 – 12 Treffen zwischen 2000 und Ende 2006, gemessen an den anstehenden Aufgaben, relativ gering. Gemessen an der zeitlichen Belastung der Teilnehmenden war sie aber für viele ausreichend. Gerade das praxisnähere Quartiersmanagement hätte allerdings eine bis zum Abschluss des Gesamtprojekts durchgängige engmaschige Arbeit in der Lenkungsgruppe bevorzugt.
- Im Sinne der Beteiligung und Mitwirkung, die im Soziale Stadt Programm vorgesehen ist, ist die Lenkungsgruppe jene Schaltstelle, an der die Beteiligung nach innen geregelt werden kann, die die Beteiligung nach außen (Bürgerschaft, Stadtaktive) dringend ergänzen muss.

7.2. Projektgruppe im Stadtplanungsamt und Jour Fixe – auch: lernende Verwaltung

Zur Durchführung dieses groß angelegten Projekts der Augsburger Stadtteilentwicklung gab es eine Projektgruppe im Stadtplanungsamt. Wichtig für die pragmatische und schnelle Absprache über aktuelle Projekte und Probleme war dabei die Einrichtung eines Jour fixe im Stadtplanungsamt. Er fand alle 2 Wochen statt. Neben der Stadtplanung mit ihrem damaligen Leiter, Herrn Gernot Illner, nahmen das Quartiersmanagement, die Projektsteuerung und das Stadt-

planungsbüro SEP* regelmäßig teil. Dies erleichterte die kurzfristige und kurz-händige Abstimmung über aktuelle Fragen und Entscheidungen.

7.3. Stadtteilarbeitskreis – lernende Stadtaktive

Im Integrierten Handlungskonzept (Seite 2-3) wird zum Stadtteilarbeitskreis, der Ende 2001 ins Leben gerufen wurde, folgende Idee entworfen

„Stadtteilarbeitskreis (SAK)

Der Lenkungsgruppe (LG) formal unterstellt ist der Stadtteilarbeitskreis (SAK), dem die Umsetzung der von der LG festgelegten Ziele sowie deren Konkretisierung im Einzelfall obliegt. Die Leitung des SAK, einschließlich Vor- und Nachbereitung sowie Protokollführung, erfolgt durch die Projektsteuerung.

Die Hauptfunktion des Stadtteilarbeitskreises liegt in der konzentrierten und kooperativen Zusammenarbeit zur Erarbeitung des Integrierten Handlungskonzeptes, zur Entwicklung und Umsetzung der Einzelprojekte sowie zur Bündelung von finanziellen, personellen und informellen Potentialen oder Kräften vor Ort.

Der SAK umfasst neben Projektsteuerung und Quartiersmanagement die (im Anhang) benannten Ämter, Stellen und Einrichtungen bzw. deren verantwortliche Mitarbeiter. Darüber hinaus können mit Projektfortschritt auch weitere Behörden, Träger oder Akteure des Quartiers in den Stadtteilarbeitskreis eingeladen werden. Gleichmaßen kann die regelmäßige Mitwirkung einzelner Ämter, Stellen und Einrichtungen entbehrlich werden. In den Stadtteilarbeitskreis sind auch die beauftragten Fachplaner für Städtebau, Soziales, lokale Ökonomie und Wohnungsbau einbezogen.“

Bei der Würdigung ihrer (Mit-)Wirkung im Stadtteilarbeitskreis weisen einige Teilnehmende darauf hin, dass das integrierte Arbeiten keine neue Erfahrung des Soziale Stadt Projektes ist, sondern speziell im Jugendbereich in Augsburg schon eine lange Tradition aufweisen kann – allerdings unter einem anderen Namen, was anfangs durchaus zur Verunsicherung beigetragen hat. Als positiv wird empfunden, dass das Integrierte Arbeiten durch die erweiterte Praxis im Soziale Stadt Projekt an Sichtbarkeit in der Stadt gewinnen und seine Vorzüge beweisen konnte.

Resümée zur Rolle des Stadtteilarbeitskreises

- Bei der Werbung um Mitwirkung im Stadtteilarbeitskreis sei dieser von Stadt und Projektsteuerung als eine Art örtliche Ideenwerkstatt angekündigt worden. Manche hätten dabei nicht realisiert, mit welchen Eigenleistungen der Teilnehmenden die Stadt rechnet. Um Enttäuschungen bei den Stadtteilarbeitskreismitgliedern nachträglich zu mildern, hätte das Quartiersmanagement wesentliche Teile übernehmen sollen, was aber mit den ohnehin schlanken Personalressourcen eine Überforderung gewesen wäre.

- Atmosphärische Verwerfungen könnten vermieden werden, wenn schon anfangs – in der möglicherweise noch nicht hinreichend stabilen Projekt- und Arbeitsstruktur – die gegenseitigen Erwartungen und Eigenleistungen, Potentiale und Grenzen für alle transparent gemacht werden würden. Dass dies in Augsburg damals noch nicht ideal gelungen ist, liegt sicherlich auch am Pionier-Status des Projekts. Schließlich hat Augsburg sich als eine der ersten Städte in Bayern in das Soziale Stadt Programm eingebracht.
- Die immer wieder angemahnte Fortschreibung des Integrierten Handlungskonzeptes hätte nach Ansicht des Stadtplanungsamtes eine wesentlich aktivere Initiative und Mitwirkung des Stadtteilarbeitskreises bei der Aktualisierung und Differenzierung der Ziele erfordert.
- Vor allem im jetzt erreichten Projektstadium von Ausstieg und notwendiger Verstetigung wäre sicher eine wieder aktivere Arbeit im Stadtteilarbeitskreis hilfreich. Wer hier aber die entsprechenden Impulse setzen und sie in einer verbindlichen und sichtbaren Organisationsform realisieren könnte, ist offen. Es ist im Interesse der dauerhaften Erfolgsabsicherung im Quartier zu überlegen, ob das benötigte Instrumentarium aus eigenen Ressourcen des Stadtteilarbeitskreises gestellt werden kann oder ob durch eine externe Unterstützung der Übergang von der Fördersituation im Programm Soziale Stadt in das eigeninitiierte und selbsttragende Netzwerk erleichtert werden kann.

7.4. Quartiersmanagement

Im Integrierten Handlungskonzept werden auf den Seiten 2-5 organisatorische Einbindung und das Aufgabenspektrum des Quartiersmanagements beschrieben. Es heißt hier:

„Das Quartiersmanagement ist die lenkende Stelle auf Quartiersebene und vertritt die Interessen der Bürger des Quartiers. Es fungiert als Berater und Vermittler der Bewohner untereinander sowie gegenüber der Stadt Augsburg. Die Bürger sollen mobilisiert und zu einer möglichst vielschichtigen, aktiven Beteiligung an der Aufwertung des Stadtteils angeregt werden. Das Quartiersmanagement bündelt die Ideen und Erwartungen der Betroffenen bzw. örtlichen Akteure und wird diese gegebenenfalls direkt unterstützen oder bei der Erarbeitung von Konzepten und Planungen entsprechend vorbringen und vertreten.

Wichtige Aufgabe des Quartiersmanagements ist die Ansprech- und Beratungsfunktion vor Ort, um Hilfe zur Selbsthilfe sowie Unterstützung von lokalen Initiativen zu geben. Dabei soll das Quartiersmanagement die Mittel zur erfolgreichen Umsetzung des Integrierten Handlungskonzeptes selbst bestimmen und somit weitgehend eigenständig handeln. Zur Realisierung von Aktivitäten und kleineren Projekten wird das Quartiersmanagement mit einem Verfügungsfonds ausgestattet.

Zur gemeinsamen Erarbeitung und für die erfolgreiche Umsetzung des Integrierten Handlungskonzeptes muss das Quartiersmanagement folgende Aufgaben erfüllen:

- Organisation der Beteiligung im Quartier
Bewohneraktivierung, Aufbau lokaler Strukturen, gemeinschaftliche Aktivitäten,

Initiierung und Koordinierung von Arbeitsgruppen

- Mitwirkung bei Koordination investiver und nichtinvestiver Projekte
Unterstützung und Initiierung lokaler Initiativen und Projekte,
Bildungs- und Beratungsangebote
- Mitwirkung in Arbeitsstrukturen
Lenkungsgruppe, Stadtteilarbeitskreis, Projektbesprechung
- Mitwirkung bei Erarbeitung und Fortschreibung des Integrierten
Handlungskonzeptes
Rahmenplanung, Zeit-, Kosten- und Maßnahmenpläne
- Mitwirkung bei Informations- und Öffentlichkeitsarbeit
Stadtteiltreff, Unterstützung der Projektsteuerung
- Mitwirkung bei Maßnahmen- und Projektfinanzierung
Verwaltung des eigenen Verfügungsfonds, Unterstützung der Projektsteuerung
- Mitwirkung bei Kontrolle der Durchführung und Abrechnung von Maßnahmen
Unterstützung der Projektsteuerung bei Controlling insbesondere geförderter Maßnahmen

Mit der Trägerschaft für das Quartiersmanagement wurde der Augsburger Verein „Initiative Beratung und Begegnung e.V.“ beauftragt, die neben der bisherigen Gemeinwesenarbeit im Stadtteil zusätzliche Aufgaben im Rahmen des Projekts „Soziale Stadt“ übernimmt. Frau Modersitzki leitet als Quartiersmanagerin seit April 2001 den Stadtteiltreff in der Weidachstrasse 6, Oberhausen-Nord. Der Stadtteiltreff stellt die zentrale Anlauf- und Informationsstelle für die Bewohner dar.

Regelmäßige Projektbesprechungen (PB) zwischen Projektsteuerung und Quartiersmanagement dienen der laufenden Abstimmung sowie der erforderlichen Vorbereitung von SAK und LG.“

Die Tätigkeit des Quartiersmanagements wird im Lichte von Beteiligung und Aktivierung der Bevölkerung als zentral empfunden, denn hier findet die Bündelung von Einzelaktivitäten statt. Je nach der qualifikatorischen und zeitlich-organisatorischen Ausrichtung des Quartiersmanagements erhält diese Bündelung eine andere Farbe: QuartiersmanagerInnen, die sich sozialpädagogisch der Aufgabe nähern, erreichen andere Zielgruppen und andere Themen als solche, die von einem planerischen, ökonomischen oder geographischen Standpunkt ausgehen. Ganztagskräfte haben andere Möglichkeiten als Teilzeitbeschäftigte, wobei auch die Lage der Arbeitszeiten bestimmt, welche Zielgruppen sie erreichen können.

In Oberhausen-Nord konnten durch die zeitweise Beschäftigung mehrerer Personen im Quartiersmanagement zahlreiche Gruppen durch vielfältige Aktivitäten erreicht werden (wie etwa türkische Frauen für Nähen und Sprache, Interessierte an einer Stadtteilzeitung, Kinder für die Gestaltung des Quartiersplatzes,

örtliches Gewerbe für gemeinsame Aktivitäten). Angesichts der vielen Probleme und der zahlreichen Interessengruppen im Quartier konnte das Quartiersmanagement nicht alle denkbaren und sinnvollen Aufgaben erfüllen. Dementsprechend fehlten manchen in Oberhausen-Nord noch weitere Einsatzgebiete, wie etwa eine intensive Bemühung um Jugendliche aus russlanddeutschen Familien, die vornehmlich erst ab dem späten Nachmittag und am Abend ansprechbar wären.

Mit dem Quartiersmanagement, das ab 2001 vor Ort tätig ist, aber gleichzeitig die Verbindung in die kommunale Hierarchie hält, wird die Idee der Dezentralisierung von Entscheidungen lebendig. Quartiersmanagement ist in diesem Sinne ein Informations- und Kommunikations-Zentrum,

- in das horizontal die Kräfte des Gebietes zusammengeholt und
- vertikal die Impulse aus verschiedenen Entscheidungs- und Planungsebenen miteinander verknüpft werden.

Dazu bediente sich das Quartiersmanagement der Möglichkeiten zur Kooperation mit Stadtaktiven ebenso wie der Aktivierung der Bewohnerschaft, um sie an der eigenverantwortlichen Gestaltung des Quartiers zu beteiligen. Gleichzeitig wurden Stadtverwaltung und Stadtpolitik im Sinne der lernenden Verwaltung in den progressiven Prozess einbezogen.

Das Quartiersmanagement wurde in Oberhausen-Nord sowohl mit sozialer Arbeit (Beratung, Projekte, Quartiersveranstaltungen etc.) als auch mit quartiersbezogenen Managementaufgaben (Koordination von Aktivitäten im Stadtteilarbeitskreis, Initiierung von Kooperationen, wie z.B. Sprengelüberprüfung, und Entlastung von Stadtaktiven) betraut, was in der Sache durchaus sinnvoll war. Die Arbeit hätte aber z.B. durch eine bessere Personalausstattung erleichtert und noch wirkungsvoller gestaltet werden können.

Resümée zum Quartiersmanagement

- Mit mehr Personal würden sich zielgruppenspezifische Angebote außerhalb der normalen Arbeits- und Bürozeiten eher realisieren lassen. So z.B. könnten Mütter vormittags, Kinder am Nachmittag, Jugendliche und Berufstätige vor allem in den Abendstunden angesprochen werden. Eine Normalstelle deckt aber nur die Tagesstunden ab. Aus Sicht der WBG wäre eine bessere Personalausstattung im Quartiersmanagement auch wünschenswert, weil erst das Quartiersmanagement für den Wohnraum, den das Wohnungsunternehmen materiell schafft, die immateriell nötige Lebensqualität aktivierend gestaltet: nämlich als Identifikation der Bewohnerschaft mit dem Quartier (Heimatgefühl), als Verantwortung im Quartier in Form von quartiersbezogener Eigeninitiative.

- Bei einem personell schmal besetzten Quartiersmanagement kommt es leicht zum Burn-Out, da die Arbeit einen hohen persönlichen Einsatz vom Personal verlangt. Das Wochenstunden-Volumen von anfangs 60, dann 50 und abschließend noch 30 Stunden hat diese Gefahr in Oberhausen-Nord nicht begrenzt. Für eine eventuelle Verstetigung des Quartiersmanagements über den Förderzeitraum hinaus werden zukünftig 30 Wochenstunden aus Sicht des Quartiersmanagements als ausreichend angenommen.
- Neben einer großzügigeren Personalausstattung wird angeregt, das Quartiersmanagement nicht nur als eine Stelle für soziale Betreuung von Benachteiligten, sondern auch als soziale Kompetenz mit in die Planungsüberlegungen selbst einzubeziehen, und zwar frühzeitig und an maßgeblicher Stelle.
- Die Entscheidung für eine jährliche Verlängerung der Verträge für das Quartiersmanagement wurde getroffen, vor allem um im Vollzug flexibel zu bleiben. Mittlerweile sprechen sich viele Beteiligte aber eher für längerfristige Verträge aus, weil damit mehr Ruhe und Planungssicherheit im Quartiersalltag für lokale AkteurInnen und BewohnerInnen eintreten würde. Auch der personelle Aufwand für die wiederholte Vertragsverlängerung könnte erheblich reduziert werden und käme der inhaltlichen Arbeit im Quartier zugute. Außerdem könnte so eine größere Unabhängigkeit des Quartiersmanagements gegenüber der Projektleitung entstehen.
- Zum Zeitpunkt der Einstellung des Quartiersmanagements gab es konträre Überlegungen, eine noch frühere oder eine spätere Einstellung zu empfehlen. Für die frühere Einstellung spricht, dass dann das Quartiersmanagement schon die ersten Planungsüberlegungen durch soziale Aspekte professionell bereichern könnte, dasselbe gilt für Planungen der WBG (beispielsweise Farbkonzepte, Ghettobildung durch Problem-Innenhöfe, etc.). Für die spätere Einstellung spricht, dass bei Vorliegen der Vorbereitenden Untersuchungen der Projektschwerpunkt bereits definiert ist und der Qualifikationsbedarf im Quartiersmanagement genau beschrieben werden kann. Außerdem wäre damit sichergestellt, dass das Quartiersmanagement – ohne den zeitraubenden Umweg über eigene Recherchen im Gebiet – sofort und direkt mit der sozialen Arbeit beginnen könnte.
- Zur Anbindung des Quartiersmanagements sind sich die Befragten einig, dass es, um Interessenkonflikte und Parteilichkeits-Probleme zu vermeiden, nicht beim Wohnungsunternehmen angebunden werden sollte. Eine neutrale Trägerschaft, wie in Augsburg geschehen, ist auch für die Eigeninitiative des Quartiersmanagements günstiger.
- Das mögliche Qualifikationsspektrum des Quartiersmanagements ist von der Sache her grundsätzlich breit und z.B. in gemeinwesenorientierter, kultureller, (immobilien-) wirtschaftlicher bis hin zu städtebaulicher und sozialgeographischer Schwerpunktsetzung denkbar. Neben der fachlichen Spezialisierung selbst spielt auch die Persönlichkeit der einzelnen Person(en) eine wichtige Rolle, weil in das anfangs noch sehr offene Geschehen vor Ort auch Vorerfahrungen, Vorlieben und Begabungen der Person(en) maßgeblich mit einfließen. Das dürfte auch der Grund sein, warum in manchen Sozialen Stadt Projekten die Arbeit des Quartiersmanagements auf mehrere Personen aufgeteilt wird.
- Als besonders wirkungsvoll haben sich sogenannte Tandemlösungen bewährt, wo die sozioökonomische und sozialpädagogische Kompetenz mit städtebaulicher Qualifikation verbunden wird.

7.5. Projektsteuerung

Die Projektsteuerung lag beim Baureferat/ Stadtplanungsamt und wurde zeitweise (2001 bis 2004) extern unterstützt vom Büro für Städtebau+Projektmanagement Dürsch. Zur Arbeitsverteilung wurde im Vertrag mit dem Büro folgendes festgelegt:

„Die Projektsteuerung soll kombiniert intern und extern realisiert werden. ... Die Tätigkeit der externen Projektsteuerung entspricht einer Beratung der Auftraggeberin, enthält aber keine selbständige Entscheidungs- und Weisungsbefugnis gegenüber Stellen der Stadtverwaltung.“

Anfangs war eine intensive Betreuung und Zuarbeit unverzichtbar bis die neu zu schaffenden Strukturen im Soziale Stadt Projekt einigermaßen stabil zur Verfügung standen. Der externe Projektsteuerer verstand sich als der „Oberkümmerer“ für die Organisation der Steuerungsebenen und zog sich erst dann langsam aus seiner vertraglichen Pflicht zurück, als sich eine gewisse verlässliche Routine und Selbstverständlichkeit im Projektablauf abzeichnete.

Das Anliegen der Projektsteuerung war, die sozialen Probleme im Stadtteil aufzugreifen, dabei aber jede Stigmatisierung des Gebietes zu vermeiden. Die ohnehin schwer anzuhaltende Abwärtsspirale sollte keinesfalls durch eine besondere Berichterstattung im Bewusstsein der Stadtgesellschaft neue Nahrung bekommen. Vielmehr ging es darum, für Wohlwollen, Akzeptanz und aktive Teilnahme zum einen im Quartier und zum andern außerhalb des Gebietes in Verwaltung, Stadtpolitik und Stadtgesellschaft zu werben.

Um das Projekt auch stadintern zu einer „erfolgreichen Bemühung“ zu machen, war die externe Projektsteuerung darum bemüht, den Projektverlauf so reibungslos wie möglich zu gestalten. Dazu gehörte auch, „nicht nur zu reden, sondern alles Wesentliche z.B. in Aktennotizen, Jahresberichten, Protokollen niederzuschreiben („Verwaltet wird schriftlich“). Dadurch bestand für alle Mitwirkenden Transparenz. Vertrauen konnte sich langsam aufbauen. Trotz einer formalen Strenge, sollte das Verfahren als offenes Verfahren für alle die Möglichkeiten behalten, je nach Situation spontan und individuell zu reagieren.

Resümée zur Projektsteuerung

- Da die WBG im Gebiet durch ihren großen historischen Wohnungsbestand eine starke Position einnimmt und mit ihrer Geschäftspolitik entscheidend auf die Entwicklung des Gebiets einwirkt, wäre es fast nahe gelegen, wenn sie – wie in manchen Programmgemeinden geschehen – die Steuerung des Gesamtprojekts im Auftrag der Stadt übernommen hätte.

- Anfängliche Überlegungen zu einer externen Projektsteuerung durch die WBG gab es. Sie sind aber verworfen worden. Heute wird dies auch von der WBG als richtig empfunden, da sich so weniger Rollenüberschneidungen und mögliche Interessenkonflikte ergeben haben. Durch die Federführung bei der Stadt für die Projektsteuerung wurden Kontinuität und Kommunikation in Verwaltung und Stadtpolitik sichergestellt.
- Man ist sich aber einig, dass bei einem ähnlichen Verfahren in einem anderen Gebiet, besonders wenn es viele Einzeleigentümer gibt, eine externe, professionelle und interessen-neutrale Projektsteuerung unbedingt notwendig ist.
- Die anfänglich externe Projektsteuerung wurde in Augsburg überwiegend als wertvoll für den Einstieg in vernetztes Arbeiten und als konsensorientiert empfunden. Kritisiert wurde eine gewisse Überinstrumentalisierung in den von ihr empfohlenen Organisations- und Ablaufstrukturen.

7.6 Städtebauliche Planung

Das Münchner Planungsbüro StadtEntwicklungsPlanung Baur & Deby Architekten (SEP) wurde von der Stadt mit den sogenannten Vorbereitenden Untersuchungen für den Städtebau und mit der Zusammenführung dieser Untersuchungen mit den anderen Fachplanungen zum Integrierten Handlungskonzept beauftragt. In Augsburg aus dem Büro tätig wurde Herr Jochen Baur. Neben dem städtebaulichen Rahmenplan, als räumlichem Leitfaden für die Gebietsentwicklung, hat er die Umgestaltung des Drei-Auen-Platzes, also der Quartiersmitte entworfen und in einem sehr intensiven Dialog mit der Bürgerschaft realisiert (siehe Kapitel 4.3).

8. Aktivierung und Beteiligung in Oberhausen-Nord

8.1. Wege und Organisation der Beteiligung

Beteiligung von Bürgerschaft und Stadtaktiven wird im Programm Soziale Stadt als unverzichtbare Voraussetzung für das integrierte Arbeiten zur Aufwertung der baulich, aber auch sozial benachteiligten Stadtteile beschrieben – und verlangt. Es wird darauf gesetzt, dass eine nachhaltige soziale Verbesserung im Stadtteil und die Erhaltung auch der (oft aufwendigen) baulichen Aufwertungen langfristig nur gesichert werden kann, wenn Stadtaktive und Bewohnerschaft mittragend und mitverantwortlich in die Planungsprozesse einbezogen werden – wenn also „alle an einem Strang ziehen“.

Im Integrierten Handlungskonzept für Oberhausen-Nord wird auf der Seite 2-1 die Bedeutung einer straff organisierten Zusammenarbeit der Aktiven vor Ort mit einer ernst gemeinten Bürgerbeteiligung aufgegriffen und für die örtlichen Verhältnisse und Maßstäbe umgesetzt:

„Verantwortlich für die Integrierte Stadtteilentwicklung Oberhausen-Nord ist die Stadt Augsburg, wobei die Akteure vor Ort eng in den Ablauf des Verfahrens mit einbezogen werden sollen. Um allen Beteiligten und Interessierten die Mitwirkung und Informationsmöglichkeit zu eröffnen, sind unter Abschnitt 9 (*des Integrierten Handlungskonzepts, Anm. der VerfasserIn*) alle Akteure mit Anschrift und Telefonnummer angegeben. Hierdurch soll eine direkte Kontaktaufnahme erleichtert werden und ein Beitrag zur Vernetzung und Bündelung der verschiedenen Aktivitäten geleistet werden.

Arbeitsweise und Zusammenwirken der verschiedenen Akteure ist unterschiedlich und wird durch die formalisierten oder informellen Rahmenbedingungen geprägt. Grundsatz für die Erstellung des Integrierten Handlungskonzepts ist, dass neben Verwaltung, Behörden und Fachplanern vor allem die örtlichen Akteure das Ergebnis mitgestalten sollen. Dementsprechend werden die verschiedenen Gruppen und Gremien in differenzierter Weise an dem gesamten Planungsprozess teilnehmen.“

Im Schema auf der kommenden Seite zeigen sich die beabsichtigten Arbeitsstrukturen und Zusammenhänge mit der wichtigen Rolle für Bewohnerschaft und Stadtaktive, wobei die Beteiligung von Anfang an sehr differenziert gesehen (siehe Seite 2-2).

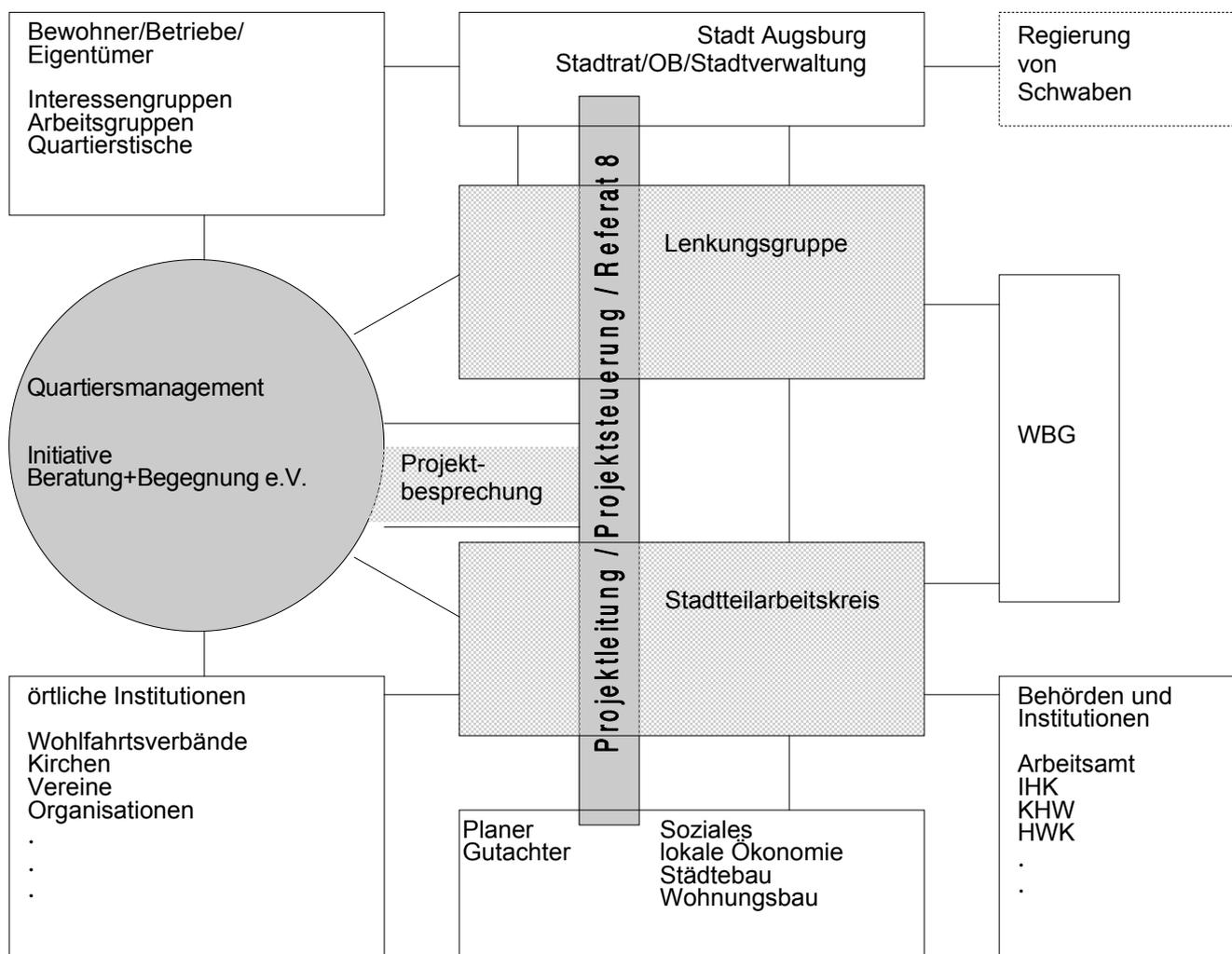
„Akteure vor Ort

Neben den lokalen Institutionen (Organisationen, Kirchen, Vereine ...) sind es vor allem Bewohner, Gewerbetreibende und Grundstückseigentümer, die aktiv im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“ an der Aufwertung und Erneuerung des Stadtteils mitwirken sollen. Dazu bedarf es einer intensiven Öffentlichkeitsarbeit und Bürgerbeteiligung. Angeregt werden Arbeitsgruppen zu verschiedenen Themenfeldern, wie z.B. Wohnumfeld, Grün, Verkehr, Nahversorgung, Stadtteilimage. Durch Gespräche kann auch individu-

elle Beratung und Betreuung erfolgen. Weitere Aktivitäten zur Bürgermitwirkung sind unter 2.5 Quartiersmanagement (*des Integrierten Handlungskonzepts, Anm. der Verfasserin*) angeführt. Damit werden aus den von der Sanierung Betroffenen – Eigentümer, Mieter und Pächter – Beteiligte.“

Dabei muss anders als beim arbeitsteiligen ressortspezifischen Arbeiten an eine Vielzahl von gemeinsamen wie auch widerstreitenden Interessen und an eine Vielzahl von Menschen/ Gruppen gedacht werden, die sich von den Planungen betroffen, vielleicht sogar bedroht oder auch begünstigt, fühlen. Sie zu einer konstruktiven Meinungsbildung und Projekt-Umsetzung zu bewegen, braucht eine entsprechend verlässliche und transparente Organisation.

Zusammenwirken der Beteiligten (*Integriertes Handlungskonzept, Seite 2-1*)



In Projekten der Sozialen Stadt sind solche Formen der Zusammenarbeit Voraussetzung für die Förderung. Sie sich zunächst einmal bewusst zu machen und sie dann im Alltag zu installieren, stellt eine gegenüber dem gewohnten bürokratischen Arbeiten ungewöhnliche Aufgabe dar. Dabei wird es manchmal und von manchen als überfordernd, lästig oder verunsichernd empfunden, wenn die Routine des gewohnten Verwaltungshandelns durchbrochen wird. Aber nicht nur Verwaltungsfachleute, sondern auch Stadtaktive lehnen die neue Erfahrung des Netzwerkhandelns aus ähnlichen Gründen oftmals ab. Für diejenigen, die gute Erfahrungen damit gemacht haben und integriert arbeiten wollen, stellt dagegen der gewisse „Druck“ von oben, den das Programm ausübt, eine heilsame Übung dar, um verkrustete Strukturen etwas aufzubrechen.

Resümée zum Organigramm der Zusammenarbeit vor Ort

Für Eingeweihte zeigen solche Diagramme, die in zahllosen Arbeitshilfen gezeigt und von vielen Städten mit höchst komplizierten Vernetzungswegen aufgenommen wurden, anschaulich das Geflecht der Zuordnung aller Beteiligten. Für Aussenstehende machen sie oft eher einen verwirrenden Eindruck, mit der Folge, dass das sinnvolle Prozedere, das hinter solchen Diagrammen steht, als viel zu kompliziert, aufwendig und überinstrumentiert erscheint und damit oft Widerstand bei der Politik gegen das Integrierte Handeln geweckt wird.

8.2 Bedeutung von Quartiersmanagement und Stadtteilarbeitskreis in der Beteiligung

Die Idee, dass Quartiersmanagement und Stadtteilarbeitskreis eine Art lebendige Drehscheibe für die zahlreichen in Oberhausen-Nord angeregten Maßnahmenkonzepte, Projekte und Veranstaltungen im Quartier werden soll, hat sich in der Praxis bewährt. Dabei kam den Betroffenen zugute, dass sie teilweise auf ähnliche Erfahrungen zurückgreifen konnten, z.B. aus dem Stadtteilbüro, das es in Oberhausen seit Mitte der 80er Jahre gab.

Mit einer aktivierenden Befragung gelang es dem Quartiersmanagement im Februar 2002 immerhin 55 Personen aus dem Quartier persönlich anzusprechen und Interesse für den Stadtteil, seine Probleme und die bevorstehende Aufwertung zu wecken. Es sollte auch neugierig gemacht werden auf andere Formen des Kontakts und Umgangs miteinander und außerdem bot die Befragung Gelegenheit, Hilfen zur Alltagsgestaltung zu beschreiben und anzubieten. Die Vorteile für das Quartiersmanagement lagen, wie der Name „aktivierende“ Befragung schon sagt, vor allem in der Kontaktaufnahme und in der Anregung zum Mitwirken (aktivieren). Dass dabei auch Einschätzungen des Quartiers, der Bedarfe und der Angebotslücken in Erfahrung gebracht werden konnten, war für die Ausrichtung der Quartiersarbeit hilfreich.

Die Erhebung wird im Teil II der Evaluation noch eine Rolle spielen, wenn es um die Zufriedenheit, Atmosphäre und die neue Bewohnerschaft geht.

Was auf der Ebene der Lenkungsgruppe an Entscheidungen getroffen worden ist, kam im Stadtteilarbeitskreis praktisch zum Tragen. Dabei ist zu unterscheiden zwischen den gebauten Schlüsselprojekten und den sozialen. Erstere sind wesentlich bei der WBG (wie Wohnungssanierung, Drei-Auen-Schule) bzw. im Stadtplanungsamt (wie z.B. der Quartiersplatz) angesiedelt. Die sozialen Schlüsselprojekte sind im Wesentlichen vom Quartiersmanagement, von einzelnen Stadtaktiven sowie später auch über die Koordinierungsstelle des Sozialreferats von ihrer Leiterin Sabine Nölke-Schaufler ausgegangen. Ihre Abstimmung erfolgte im Stadtteilarbeitskreis.

Resümée zur Kooperationsstruktur vor Ort

- Hilfreich und förderlich für die Kooperation und Koordination war sicherlich die „in Personen garantierte“ Durchlässigkeit zwischen Lenkungsgruppenebene, Projektgruppe (Jour fixe) und Umsetzungsebene: Stadtplanungsamt, Quartiersmanagement und externe Projektsteuerung stellten so Brücken zwischen der politischen Ebene sowie der Verwaltungs- und Umsetzungsebene dar und konnten ihre Erfahrungen aus den verschiedenen hierarchischen Bereichen in der jeweils anderen Ebene zur Verfügung stellen.
- Zwar erforderte diese komplexe Arbeitsstruktur von allen daran Beteiligten einen hohen zeitlichen und persönlichen Einsatz, erleichterte aber das Zusammenarbeiten erheblich. Weil alle Betroffenen über das Geschehen informiert waren, konnte Mehrfacharbeit oder gegenseitige Behinderung reduziert werden. Mit der rechtzeitigen Abstimmung von Einzelaktivitäten war es schließlich möglich, so genannte Synergie-Effekte gezielt zu nutzen.
- Der Stadtteilarbeitskreis wird oft als eine wertvolle Einrichtung gewürdigt. Dennoch haben vereinzelte Stimmen kritisch darauf hingewiesen, dass sich hier auch ein Forum für die Selbstdarstellung geboten habe, das von einigen Teilnehmenden für die eigenen Zwecke (aus-)genutzt worden sei. Die Kommunikationsstrategie und Informationspolitik, die im Stadtteilarbeitskreis verfolgt wurden, aber auch seine Organisations- und Entscheidungsstruktur könnten, so wird angemerkt, in Zukunft durchaus noch verbessert werden. Dabei wird eine noch dichtere Information aus der Stadtverwaltung für sinnvoll gehalten.
- Da Beteiligungsanstrengungen vom Quartiersmanagement intensiven Einsatz für jede der Gruppen und Maßnahmen verlangen, reicht die personelle Ausstattung in der Regel nicht aus, alle guten Ideen und alle sinnvollen Ziele ausreichend zu bedienen. Eine personelle Aufweitung des Quartiersmanagements ist daher fast immer Wunsch in Soziale Stadt Gebieten, die mit sozialen Schieflagen kämpfen, auch wenn der finanzielle Rahmen dies begrenzt. Auch in Oberhausen-Nord war es nicht anders.

8.3 Einbindung bürgerschaftlicher Kreativität und Arbeit

Gerade in Gebieten mit einem besonderen Erneuerungsbedarf ist die Wohnbevölkerung oft mit der Organisation und Sicherung des Alltags so beschäftigt und ausgelastet, dass sie für die – von gutbürgerlichen Haushalten gerne übernommenen – Aufgaben für die Gemeinschaft kaum Verständnis aufbringen kann. Gemeinschaftsaufgaben gar aktiv zu bedienen, ist in solchen Haushalten ein fast unpassender Gedanke. Das bedeutet, dass das Quartiersmanagement mit seinen aktivierenden Bemühungen in solchen Gebieten von einem außergewöhnlich niedrigen Level auszugehen hat, ja manche Betroffenen erst einmal in die Lage versetzen muss, sich selbst zu helfen, damit sie an Engagement für andere überhaupt denken können. Auch Misstrauen dieser vielfach benachteiligten und enttäuschten Menschen spielt eine Rolle im Kontakt.

Es gilt deshalb also, den Zugang zu den BewohnerInnen erst einmal zu finden, bevor für Beteiligung und Mitwirken an Projektideen überhaupt geworben werden kann. Bisher wenig integrierte Gruppen verschließen sich oftmals stringent den als kontrollierend empfundenen Annäherungsversuchen eines (als besserwischerisch erlebten) Quartiersmanagements. Das gilt für ethnische Gruppen ebenso wie für Menschen, die ihren Alltag nicht ohne weiteres bewältigen können, etwa Alkoholabhängige oder psychisch Kranke.

Durch eine systematische Zusammenarbeit zwischen Quartiersmanagement und aktiven Vereinen, Verbänden und Initiativen im Quartier kann die Vielfalt der drängenden Aufgaben arbeitsteilig, aber abgestimmt leichter bewältigt werden. Dafür bietet der Stadtteilarbeitskreis eine gute Gelegenheit. Ehrenamtliche sollen einen weiteren wichtigen Beitrag dazu leisten. Diese Idee stößt aber an Grenzen. Die Einbindung von Ehrenamtlichen, auf die auch das Soziale Stadt Projekt in Oberhausen-Nord setzt, scheint von besonderen Bedingungen begrenzt zu sein, was verschiedene GesprächspartnerInnen erwähnten, wie z. B.

- Es gibt wohl nicht sehr viele Menschen, die sich kontinuierlich einbinden lassen wollen
- Die Freiwilligen reagieren offensichtlich auch in Oberhausen überwiegend stark empfindlich auf Druck von oben oder formale Verpflichtungen
- Die oft unausgesprochene aber dringliche Forderung nach Verbindlichkeit und Langfristigkeit stellt für viele in Oberhausen ein Hindernis für die ehrenamtliche Beteiligung dar. Möglicherweise lassen sich langfristig neue For-

men des BE (Bürgerschaftlichen Engagement) als Alternative anbieten.

- Eine gewisse „Angst vor der Macht der auffressenden Institutionen“ hält manche von einer ehrenamtlichen Mitwirkung ab
- Ehrenamtliche Tätigkeit ist nach Ansicht verschiedener Oberhauser Gesprächspartner leichter zu erbringen im privaten Nahbereich der unmittelbaren Nachbarschaft als im größeren sozialen Bereich des Quartiers.

Deshalb wurde in Oberhausen-Nord von Beginn an auch darauf gesetzt, dass eine lockere, aber verlässliche Netzwerkstruktur im Nahbereich entsteht, die die genannten Hindernisse abfedern und mildern kann. Netzwerke können – bei institutioneller Distanz – den nachbarschaftlichen Bereich durch kurzfristige und punktuelle Einsätze stützen und sie können, wenn sie gut laufen, schließlich die „eigentliche Verstetigung im Projekt“ über den Förderzeitpunkt hinaus darstellen, wie es eine Gesprächspartnerin ausdrückte.

Resümée zur Einbindung bürgerschaftlicher Mitarbeit

- Was leider allgemein die Regel ist, gilt auch in Oberhausen-Nord für die Beteiligung: Nicht alle gesellschaftlichen Gruppen sind in gleicher Weise interessiert und auch nicht in gleicher Weise fähig, über ihre unmittelbare Alltagsbewältigung hinaus sich für Fragen des Gemeinwesens einzusetzen. Deshalb sind gruppenspezifische Methoden der Ansprache und der Einbeziehung notwendig. Das Quartiersmanagement wird daher sehr breit gefordert.
- Im Laufe der Zeit kann sich in einem gut betreuten Gebiet eine konstruktive Gesprächs- und Kooperationskultur entwickeln. Je nach Ausgangsniveau bedarf dieser Lernprozess aber unter Umständen mehrere Jahre. Und bei stark mobilen oder entwicklungsintensiven Gruppen (z.B. bei Kindern oder Jugendlichen, aber auch bei Müttern), deren Lebenssituation und Interessen sich natürlicherweise ändern, sind laufend neue Impulse zu setzen und Anleitungen zu gewähren.
- In Soziale Stadt Gebieten, in denen es speziell im sozialen Bereich „viel zu tun“ gibt, passiert es oft, dass engagierte Ehrenamtliche für eine Vielzahl von Ämtern und Aufgaben umworben werden. Das kann leicht zur Überforderung führen und sogar Abwehr bis hin zur Verweigerung auslösen. In Oberhausen-Nord soll dies ein Problem gewesen sein, mit dem nicht nur das Quartiersmanagement sensibel umgehen musste.
- Mit der Aktivierung und Schöpfung der bürgerschaftlichen Kreativität kommen gute Ideen und Kräfte für das Quartier zu Tage. Aber es kommt in der Regel auch das Konfliktpotential zum Tragen, so dass das Quartiersmanagement dabei auch zum Konfliktzentrum werden kann.
- Moderations*- und Mediationsaufgaben*, die hier vom Quartiersmanagement abverlangt werden, sollten zumindest mit einer regelmäßigen Supervision* erleichtert werden – eine Maßnahme, die auch dem drohenden Burn-Out* in sozialen Berufen zuvorkäme.

8.4. Lernende Bürgerschaft – aktive Bevölkerung

Hauptziel der Soziale Stadt Projekte ist neben der notwendigen baulichen Erneuerung vor allem eine nachhaltige Verbesserung der sozialen Struktur und der Atmosphäre im Gebiet. Dazu gehören eine Steigerung der Selbstbestimmungsfähigkeit, der Selbsthilfekräfte, der Eigenmächtigkeit und des konsequenten Einsatzes für gemeinsam gefundene Zielsetzungen. Da aber in Gebieten der Sozialen Stadt normalerweise Menschen wohnen, die einen stark belasteten Alltag zu bewältigen haben und außerdem in der Regel nicht über geeignete kommunikative und soziale Fertigkeiten für ein autonom gestaltetes und gesichertes Leben verfügen, ist dieses Ziel sehr hoch gesteckt und ein Langfristziel. Sylvia Greiffenhagen (2004) spricht davon, dass ausgerechnet von diesen benachteiligten Bevölkerungsgruppen verlangt wird, sich „am eigenen Schopf aus dem Sumpf zu ziehen“. Sie versteht nicht, dass sich die Programm-Verantwortlichen dessen nicht bewusst gewesen sind, ja sogar Stolz auf diese „Idee der Selbsthilfe“ zeigen.

Dass soziale Verbesserungen nicht ohne professionelle und zuverlässige Hilfestellung erreicht werden können, begründet die dringende Notwendigkeit eines aktivierenden und unterstützenden Quartiersmanagements in Soziale Stadt Gebieten wie Oberhausen-Nord. Auf die besonderen Anforderungen bei der Beteiligung von sozial weniger begünstigten Bevölkerungsgruppen weisen wir schon im Bericht zum „Modellprojekt Diskursive Bürgerbeteiligung“ (Grüger/Schäuble 2005, Kapitel 2) hin. Ob und in wieweit diese „Fürsorge“ und Hilfe bei der Entwicklung angemessener sozialer Kompetenzen nach einem – an baulichen Förder-Maßstäben orientiert – festgelegten Zeitraum verzichtet werden kann, ist nachvollziehbar umstritten.

Das Quartiersmanagement stellt in den Soziale Stadt Gebieten einen Kristallisationspunkt dar, der von keiner anderen Stelle ersetzt werden kann, aber in vielen Fällen auch nicht ohne Schaden für die erreichten sozialen, aber auch baulichen (Stichwort: Zerstörungen) Aufwertungen entfallen kann.

Dabei wurde in Oberhausen-Nord vom Quartiersmanagement nicht nur die Hinwendung zur Bevölkerung erwartet, sondern auch der Brückenschlag zu denjenigen, die im Stadtteil aktiv sind. Es hatte also

- niederschwellig aktivierende Beteiligungsformen für eine mitwirkungsunehohnte und diesbezüglich eher scheue Bevölkerung anzubieten und
- stringente Kooperationsimpulse für die Stadtaktiven zu setzen.

Nur so werden die angestrebten Verbesserungen und Aufwertungen ermöglicht. In kleinen Schritten sind in Oberhausen-Nord Lernerfolge – mit unterschiedlicher Dauerhaftigkeit – erzielt worden.

Resümée zur lernenden Bürgerschaft

- Kritisch zu hinterfragen ist, ob die unter sozialen Gesichtspunkten nötigen Aufwertungen im Gebiet den Bedingungen der baulichen Erneuerungsmaßnahmen ohne weiteres untergeordnet werden können und dürfen. Das gilt z.B. für Laufzeit ebenso wie für Art und Höhe der Förderung. Es besteht die Gefahr, dass die erreichte soziale Kompetenz und Verantwortungsbereitschaft wieder verloren geht bzw. bei nachwachsenden Gruppen nicht entsteht, wenn die entsprechenden Impulse ausbleiben.
- Die Qualitäten des Stadtteils müssen aus dem Stadtteil heraus gestärkt werden. Das Entstehen einer verlässlichen Beteiligungs- und Gesprächskultur gehört zu diesen nachhaltigen Qualitäten, weil sie garantiert, dass auch nach Ablauf der Förderung Eigenkräfte im Gebiet für Konfliktlösungen, Kriseninterventionen und positive Gestaltung des Quartierslebens sorgen werden. Manche Beteiligte sehen daher das größte Verdienst des Sozialen Stadt Programms in dem von ihm ausgehenden Auftrag zu Koordination und Abstimmung unter den Stadtaktiven, in der Förderung der sozialen Infrastruktur und der schrittweisen Stärkung der Eigenkräfte bei manchen Bevölkerungsgruppen.
- Auch in der Entzerrung der hoheitlichen Verfahren sehen viele das Verdienst des Sozialen Stadt Programms. Dazu gehört auch die ernst gemeinte und qualifizierende, möglichst viele einbeziehende Beteiligung der Bewohnerschaft gehört. Die emanzipatorischen Vorstellungen des Sozialen Stadt Programms können, wenn sie als Anlass zum Lernen genommen werden, auf allen Ebenen von Stadtpolitik, Stadtverwaltung, Stadtaktiven, Medien und Bewohnerschaft zu anspruchsvollen „lernenden“ Entwicklungen für das gesamte Gemeinwesen genutzt werden. Mit dem Programm LOS werden die emanzipatorischen Ziele des Sozialen Stadt Programms aufgegriffen. Denn dieses kann die zusätzliche Eigeninitiative stärken und die Kreativität anregen. Seine zeitliche Begrenzung dämpft allerdings den eigentlich nötigen langfristigen Effekt.
- Die Gefahr, dass einzelne Menschen die offenen Runden der Beteiligung lediglich zur Selbstdarstellung nutzen und die integrierte Arbeit allenfalls verbal befürworten, dabei aber verhaltensstarr in hierarchischen Vorstellungen verbleiben, muss gesehen und immer wieder gezielt aufgelöst werden.
- Auch nach dem Auslaufen der Förderung sollten mit einer (wenn auch personell reduzierten) aktivierenden Betreuung des Quartiers die bisherigen sozialen Erfolge abgesichert und vertieft werden. Es ist zu hoffen, dass nach der Schließung des Stadtteiltreffs und dem Auslaufen des Vertrages für das Quartiersmanagement der in der Drei-Auen-Schule vorgehene Bürgertreff diese Aufgaben übernehmen wird.

9. Besondere AkteurInnen – ihre Rolle und Bedeutung

9.1 Baureferat (Referat 6) und Stadtplanungsamt

Die schwierige und komplexe Aufgabenstellung der Sozialen Stadt braucht eine zentrale Projektverantwortung, die erfahren ist mit großen Stadtentwicklungsprojekten und der – fast alle Fachbereiche der Stadtverwaltung umfassenden – Stadterneuerung. In Augsburg ist dies das Baureferat (Referat 6) mit dem Referenten Dr. Karl Demharter und das zum Referat gehörende Stadtplanungsamt, die – im engen Verbund mit der WBG – die unermüdliche Triebfeder und Seele des Gesamtprozesses und der meisten Teilprojekte auch in der Sozialen Stadt waren und sind. Der Baureferent koordiniert in seiner Funktion und mit fundierter Zuarbeit durch das Stadtplanungsamt das sensible Netzwerk aus den beteiligten Referate und der WBG.

Resümée zur Rolle von Baureferat und Stadtplanung

- Der Baureferent, erfahren als Verfahrensbevollmächtigter in vielen städtebaulichen Großprojekten der Stadt, hat über die Lenkungsgruppe, als Chef der Stadtplanung und mit seiner regelmäßigen Präsenz im Stadtrat den Prozess in Oberhausen-Nord straff und umsichtig geleitet. Er hat sich selbst als Lernender in dem Geflecht der Integrativen Zusammenarbeit eingeschätzt und dabei – wie er meint – viel für seine Arbeit gewonnen.
- Die eigentliche Kärnerarbeit der Sozialen Stadt mussten die Mitarbeiter des Stadtplanungsamts, Herr Norbert Reinfuss und Herr Helmut Seibold, machen. Sie waren spürbar mit Herz und Seele dabei. Aufgeschlossen und geduldig haben sie über die bisherigen Jahre den Prozess begleitet. Fast jeder im Viertel kennt beide und schätzt ihre aufmerksame Mithilfe außerordentlich. Jedes Soziale Stadt Projekt braucht solch kompetente Lenkung und Begleitung und ebenso solch verstehende Hinwendung zu den im Quartier wohnenden und arbeitenden Menschen.

9.2 Städtische Referate der Lenkungsgruppe: Schulreferat, Sozialreferat, Umweltreferat

Die Lenkungsgruppe bündelte unter der Leitung des Baureferenten die wesentlichen kommunalen AkteurInnen und ihre Interessen. Es fällt auf, dass dabei die AkteurInnen mit recht unterschiedlichen Aufgaben und Funktionen teilgenommen haben – ein gutes Zeichen für eine vitale Kooperation.

Schulreferat (Referat 4)

Dass die örtlichen Schulen einen Magneten für Quartiere darstellen und das Standortverhalten von Familien maßgeblich bestimmen, macht sie zu einem

Dreh- und Angelpunkt, wenn es um eine Veränderung in der sozialen Mischung eines Quartiers geht, wie es in Oberhausen-Nord im Zielkatalog vorgesehen ist.

Schule und Bildung stehen im Programm Sozialen Stadt im Zentrum der Erneuerungsbemühungen. Die schulische Versorgung von Oberhausen-Nord war als mangelhaft empfunden worden, was dem Schulreferat und seinem Referenten, Herrn Sieghard Schramm, eine wichtige Rolle im Soziale Stadt Projekt zuwies. Im Sinne von „Bildung = Lebenschancen“ sind Planungen rund um die Löweneckschule mit der Pausenhof-Öffnung schon frühzeitig ins Auge gefasst worden.

Aber erst mit der Planung der Drei-Auen-Schule, als einer neuen Quartiersschule, ist das Schulreferat unter anderen zu einem ganz zentralen Akteur in der Sozialen Stadt Oberhausen-Nord geworden. Die damit verbundenen sehr komplizierten bürokratischen Schritte, wie z.B. die Sprengel-Änderung, sind in Kapitel 4 bereits ausführlich beschrieben worden.

Die Schule selbst wurde nicht aus Soziale Stadt Mitteln finanziert, da hier – nach dem Prinzip der Subsidiarität – andere Programme und die Stadt die Kosten decken mussten. Nur für den in die Schule integrierten Bürgertreff gab es Finanzhilfen aus der Sozialen Stadt. Trotzdem übernimmt die Schule als Ganzes im Sinne der Sozialen Stadt bedeutende Funktionen, insbesondere auch hinsichtlich der angestrebten Verstetigung sozialer Errungenschaften im Stadtteil.

Resümée zur Rolle des Schulreferats

Das Selbstverständnis des Schulreferates zeigt sich in rückblickenden Gesprächen auffallend wenig an der Sozialen Stadt orientiert. Das ist möglicherweise damit zu erklären ist, dass das Spitzenprojekt Drei-Auen-Schule in den ersten Projektjahren nicht Thema des Integrierten Handlungskonzeptes war und im Wesentlichen außerhalb des Sozialen Stadt Programms gefördert wurde. Dennoch ist sie inzwischen mit den außerschulischen Angeboten, die aus Sozialen Stadt Mitteln finanziert worden sind, das zentrale Identifikationsprojekt für Oberhausen-Nord und für die angestrebte Verstetigung der sozialen Errungenschaften geworden.

Sozialreferat (Referat 3)

Im Sozialreferat setzte das Soziale Stadt Projekt Oberhausen-Nord auf intensiven Vorerfahrungen mit dem Stadtteil auf. So gab es z.B. seit 1985 im Rahmen des Stadtteilbüros in Oberhausen bereits erste Gemeinwesenarbeit-Ansätze und Initiativen zur Koordination von Stadtaktiven. Ein Kinder-Arbeitskreis, eine Stadtteilkonferenz und interkulturelle Feste sind in dieser Zeit schon entstanden und konnten im Sozialen Stadt Projekt genutzt werden. Inzwischen ist im Sozial-

referat das Kompetenzzentrum Integration organisiert worden, das sich der Querschnittsaufgabe widmet, Teilhabemöglichkeiten für alle zur Verfügung zu stellen. Hier liegt auch die Geschäftsstelle des Bündnisses für Augsburg.

Der Durchbruch für Oberhausen-Nord (Soziale Stadt) und der Aufbruch in der Gesamtstadt (Bündnis für Augsburg) fallen aus Sicht des Sozialreferenten Dr. Konrad Hummel in den Jahren 2000 bis 2005 zusammen. Diese Jahre werden als eine Zeit beschrieben, in der der Blick in der Stadt Augsburg auf die sozialen Belange geweitet und diesbezügliche Aktivitäten verbreitert worden seien. Die Soziale Stadt habe diesen Trend gut unterstützt.

Bürgerpartizipation sieht das Sozialreferat als eine gesamtstädtische Aufgabe, die aber in Soziale Stadt Projekten räumlich gezielt angeregt und ermuntert werden kann. Mit LOS-Mitteln sind zahlreiche Projekte unter der Obhut des Sozialreferates in Oberhausen-Nord angelaufen. Ihre Innovationskraft zu nutzen, hat sich das im Sozialreferat angesiedelte Kompetenzzentrum Integration zum Ziel gesetzt. Dafür stellt die Stadt Augsburg im Bündnis für Augsburg die größere Plattform zur tätigen Umsetzung zur Verfügung und macht so die Partizipation im gesamtstädtischen Zusammenhang wahrnehmbar.

Resümée zur Rolle des Sozialreferats

- Es ist in den kommenden Jahren darauf zu achten, dass mit dem Programm Soziale Stadt keine sich selbst genügenden, finanziell gut ausgestatteten „Inseln“ entstehen, sondern dass vielmehr die Übertragbarkeit der Lern-Erfahrungen auf andere Stadtteile und Politikbereiche – im Sinne eines „Lern-Stadtteils“ oder Laboratoriums – ermöglicht wird.
- Vom Sozialreferat wird in die Diskussionen um die Soziale Stadt immer wieder die Reflexion der Bezugspunkte – Soziale Stadt Quartier gegenüber dem gesamtstädtischen Sozialraum – eingebracht. Die notwendigen „Diskurse in der Stadt“ will das Sozialreferat nicht auf einzelne Quartiere räumlich beschränken. Es sollen auch solche Strukturen gefördert werden, die die Stärken und Potentiale des Quartiers und der betroffenen Bevölkerungsgruppen herausarbeiten. In der Lenkungsgruppe würden sich derartige Reflexionen und konzeptionelle Anliegen referateübergreifend besprechen lassen.
- Aus Sicht des Sozialreferates kommt dem Quartiersmanagement eine wichtige Aufgabe zu, sofern diese Stelle nicht zu sehr auf die Rolle als „Unterhalterin des Quartiers“ eingeeengt wird, sondern fachliche Positionen vertreten kann. Die Bemühungen eines Quartiersmanagements darum, Konflikte bewusst zu machen und in einen lebensweltlichen Zusammenhang zu stellen, können auch bei Fehlen einer formalen Steuerungsfunktion und Autorität erfolgreich sein. Allerdings wird teilweise eine größere Unabhängigkeit des Quartiersmanagements von der Projektleitung angemahnt.
- Die unverzichtbare Koordination und Vermittlung aller notwendigen Aktivitäten erfolgte räumlich konzentriert in der Lenkungsgruppe. Diese wurde allerdings vom Sozialreferat insgesamt eher als ein Krisenvermeidungsinstrument erlebt. Es hätte die Innovationskraft des

Gremiums rückblickend gesehen noch weiter entwickelt werden können, wenn alle sich darauf geeinigt hätten, „über die Bande zu spielen“ – egal wo die Zuständigkeiten liegen.

- Aus verschiedenen Gesprächen wurde deutlich, dass sich die seit Beginn der Sozialen Stadt 1999 im Programm angelegte Zweigleisigkeit von Bauinvestition und sozialer und ökonomischer Intervention in den Diskussionen um Zuständigkeit und Hauptverantwortung fortsetzt. Dieser unterschwellige Konflikt ist wohl auch Ursache für eine derzeit etwas nachlassende Bereitschaft zu aktivem integrierten Arbeiten.

Umweltreferat (Referat 2)

Vom Umweltreferat mit seinem Referenten Thomas Schaller ist die Lenkungsgruppe gerne und gut genutzt worden, weil durch sie die Kommunikation in der Stadtverwaltung und die Prozesse im Stadtteil erleichtert worden sei. Für den Stadtteil, der sich aus eigener Kraft nicht hätte verbessern können, war dieser Ansatz und Impuls günstig. Er zwang die Stadtverwaltung nämlich zum integrierten Arbeiten, was nicht selbstverständlich ist, und er zwang sie zur Kooperation mit der Bürgerschaft, die in solchen Gebieten nur schwer in Gang gebracht werden kann. Anregungen wie die aus dem Programm Soziale Stadt werden vom Umweltreferat als „positiver Zwang“ begrüßt, der zu einer rationaleren Siedlungsentwicklung und Planung beiträgt. Konflikte kommen so „direkt auf den Tisch“ und können zeitnah bearbeitet werden. Die in Augsburg praktizierte formale Struktur und Zusammensetzung der Lenkungsgruppe wird insgesamt als ausbalanciert erlebt.

Die fachlichen Ansätze des Umweltreferates zu den Tätigkeitsbereichen

- Wohnqualität
- Öffentlichen Raum und Grünversorgung
- Lärminderung und Luftqualität
- Verkehr
- Energie und Klima

boten gute Gelegenheit, an der Aufwertung in Oberhausen-Nord mitzuwirken. Dabei konnte das Soziale Stadt Projekt mit anderen Projekten (z.B. Wertach Vital) kombiniert werden. Einige grundsätzliche Problemzusammenhänge waren aber bisher noch nicht wirklich zu bereinigen, wie etwa

- Lärmbelastung durch dem nächtlichen Güterverkehr der Bahn
- Überauslastung der Strassen.

Eine Milderung der Belastungen wird angestrebt, indem der Fremdverkehr aus dem Quartier herausgehalten, neue Kartierungen vorgenommen oder Geschwindigkeitsbegrenzungen ausgesprochen werden.

Resümée zur Rolle des Umweltreferats

- Dem Umweltreferat sind im Soziale Stadt Projekt wichtige Aufgaben zugekommen, etwa bei der Gestaltung des öffentlichen Raums und der Grünflächen (z.B. Quartiersplatz, Schulhof).
- Als ein künftiges Problem sieht das Umweltreferat die Übernahme der Pflegeaufgaben, für die die Verantwortlichkeit eindeutig geklärt werden müsse. Die Gefahr, dass öffentliche Räume mit viel Aufwand gut gestaltet werden, danach aber sich selbst überlassen bleiben und atmosphärisch sowie baulich „verfallen“ (Sauberkeit und Erhaltung), wird als groß eingestuft.
- Nach Erfahrung des Umweltreferates funktioniert die Pflege in der Regel nicht aus sich heraus – nicht einmal in Mittelstandsgebieten lässt sich Eigeninitiative leicht initiieren. In belasteten Brennpunktgebieten wie Oberhausen-Nord gelingt das fast überhaupt nicht. Solche Gebiete benötigen immer eine gewisse öffentliche „Pflege“ – und sei es nur in Form der Steuerung, Koordination und Kontrolle. Diese Einschätzung wird im Baureferat geteilt, was eine Fortführung der integrierten Zusammenarbeit nach der Ausfinanzierung des Soziale Stadt Projektes erleichtern würde.

Bürgeramt/Ordnungsamt (Referat 7)

Mit Ausnahme der Probleme um die am Quartiersplatz liegende Gaststätte, in der bis vor kurzem Prostitution und Hehlerei, Alkoholismus und Verwahrlosung auffielen, sind in Oberhausen-Nord keine wesentlichen Kriminalitätsprobleme registriert worden. Das Ordnungsamt, das zwar zur Teilnahme in der Lenkungsgruppen eingeladen war, musste keine besonderen Aufgaben im Soziale Stadt Projekt übernehmen.

9.3 Quartiersmanagement und Initiative Beratung und Begegnung e.V. (IBB)

Die zentrale Rolle bei der Motivation von Aktivitäten im Quartier, bei der Koordination der Stadtaktiven und Projekte, bei der Aktivierung und Beteiligung der Bürgerschaft kommt in Soziale Stadt Projekten dem Quartiersmanagement, in Oberhausen-Nord vor allem Frau Elke Modersitzki, zu. Sie wurde dabei sehr gut unterstützt vom Träger des Quartiersmanagements, der Initiative Beratung und Begegnung e.V. mit ihrem ersten Vorstand Valentin Rothbucher und von verschiedenen Kolleginnen, die zeitweise in der Quartiersarbeit einzelne

Schwerpunktaufgaben übernehmen. Ausführliche Darstellungen dieser Arbeitsebene des Soziale Stadt Projektes sind weiter oben in Kapitel 7.4 zu finden.

9.4 Wohnungsbaugesellschaft (WBG)

Der Wohnungsbestand der städtischen Wohnungsbaugesellschaft WBG – ca. 790 Wohnungen in Oberhausen-Nord mit ca. 1390 BewohnerInnen – war für Augsburg Anlass, das Quartier nach den Regeln und mit den Finanzhilfen des Soziale Stadt Programms zu erneuern. Damit ist die WBG mit ihrem Geschäftsführer Edgar Mathe (ständiges Mitglied in der Lenkungsgruppe) und dem technischen Projektleiter Dieter Kornischka (ständiges Mitglied im Stadtteilarbeitskreis) einer der wesentlichen Motoren des Gesamtprojekts. Es wurde von allen Seiten stets betont, dass das Projekt ohne das große und leidenschaftliche Engagement der WBG und ihrer Leitungsebene nicht so zielgerichtet und erfolgreich verlaufen wäre. Kooperationen in den Gremien der Sozialen Stadt (Lenkungsgruppe und Stadtteilarbeitskreis) haben die Abstimmung zwischen WBG und anderen Aktiven des Quartiers erleichtert, wenngleich sie auch eine erhebliche zeitliche Belastung darstellten.

Die soziale Fürsorge der WBG für ihre MieterInnen aus allen sozialen Gruppen und Altersstufen hat spürbar fast jede – größere und kleinere – Maßnahme in Oberhausen-Nord geprägt. Dabei kam der Gesellschaft sicher zugute, dass sie auf reiche Vorerfahrungen in sechs Sanierungsgebieten der Augsburger Innenstadt zurückgreifen konnte. So sind soziale Dienstleistungen, die die WBG im Quartier zur Stabilisierung der Mietsituation erbringt (z.B. eine stundenweise Besetzung des von ihr bereitgestellten Stützpunktbüros des Arbeitersamariterbundes (ASB) zur Beratung der Bewohnerschaft in Mietfragen sowie ein Sprechzeitenbüro des Hausmeisters am Mittwochnachmittag) in diesem Sinne entwickelt worden. Insbesondere der Hausmeister soll auch nach Abschluss der Sanierung für einen schonenden und sensiblen Umgang der BewohnerInnen mit den Gebäuden und dem Umfeld aktiv werben und Vandalismus minimieren (was der WBG mit ihrem Konzept im benachbarten Eschenhof bereits gut gelungen ist).

Das Quartiersmanagement übernahm – so die WBG – ganz zentrale Aufgaben im Quartier, die eine ganzheitliche Aufwertung überhaupt erst ermöglichten. Allerdings ist es aus Sicht der WBG nicht wünschenswert, das Quartiersmanagement zur Dauereinrichtung zu machen. In Oberhausen-Nord war deshalb von Beginn an an eine tatkräftige wirksame Hilfe zur Selbsthilfe gedacht. Rückwirkend bedauert die WBG, dass das Quartiersmanagement personell nicht großzügiger ausgestattet worden war und daher nur einen Teil der von der WBG als

notwendig erachteten Hilfe zur Selbsthilfe geben konnte. Aus Sicht der Stadtplanung war das Quartiersmanagement dagegen ohnehin nicht für die von der WBG favorisierte Einzelfallbetreuung gedacht, sondern eher im Wortsinn als zentrales Management- und Organisationsinstrument im Quartier. Dass die Aufgabe und Rolle des Quartiersmanagements noch differenzierter hätte abgestimmt werden können/ sollen, zeigt auch der (teilweise unerfüllt gebliebene) Wunsch des Quartiersmanagements, enger und konsequenter auch in die Planungsarbeiten selbst einbezogen zu werden.

Resümée zur Wohnungsbaugesellschaft

- Wie ernst es der WBG mit ihrer auf Stetigkeit angelegten sozialen Sorge für die Wohnbevölkerung ist, zeigt sie in ihrem Engagement für Leistungen der Lehmbau, die in Kapitel 9.5 beschrieben sind.
- Sorge macht dem WBG-Geschäftsführer, dass in Zukunft die Städtebauförderung auch in ihrem Programmteil Soziale Stadt durch zunehmende Finanzengpässe der Kommunen weiter geschwächt wird. Es sollte daher künftig möglich sein, dass andere – wie z.B. die WBG – in die Finanzierung einsteigen und bei Bedarf den kommunalen Pflichtanteil von 40 % ganz oder teilweise übernehmen. Denn die Kommunen werden immer weniger Geld haben, also auch immer weniger in der Lage sein, die staatlichen Finanzhilfen der Städtebauförderung mit 40 % der förderfähigen Kosten zu komplementieren

9.5 Lehmbaugruppe*

Die „Augsburger Gesellschaft für Lehmbau, Bildung und Arbeit e.V.“, kurz die „Lehmbaugruppe“, spielt nicht nur im gesamtstädtischen Programm PRO JUGEND, sondern auch bei der Sozialen Stadt für Oberhausen-Nord eine verdienstvolle und herausragende Rolle. Sie sieht sich selbst als einen Träger sozialer Projekte in Oberhausen.

Ihr bisheriges Hauptwerk im Gebiet war die Sanierung der beiden Wohnblöcke an der Ahornerstraße 5 und 7, wo 46 Jugendliche über ihre Mitarbeit beruflich qualifiziert wurden (siehe Kapitel 4.4).

In der Drei-Auen-Schule unterhält das Sozialpädagogische Institut der Augsburger Lehmbaugruppe e. V. (SIA) eine Quartierswerkstatt, in der (bis zu 15) Jugendliche – im Rahmen des Qualifizierungsprojektes „Sprungbrett“, das seinen Standort in der ehemaligen Gaststätte am Drei-Auen-Platz hat – Sozial- und Arbeitskompetenzen bei der handwerklichen Qualifizierung erwerben können. Es ist ein Projekt zur Niedrigschwelligen Betreuung und Qualifizierung von

berufsfernen Teilnehmern unter 25 Jahren aus dem ARGE-Kundenkreis. Ziel ist die berufliche Orientierung und Training von Schlüsselqualifikationen und Sozialer Kompetenz.

Seit März 2007 gibt es ein Konzept für die Nutzung der von der WBG erworbenen Gaststätte am Drei-Auen-Platz: SIA wird hier u. a. einen Begegnungsraum für die BewohnerInnen der Ahornerstrasse 5 und 7 einrichten und Projekte der Jugendberufshilfe unterbringen, z.B. im Erdgeschoss das Projekt „Sprungbrett“.

9.6 Industrie- und Handelskammer, Handwerkskammer, Wirtschaftsförderung

Weil der lokalen Ökonomie in Projekten der Sozialen Stadt ein besonderes Augenmerk gilt, nicht nur in ihrer Nahversorgungsfunktion, sondern auch als Standortwahl-Faktor und als potentielle Arbeitgeber, sind die Kammern und Wirtschaftsverbände zusammen mit der kommunalen Wirtschaftsförderung in solchen Integrierten Konzepten mit angesprochen. In Oberhausen-Nord waren die Kammern v.a. bei der Beratung von örtlichen Betrieben gefragt. Die Industrie- und Handelskammer bot Existenzgründungsberatungen, die Handwerkskammer Betriebsberatungen an, deren Intention und Wirksamkeit an anderer Stelle (siehe Kapitel 3.6) thematisiert worden sind.

Resümée WirtschaftsakteurInnen

Vermisst worden ist eine tatkräftige kommunale Wirtschaftsförderung als anregende, koordinierende und gestaltende Kraft, an der sich Einzelaktivitäten hätten kristallisieren können. Von hier aus hätten möglicherweise auch die wirtschaftlichen Entscheidungen örtlicher Betriebe (Verlagerungen, Verkäufe) kompetenter begleitet und im Interesse der Stadtgesellschaft mitgestaltet werden können.

9.7 Der „Stadtteil-Bürgermeister“

Eine Beschreibung des sozialen Lebens in Oberhausen wäre unvollständig, wenn nicht der von vielen als „Stadtteilbürgermeister“ oder als „Oberkümmerer“ klassifizierte Stadtrat Dieter Benkard erwähnt werden würde. Im Viertel geboren und aufgewachsen hat er sich seit langem dem Leben und der Lebensqualität in Oberhausen verschrieben

- als Stadtrat und Repräsentant in kommunalen Entscheidungsgremien (seit 1990) und in dieser Funktion auch ständiger Vertreter in der Lenkungsgruppe
- im Vorstand der WBG
- als aktiver und aktivierender Nachbar in einer bunten und illustren Quartiersbevölkerung, der in Umfragen und Sprechstunden auf der Straße die Belange erkundet und für Beratungen aller Art zur Verfügung steht. Beispiel: Die Aktion „Wo drückt der Schuh?“ wird mit Flyer angekündigt und findet zum angekündigten Termin mit einem Stand auf der Straße statt. Anliegen werden gesammelt und besprochen und „garantiert beantwortet“, evtl. nach Rücksprache mit den zuständigen Ämtern.
- als sozial Engagierter in Verantwortung für belastete Gruppen, z.B. Jugendliche aus Problemfamilien.

Resümee zum „Stadtteil-Bürgermeister“

- In seiner Vielfach-Rolle ist Stadtrat Benkard im Soziale Stadt Projekt mehr gefordert gewesen als zu anderen Zeiten, berichtet er. Aber es hat sich gelohnt, die Situation im Quartier habe sich „gewaltig positiv“ verändert (z.B. habe früher niemand gerne zugegeben, in Oberhausen zu wohnen, heute schon).
- Was ihn soviel Kraft kostete, sei vor allem das Kommunizieren und Informieren zwischen den vielen Beteiligten gewesen, insbesondere zwischen der Wohnbevölkerung und der Verwaltung. Der Informationsfluss im Stadtteilarbeitskreis habe dafür nicht ausgereicht. Auch die Vermittlung zwischen Ehrenamtlichen und Vereinen koste großen Einsatz.
- Stark unterstützt fühlte sich der „Stadtteilbürgermeister“ durch die exzellente Arbeit des Streetworkers, der die Lücke im Arbeitsspektrum des Quartiersmanagements gefüllt habe: die Arbeit mit Jugendlichen in den Nachmittags- und Abendstunden ab 17.00 Uhr.
- Das Thema Verstetigung ist gerade für diesen jahrelangen „Oberkümmerer“ in Oberhausen ein zentrales Thema, denn sein eigenes Engagement begann weit vor der Förderung des Soziale Stadt Gebietes und endet auch nicht, wenn die Förderung und das Quartiersmanagement beendet sein werden.
- Er wünscht sich als „soziale Drehscheibe im Quartier“ eine „aktive und selbst bestimmte Person mit Herz“, die sich flexibel an die Zeiten der Zielgruppen anpasst, z.B. sich mit Jugendlichen eher am Abend, mit Müttern eher morgens beschäftigt. Diese Person soll die normalerweise fast unüberwindliche Distanz zwischen der Basisbevölkerung und den in der Projektgestaltung und -steuerung tätigen AkademikerInnen in den Griff bekommen. Sozialpädagogisches Personal, das möglicherweise im Bürgertreff eingesetzt werden soll, müsste seiner Meinung nach an diesem Maßstab gemessen werden.

9.8 Begleitende örtliche Presse

In Oberhausen wird es als Glück empfunden, dass die erfolgreichen Bemühungen vor Ort von der Presse mit Wohlwollen begleitet und regelmäßig in der Stadt bekannt gemacht worden sind. Gerade in Hinblick auf den „schlechten Ruf“ des Quartiers hat eine solche Berichterstattung heilende Wirkung. Dies kann auch daran abgelesen werden, dass Haushalte, die Anfang der 90er Jahre aus Oberhausen weg und in „bessere“ Stadtteile gezogen sind, inzwischen Interesse an einer Rückkehr haben. Wertvoll dürfte auch sein, dass es inzwischen eine selbstorganisierte Stadtteilzeitung „Unser Viertel“ gibt, die den stadtteilinternen Informationsfluss unterstützt.

Mehr zum Thema Image des Stadtteils und Presseberichterstattung wird der Teil II des Evaluationsberichtes enthalten.

9.9 Regierung von Schwaben mit ihrer Förderstelle Städtebauförderung

Die Mitarbeiter der Förderstelle Städtebauförderung bei der Regierung von Schwaben mit Sitz in Augsburg, zuständig für die Hergabe der staatlichen Finanzhilfen Soziale Stadt, haben von Beginn des Projekts Oberhausen-Nord an das Verfahren engagiert und einflussreich begleitet und gleichzeitig selbst vieles dazu gelernt für die Abwicklung des Soziale Stadt-Programms im Regierungsbezirk. Ihre unbürokratische, kenntnisreiche und oft unkonventionelle Handhabung der vielfach sperrigen Förderregularien wurde von der Stadt sehr geschätzt. Wertvoll war auch die große Hilfestellung bei der Bündelung der verschiedenen Förder-Programme. Die Regierung bemühte sich für die Bewilligungen bewusst um gute örtlich und situationsspezifisch angemessene Lösungen.

Resümée zur Regierung von Schwaben

Bei der Förderung nicht-investiver Maßnahmen saß die Regierung oft „zwischen zwei Stühlen“: zwischen dem immer mehr erkennbaren wachsenden Bedarf für Oberhausen-Nord und der kritischen Skepsis von Bundes- und Landespolitik gegenüber solchen Ausgaben. In ihrer vorbildlich engagierten Teilnahme am Augsburger Soziale Stadt Projekt war sie sich aber sicher, für die bewilligten nicht-investiven Maßnahmen immer eine gute Begründung gegenüber dem Obersten Rechnungshof abgeben zu können (siehe Kapitel 11.3).

10. Verfahren

10.1. Ressourcen-Bündelung, Vernetzung und Zusammenarbeit (Geld, Wissen, Fachkräfte, Verwaltungsdienststellen, fachliche Teilkonzepte)

Nach dem altbekannten Motto „Gemeinsam sind wir stark“ verlangt das Soziale Stadt Programm, dass für die Umsetzung der Ziele alle verfügbaren Kräfte, von Geld über Projekte bis zu allen am Prozess Beteiligten zu einem Kraftstrom vereint werden. Aus dieser Forderung heraus hat Augsburg große Anstrengungen unternommen, um die unterschiedlichen, sich oft fremden Fachdisziplinen, Institutionen, Verwaltungsstellen und Handlungsinstrumente miteinander zu verzahnen. In den Kreis waren/ sind vor allem auch die BewohnerInnen und die örtlich Aktiven einzuschließen, eine zwar aus der klassischen Sanierung bekannte, aber in dieser zwingenden Intensität doch ganz neue Aufgabe. Notwendig wurde nicht nur diese horizontale, offene Kooperation zwischen den isolierten Fachverwaltungsstellen („über den Tellerrand schauen“). Ebenso brauchte es einen vertikalen offenen Austausch zwischen Basis und Leitung sowie zwischen kommunalen und staatlichen Institutionen. Ohne den breiten Konsens über die notwendige Vernetzung von Referaten und verschiedenen Trägern wären in Oberhausen-Nord die vielen schwierigen großen und kleinen Projekte nicht gelungen, die von der Drei-Auen-Schule bis zu den Stadtteilmüttern reichen.

Was ist geschehen, um für Oberhausen-Nord die Kräfte zielführend zu bündeln?

1. Die Bündelung der Finanztöpfe erfolgte je nach Projekt durch

- das Stadtplanungsamt zusammen mit Kämmerei und Regierung von Schwaben für das Soziale Stadt Programm insgesamt
- die Kooperation zwischen Stadt, Regierung und Oberster Baubehörde lief bestens
- die WBG mit der städtischen Bewilligungsstelle für die Wohnungsbauförderung
- die WBG mit Bau-, Schulreferat und Sozialreferat für das Projekt Drei-Auen-Schule
- das Sozialreferat mit Baureferat für die vielen LOS-Projekte
- das Quartiersmanagement mit den verschiedensten Stellen für die Finanzierung der initiierten Maßnahmen aber auch des eigenen Honorars oder der Büro-Ausstattung etc.

- Eine nicht einfache Aufgabe – begründet durch Förderauffassung von Land und Bund – war es, die Soziale Stadt -Finanzierung für nicht-investive* Maßnahmen mit den investiven Maßnahmen so zu verbinden, dass die Förderstelle ja sagen konnte.

2. Die inhaltliche und zeitliche Vernetzung der Maßnahmen im Gesamtprojekt war Aufgabe der Lenkungsgruppe*, die organisatorisch anfangs von der externen Projektsteuerung und inhaltlich vor allem vom Stadtplanungsamt bedient wurde.

3. Die Zusammenführung der Verwaltungsstellen und externen Fachkräfte organisierte das Stadtplanungsamt, bis 2003 unterstützt vom beauftragten Projektsteuerungsbüro.

4. Die Verknüpfung der fachlichen Teilkonzepte zum Ganzen des Integrierten Handlungskonzepts besorgte das Planungsbüro SEP mit anfänglicher Unterstützung durch die Projektsteuerung.

5. Die oft widerstreitenden Interessen, Wünsche und Ideen aus dem Quartier wurden im Stadtteilarbeitskreis eingebracht, moderiert erörtert und mit Planung und Durchführung abgestimmt.

Resümée zur Bündelung

- Vor allem die gewünschte Bündelung der Finanzierungsquellen bereitet nach wie vor auf allen Ebenen, von der Ministerialebene über die Regierungen bis zur Ebene der Kommune, Probleme, die anscheinend trotz anfänglicher Euphorie immer wieder fast von vorne beginnen. Das reicht von der mäßigen Bereitschaft zur großmütigen Mitfinanzierung bis zum Ausscheren aus der verabredeten Kooperation bei der Verfolgung eigener Projekte und der Beantragung einer Förderung dafür.
- Nach Meinung einzelner ExpertInnen machen es sich viele zu leicht, wenn sie sagen, dass Bündelung nicht funktioniert. Grundsätzlich sind fast alle bereit, wenn man richtig und mit Verständnis für die ganz eigene Welt des Gegenübers auf die Kooperationspartner zugeht.
- Die Lebenswelt lässt sich nicht auf Zuständigkeiten begrenzen. Das daher geforderte integrierte Arbeiten über die Grenzen hinweg gelingt meist erst im praktischen Detail und wenn die Programmregelungen und vor allem die knappen Mittel dies erzwingen.
- Die gewonnenen Erfahrungen einer „lernenden Verwaltung“ mit der Bündelung sollten pragmatisch auf alle weiteren Tätigkeiten wie z.B. Stadtentwicklung, sozialräumliche Planung und auch die fachübergreifende Arbeit in den geschaffenen Einrichtungen übertragen werden – auch als deutliches Zeichen einer Verstetigung.
- Integriertes Arbeiten über Fachgrenzen hinweg erfährt seine Nagelprobe in der Bereitschaft zur unbürokratischen Einbringung „eigener“ Geldmittel zur kreativen Auslegung der jeweils

„eigenen“ Förderregelungen, Dies setzt Verstehen der anderen Beteiligten voraus und die Bereitschaft, Entscheidungskompetenz über Hierarchiegrenzen hinweg nach unten zu delegieren.

- In der Hochschulausbildung ebenso wie in Fortbildung und im Erfahrungsaustausch sollten integriertes Arbeiten und Bündelung ein Schwerpunktthema sein.

10.2 Berichterstattung zum Nutzen für das Verfahren

Nach der Anfangsanstrengung und Begeisterung für das Projekt Soziale Stadt (Geburtshilfe durch „Hebamme“) lässt das Interesse der Stadtpolitik und mancher Verwaltungsstellen inzwischen offensichtlich nach. Das Projekt verliert dort und damit auch in der Öffentlichkeit (Stadtaktive, Presse) die für den weiteren Fortschritt notwendige längerwährende Aufmerksamkeit und Kräftezufuhr (Nahrung durch die „Amme“). Die Gefahr besteht, dass konkurrierende Ansprüche anderer Stadtviertel („Wir wollen auch...“) und der Abzug von Personal für andere bedeutende Aufgaben dem Projekt langsam die noch unverzichtbare Zufuhr entzieht.

Resümée zu Berichterstattung

- Erkennbar wird schon jetzt, dass sich die zu Beginn von allen begeistert getragene gemeinsame Verantwortung – symbolisiert in der integrierenden Zusammenarbeit der Lenkungsgruppe – wieder aufzulösen beginnt, fast als wäre man froh, eine eher lästige und zeitaufwendige Pflicht wieder ablegen zu können. Wie der Oberbürgermeister von Nürnberg 2005 bei einer Tagung ausführte, wird zwar das Integrierte Arbeiten für die Stadtentwicklung immer dringlicher. Aber mit der Sorge um den Abbau von Arbeitsplätzen und damit auch von Kompetenz verstärkt sich leider auch die Tendenz der einzelnen Verwaltungseinheiten, sich mit Beharren auf der eigenen Zuständigkeit der integrierten Zusammenarbeit zu entziehen. Mit einer regelmäßigen und verantwortungsbewussten Berichterstattung sollte die Notwendigkeit der Integration immer wieder neu ins Bewusstsein gehoben werden.
- Vor diesem Hintergrund hätte eine regelmäßige Berichterstattung aus dem Quartier an die Stadtpolitik (Stadtrat) und an die Presse mit konstruktiven Vorschlägen für ein fortgesetztes Stabilhalten des Prozesses sicher eine starke Wirkungskraft für die Teilnahme der politischen Entscheidungsträger (Vgl. dazu auch Kapitel 12.6).
- Besondere Sorge einer Berichterstattung müsste im Zusammenhang der Verstetigung dem erfolgreich eingeleiteten selbst tragenden Stabilisierungsprozesses gelten. Er verlangt kontinuierliche Aufmerksamkeit, um den Rückfall in alte Problemlagen zu verhindern.

10.3 Projektsteuerung und Steuerung einzelner Teilprojekte

Für den Start hatte sich Augsburg dafür entschieden, das Gesamtprojekt Oberhausen-Nord mit der Zuarbeit eines externen Büros zu steuern. Dessen primär

organisatorische Tätigkeiten (u.a. auch die Vorbereitung des Vertrags für das Quartiersmanagement der Stadt mit der IBB und die Beschaffung und Ausstattung des für die Arbeit vor Ort benötigten Büros) die von Anfang an zeitlich limitiert und bewusst schrittweise zurück genommen wurden, liegen nach Vertragsende wieder ganz in der Obhut des Stadtplanungsamtes (siehe Kapitel 10.4).

An der Projektsteuerung hatte natürlich die WBG einen besonderen Anteil – nicht nur durch ihre ständige Mitarbeit in den entscheidenden Gremien und ihre enge Zusammenarbeit mit dem Quartiersmanagement. Denn die WBG hat natürlich die Runderneuerung ihres eigenen Wohnungsbestands mit seinem Umfeld selbst gesteuert. Sie war durch ihre Mitgliedschaft in der ansonsten nur von Referenten und Stadträten besetzten Lenkungsgruppe ständig in den Gesamtprozess eingebunden. Sie musste sehr daran interessiert sein, den Verlauf ihrer eigenen Sanierungsprojekte mit den Leistungen der Stadt zu koordinieren.

Daneben hat die WBG effizient und erfolgreich die gesamte Projektsteuerung für die Realisierung der Drei-Auen-Schule übernommen. Die sonstigen Teilprojekte, wie z.B. die Realisierung von Verkehrsberuhigung oder des Drei-Auen-Platzes, wurden eigenverantwortlich, aber mit dem Gesamtprozess koordiniert und von externen Büros begleitet, von den dafür zuständigen Fachstellen der Stadt betreut.

Resümée zur Projektsteuerung

- Das Vorgehen der Projektsteuerung gab dem ganzen Prozess von Beginn an eine klare und stabile Struktur, die auch über politische Macht- und Personalwechsel hinweg gehalten hat. Die Arbeit der Projektsteuerung wurde in Oberhausen-Nord dadurch vereinfacht, dass die Stadt es im Wesentlichen nur mit dem einen Eigentümer WBG zu tun hatte, in deren eigenen vitalen Interesse das Soziale Stadt Programm von Anfang an stand.
- Die Frage stellt sich natürlich, wie mit dem langsamen Auslaufen der Soziale Stadt Förderung, dem nachlassenden Interesse der Stadtpolitik an Oberhausen-Nord und der Überlastung der Verwaltung durch andere drängende Aufgaben der für die Verstetigung des Geschehens notwendige Schwung mit einer gebündelten Projektverantwortung gehalten werden kann.
- Folgt man dem generellen Ziel des Soziale Stadt Programms, dass damit Hilfe zur Selbsthilfe gegeben wird, wäre es eigentlich Aufgabe eines fortbestehenden Stadtteilarbeitskreises, die Funktion der steuernden Projektverantwortung wahrzunehmen. Da solche auf längere Zeit angelegte Netzwerkarbeit für die beteiligten Stadtaktiven und Institutionen eine zusätzliche Aufgaben darstellt, die in der Hektik der Alltagsbewältigung gerne zurückgestellt wird, könnten gezielte Hilfen, wie z.B. eine gewisse Aufwandsentschädigung, ein fachlich integrierendes Coaching oder auch eine systematische externe Unterstützung bei der Organisation, Dokumentation und Realisierung von Absprachen hilfreich sein.

10.4 Projekthandbuch und Integriertes Handlungskonzept als Steuerräder

Zunächst war geplant, das Gesamtprojekt mit seinen Teilen auf der Grundlage eines regelmäßig fortschreibbaren Projekthandbuchs (einer Loseblatt-Sammlung mit jederzeit austauschbaren aktualisierten Projektblättern) und den Einzelplanungen aus dem IHK zu steuern. Da der Betreuungsaufwand für die Aktualisierung des Projekthandbuchs zu arbeitsaufwendig erschien, kam dies leider über die Anfänge nicht hinaus. Im weiteren Verlauf waren somit das Integrierte Handlungskonzept und entsprechende Projektpläne und -beschlüsse das Handwerkszeug für die jeweilige Projektsteuerung.

10.5 Vergabe von Dienstleistungen nach außen

Die Erwartungen an den Erfolg der Sozialen Stadt von Bund, Freistaat, Augsburg und vor allem Stadtaktiven, aber auch von der Bürgerschaft im Viertel sind so hoch, dass sie von der – ohnehin ständig überlasteten und personalarmen Stadtverwaltung bei gleichzeitiger Zunahme anderer komplexer Aufgaben (Konversion, Mobilitätsdrehscheibe) alleine nicht erfüllt werden können. Es war daher unausweichlich, dass auch zentrale Aufgaben der Sozialen Stadt an externe Auftragnehmer vergeben wurden. In Augsburg waren bzw. sind es mit jeweils eigenen Verträgen

- die Projektsteuerung für die Anfangsphase
- das Quartiersmanagement
- der Städtebau und damit zusammen das Integrierte Handlungskonzept
- Untersuchungen zur Sozialstruktur sowie
- zur lokalen Ökonomie für das Integrierte Handlungskonzept,
- die Evaluierung.

Die vergebenen Aufträge wurden vom Stadtplanungsamt ausgehandelt und abgeschlossen. Wegen der Kofinanzierung mit staatlichen Finanzhilfen wurden zu den Aufträgen Beratung und Zustimmung der Förderstelle der Regierung von Schwaben eingeholt. Drei wesentliche Fragen stellen sich stets:

- zur Ausschreibungspflicht
- zur Angemessenheit der Honorare im Verhältnis zu den Leistungsansprüchen, ein Problem, das sich vor allem für das Quartiersmanagement und

Mitarbeiter immer wieder stellte

- zur Vertragsdauer bei Aufgaben, die sich nach Umfang und Zeit naturgemäß nicht schematisch definieren lassen. Beim Quartiersmanagement (Jahresverträge) ebenso wie bei der externen Projektsteuerung ist die Zusammenarbeit vertraglich schrittweise fortgeführt worden. Nach einem 6 Monate dauernden Erstvertrag mit der Option der Verlängerung sind pauschalisierte Arbeitspakete und Einzelleistungen nach Bedarf bei der Projektsteuerung beauftragt worden.

Resümée zur Auftragsvergabe

- Für eine einjährige Vertragsdauer von Quartiersmanagement und Projektsteuerung sprach, dass dies die Zustimmung des Stadtrats erleichtert habe.
- Die jeweils nur einjährige Vertragszeit des Quartiersmanagements, an das außerordentlich hohe Anforderungen an Kompetenz, Vielseitigkeit, Einarbeitungszeit, Stetigkeit der Präsenz vor Ort und Leistungsumfang gestellt werden, wird von vielen Seiten allerdings sehr kritisch bewertet.
- Günstiger wäre es gewesen, dass die Vertragsdauer für das Quartiersmanagement so früh wie möglich beginnt (am besten noch vor Erarbeitung des Integrierten Handlungskonzepts) und über den Programmzeitraum hinausgeht. In der regelmäßigen Untersuchung des DI-FU*, zuletzt 2006, wird für sehr viele Programmkommunen ein wesentlich stabileres, längerfristiges Vertragsverhältnis für das Quartiersmanagement angemahnt.
- Wegen der Schwierigkeit, im Vertrag alle Aufgaben exakt zu beschreiben, wurde empfohlen, für bestimmte absehbar kalkulierbare Tätigkeitsgruppen (Bausteine) Pauschalsätze zu vereinbaren (z.B. Zuarbeit und Mitwirkung Lenkungsgruppe). Für andere Leistungen muss es eine Stundenabrechnung geben. Dies müsste auch von Förderstellen akzeptiert werden.

10.6 Sanierungsrecht nach dem Baugesetzbuch (BauGB)

In Bayern ist es Pflicht für die Programmkommunen, das Verfahren für die Soziale Stadt nach dem Sanierungsrecht des Baugesetzbuches (§§136 bis 164 BauGB) und den Regeln der Bayerischen Städtebauförderungsrichtlinien (StBauFR 2007) abzuwickeln.

Wie ist Augsburg damit umgegangen?

- Es wurden am 18.05.2000 die nach § 136 ff des BauGB geforderten Vorbereitenden Untersuchungen beschlossen mit dem Ergebnis des Integrierten Handlungskonzeptes und dem Vorschlag für die förmliche Festlegung von 2 Sanierungsgebieten.

- Am 20.11.2001 beschloss der Stadtrat die förmliche Festlegung als kommunale Satzung für den nördlichen Teil Nr. 9 „Oberhausen-Nord-Wohnsiedlung“ im sog. umfassenden Verfahren, im südlichen Teil Nr. 8 „Oberhausen-Nord“ im einfachen Verfahren.

Was veranlasste die Stadt, für das Gebiet der Wohnsiedlung das umfassende Verfahren anzuwenden?

Weder eine Bodenordnung war erforderlich, noch war ein Wertzuwachs der Grundstücke zu erwarten. Vielmehr sollte der § 144 BauGB (Vorhaben und Rechtsvorgänge, die eine Genehmigung durch die Stadt benötigen) voll zur Anwendung kommen können. Allein die Ankündigung in Verhandlungen erleichterte strategisch den Umgang mit einzelnen Problemfällen. Damit war das umfassende Verfahren ein wichtiger Teil einer erfolgreichen Projektsteuerung.

War oder ist das Vorkaufsrecht der Stadt nach § 24 des BauGB ein Thema der Verfahrensdiskussion?

Es wird von einigen Akteuren des Quartiers beklagt, dass das Anwesen der denkmalgeschützten „Direktorenvilla“ im südlichen Sanierungsgebiet ohne Einschreiten der Stadt während des Sozialen Stadt Verfahrens mehrfach den Besitzer gewechselt habe und heute für infrastrukturelle Nutzungen nicht mehr verfügbar sei. Dass immerhin die Grünflächen für das Quartier weiterhin nutzbar sind, ist als positiv zu verzeichnen.

Resümée zum Sanierungsrecht

Der Vorteil, in Oberhausen-Nord das Sanierungsrecht anzuwenden, liegt vor allem in der Möglichkeit, die im BauGB schlummernden Durchsetzungs-Regelungen im Notfall anwenden zu können. Für die formelle Programmabwicklung bringt das abgegrenzte Sanierungsgebiet einen räumlichen Bezugsrahmen.

10.7 Bebauungsplan – wozu, wenn städtebaulich fast alles Bestand hat?

- In Oberhausen-Nord erfüllt der im Entwurf vorliegende Bebauungsplan Nr. 238 „Nördlich der Ahornerstraße“, der im Sinne von „verbindlicher Bau-Leit-Planung“ üblicherweise eine Neubebauung leiten soll, wichtige Aufgaben: Der Bebauungsplan sichert langfristig und stabil im Sinne der Verstetigung die erreichte städtebauliche Gestalt und Nutzung. Das gilt vor allem für die mit viel Aufwand hergestellten grünen Innenhöfe. Sie dürfen nicht wieder als wilde Autoabstellplätze missbraucht werden.

- Gäbe es einmal Überlegungen für eine Veräußerung der WBG-Anwesen an private Firmen (wie z.B. in Dresden kürzlich geschehen), wäre eine aus Renditegründen der Käufer beabsichtigte Änderung von Gestalt und Nutzung nur nach Änderung des Bebauungsplans durch Stadtrat und mit Beteiligung der Träger öffentlicher Belange und der Bürgerschaft möglich.

Resümée zum Bebauungsplan

Es ist eine vorbildliche Entscheidung der Stadt, auch zur Sicherung von Qualität und Nutzung im sanierten Bestand einen Bebauungsplan aufzustellen. Er kann verhindern, dass die eingesetzten Finanzhilfen der Sozialen Stadt zu Fehlinvestitionen führen.

10.8 Städtebaulicher Rahmenplan für das Verfahren

Der städtebauliche Rahmenplan als Teil des Integrierten Handlungskonzepts zeigt, was die Stadt und die lokale Bürgerschaft in Oberhausen-Nord erreichen will. Im Gegensatz zum rechtsverbindlichen Bebauungsplan bleibt er trotz seiner rechtlichen Unverbindlichkeit über den ganzen Prozess die städtebauliche Messlatte und begleitende Diskussionsplattform für alles, was sich dort tut. Die daraus für Teile abgeleiteten Feinuntersuchungen, z.B. für die Neugestaltung des Drei-Auen-Platzes, sind wie eine maßstabsvergrößernde und klärende Planaussage zu sehen. Ein solcher Detailplan unter dem Dach der Rahmenplanung bietet auch eine gute Hilfe für eine ernst gemeinte Bürgerbeteiligung. Denn er kann, wie beim Drei-Auen-Platz geschehen, sogar ein versuchsweiser Modellaufbau im Maßstab 1:1 sein, an dem sich kreative Kritik und Diskussion von fachlichen Laien anschaulich entzünden kann.

11. Finanzierung und Förderung

11.1 Grundsätze der Finanzierung

Wie wurden die einzelnen Projekte in Augsburg Oberhausen-Nord finanziert? Alle unrentierlichen Kosten* der Investitionen und der nicht baulichen Maßnahmen im Gebiet Nr. 9 wurden von Beginn an fast vollständig mit Mitteln der Sozialen Stadt, d.h. der Städtebauförderung*, und der Wohnungsbauförderung gefördert. Ergänzend dazu wurden sozial orientierte Mikroprojekte mit Geldern des LOS-Programms, die Schulbauvorhaben überwiegend aus dem städtischen Haushalt mit Mitteln des FAG* und des IZBB* finanziert. Der Einsatz der Sozialen Stadt Mittel in Oberhausen-Nord erfüllt auch den für alle Städtebauförderung geltenden Anspruch der Städtebauförderungsrichtlinien (StBauFR 2007). Dort heißt es in Nr. 7.1 „Die Städtebauförderung baut bei städtebaulichen Gesamtmaßnahmen als Leitprogramm auf integrierten Handlungskonzepten auf und koordiniert den Einsatz der Mittel mit denen anderer Förderbereiche.“

In den Jahren 1999 – 2006 wurden in Oberhausen-Nord Gesamtkosten der Sozialen Stadt in Höhe von rund 18,5 Mio. € mit etwa 2,6 Mio. € aus dem Sozialen Stadt Programm gefördert. In den Gesamtkosten sind 15,7 Mio. € (84 %) für Baumaßnahmen und 1,6 Mio. € (9%) für Erschließungsmaßnahmen, also rund 17,3 Mio. € oder 93 % für investive Maßnahmen enthalten. Die Kosten der Planung und Entwicklung betragen 0,9 Mio. € , das sind 5 % der Gesamtkosten. Darin enthalten sind u.a. die Kosten für die Erarbeitung des Integrierten Handlungskonzepts, das Quartiersmanagement mit Anmietung des Stadtteilbüros und die Projektsteuerung. Nur 0,28 Mio. €, also ganze 2 % wurden – ohne die Beträge von LOS – für sogenannte integrative Maßnahmen ausgegeben. Das sind soziale Projekte wie etwa Streetworkertreff, Soziale Integration von Kindern und Jugendlichen oder Sprachkurse und es ist auch der Verfügungsfonds, der in all den Jahren nur rund 30.000 € beanspruchte.

Maßnahmen	Kosten € gerundet	in % der Gesamtkosten
Gesamtkosten	18 500 000	100
Baumaßnahmen	15 700 000	84
Erschließungsmaßnahmen	1 620 000	9
Planung und Entwicklung Einschl. Quartiersmanagement	900 000	5
Integrative Maßnahmen ohne LOS-Projekte	280 000	2

11.2 Bündelung der Finanzierungstöpfe

Das Soziale Stadt Programm stellt den hohen Anspruch, zur Finanzierung der unrentierlichen Gesamtkosten alle dafür greifbaren Förderprogramme zusammen mit den möglichen städtischen Mitteln und privaten Geldbeiträgen (z.B. Mieten) zu bündeln (siehe Kapitel 10.1).

Für die Förderpraxis beim klassischen Sanierungsgeschäft war für die Stadt die Pflicht zur Bündelung aus der langen Erfahrung mit der Städtebauförderung in Augsburg seit Anfang der 70er Jahre nicht neu.

Resümée zur Bündelung der Programme

- Neu und damit schwierig war die Vielzahl sehr unterschiedlicher und fachfremder Förderprojekte, wo auch Zusammenarbeit mit bis dahin unbekanntem Fachdisziplinen gefordert war.
- Die Regierung von Schwaben, die – traditionell – bei der Bündelung staatlicher Programme hilfreich war, hatte keinen Zugriff auf viele Stellen mit außerstaatlichen Förderangeboten und auch manchen staatlichen Programmen ohne Länderbeteiligung, die für die Finanzierung der Sozialen Stadt wichtig sind oder waren. Daher musste die Stadt Augsburg die eigentliche Bündelungsarbeit leisten.
- Aus Sicht der Regierung von Schwaben ist die Tendenz erkennbar, dass sich die Referate immer wieder abgrenzen und gleichzeitig dadurch auch die positive Mitwirkung der Regierung an den Rand gedrängt wird. So wäre es richtig, die Soziale Stadt und LOS (inkl. ähnlicher Förderchancen) von Beginn an enger zu verzahnen.

11.3 Investive und nicht-investive Kosten – Förderpraxis

Das Grundgesetz verlangt in seinem neuen Artikel 104 b, dass die staatlichen Finanzhilfen nur für besonders bedeutsame Investitionen der Länder und der Gemeinden, z.B. Baumaßnahmen der Stadterneuerung, ausgegeben werden. Dies gilt für die Finanzhilfen für die Soziale Stadt ebenso wie schon bisher für die allgemeine Städtebauförderung.

Da diese unerlässlichen Ausgaben von Beginn der Sozialen Stadt an von der staatlichen Politik mit Misstrauen beobachtet werden, war es für Förderstellen und betreute Städte nicht immer einfach, hier einen Weg zu finden, der den staatlichen Vorgaben genügt und trotzdem das Notwendige unbürokratisch möglich macht.

Welche sonstigen Förderprogramme standen noch für nicht-investive Ausgaben in Oberhausen-Nord zur Verfügung?

- „Lokales Kapital für Soziale Zwecke“ – LOS (siehe Kapitel 3.8)
Die Zuschüsse für sozioökonomische Mikroprojekte aus diesem Bundesprogramm waren wichtig für die Stärkung des Gesamtprozesses. Pro Einzelprojekt konnten Kosten bis zu einer Summe von 10 000 € zu 100 % gefördert werden. LOS-Förderung soll es in der Bundesrepublik voraussichtlich auslaufend noch in einer 2. Phase weiter geben, jetzt allerdings ausschließlich in Programmgebieten der Sozialen Stadt. Die Förderung hatte für das Mitmachen der Bewohnerschaft eine positive Anstoßwirkung.
- E & C: Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten, ein Programm des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)
- Eine außergewöhnliche Initiative wird Augsburg mit einem stadteigenen Förderprogramm „Versorgung mit wohnungsnahen Gütern und Dienstleistungen“ ergreifen, aus dem auch Sozialarbeit für die Jugendlichen in Oberhausen-Nord außerhalb von öffentlichen Diensten finanziert werden könnte. An der Finanzierung dieses Programms will sich die WBG mit einem Beitrag beteiligen.
- Bayerische Wohnungsbauförderung
Es ist anscheinend in Bayern angedacht, aus der Wohnungsbauförderung in beschränktem Umfang gegebenenfalls Mittel für nicht-investive Kosten, z.B. Kosten für die Betreuungsarbeit Sozialarbeiters, einzusetzen. Grundlage dafür könnte eine besondere Regelung im neuen Bayerischen Wohnraumförderungsgesetz sein, das nach bisheriger Planung ab 1.05.2007 in Kraft treten soll.
- XENOS*: Dem auslaufenden LOS-Programm inhaltlich recht ähnlich ist das XENOS-Programm, für das der Bund Ende 2006 ein Interessenbekundungsverfahren ausgeschrieben hat. Die Programmmittel sollen ausdrücklich auch für nicht-investive Projekte und vor allem in Soziale Stadt Gebieten eingesetzt werden können.
- Aus dem Bauministerium kommt ab diesem Jahr das Modellvorhaben Soziale Stadt „Kooperationen“, das genau in die Lücke „nicht-investive Maßnahmen“ zielt. Man könnte es als eine Art Fortführung von LOS betrachten. In

der letzten Verwaltungsvereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern über die Städtebauförderung* heißt es im Artikel 4, Abs. 4 „ Die Länder können Mittel für Modellvorhaben in Gebieten des Programms Soziale Stadt einsetzen, auch für Spracherwerb, Verbesserung von Schul- und Bildungsabschlüssen, Betreuung von Jugendlichen in der Freizeit sowie im Bereich der lokalen Ökonomie wie Gründerzentren.“

In einer ersten Phase von 2007 bis 2008 sollen in ganz Bayern damit Kosten von rund 10 Mio. € finanziert werden können. Ein entsprechender Antrag von Augsburg (Sozialreferat in Abstimmung mit dem Baureferat) soll bei der Obersten Baubehörde vorliegen.

Resümée zu investiven - nicht-investiven Kosten

- Auch wenn die nicht-investiven Ausgaben für soziale Kosten und Dienstleistungen in Oberhausen-Nord mit etwa 2 bis 3 % der Gesamtkosten nur einen verschwindend geringen Anteil der Bau-Investitions-Kosten der Sozialen Stadt ausmachten, war die Kosten-Nutzen-Relation bei den nicht-investiven Mitteln für eine positive Wirkung in Oberhausen-Nord außerordentlich hoch. In einem kollegialen, flexiblen und von einander lernenden Zusammenspiel zwischen Stadt, Regierung von Schwaben und manchmal auch Oberster Baubehörde im bayerischen Innenministerium gelang es immer wieder, die notwendigen Ausgaben in kreativer Auslegung der Städtebauförderungsrichtlinien (StBauFR 2007) in befriedigender Weise zu fördern.
- Die Städtebauförderungsrichtlinien sind heute, z.B. für den Verfügungsfonds, kein Hindernis mehr, denn dort heißt es in Nr. 20.2 „Die Regierung kann kommunale Fonds (z.B. Quartiersfonds) für kleinere Maßnahmen der Gemeinde zur Begleitung und Steuerung der Gesamtmaßnahme genehmigen.“
- Die DIFU*-Befragung von 2006 verweist dennoch zu Recht auf die in vielen Kommunen weiter bestehenden Schwierigkeiten mit der Förderung nicht-investiver Maßnahmen im Soziale Stadt Programm.

11.4 Verfügungsfonds*

Besonders kritisch wird der sog. Verfügungsfonds von vielen Seiten betrachtet. Für die Einen befremdlich in der staatlichen Förderpraxis (Verantwortung, Kontrolle), für die Anderen wiederum viel zu mager ausgestattet.

Die Förderbeträge für diese Art „Taschengeld für Aktionen der Bewohnerschaft“ waren mit etwa 30.000 € für 5 Jahre – im Vergleich mit anderen Beispielkommunen und erst recht im Verhältnis zu den 18 Mio. € Gesamtkosten des Soziale Stadt Projekts – in Oberhausen-Nord relativ klein. Dennoch waren sie von großer Bedeutung für die Wiedergewinnung eines bürgerschaftlichen und sozialen Selbstbewusstseins. Kritisch wurde angemerkt, dass dieses eigentlich partizipativ gedachte Gebietsbudget für eine richtige Bewohnermitbestimmung nicht

zugänglich war. Über das IBB ausbezahlt diente es der Finanzierung von Mikroprojekten des Quartiersmanagements. Die Chancen, die ein selbstverwalteter Bürgerfonds auch und gerade für eine stabile Beteiligungskultur im Viertel bieten würde, sind nach Ansicht des Sozialreferates nicht hinreichend ausgeschöpft worden. Dass dieses Instrument positiv eingesetzt werden kann, habe sich im Bewilligungsausschuss bei LOS, in dem BewohnerInnen über die Mittelvergabe von Projekten entscheiden konnten, eindrücklich bewiesen.

Resümée zum Verfügungsfonds

- Eine Beibehaltung des Verfügungsfonds über das Ende des Soziale Stadt Projekts hinaus ist eine unabdingbare Voraussetzung zur Verstetigung des Programms.
- Durch die stetig wachsenden finanziellen Belastungen von Kommunen und Trägern muss ein Budget gesichert werden, damit in diesen Gebieten weiter Gemeinschaft wirken kann. So wurden beispielsweise zur Planung von Stadtteilstellen Netzwerke aus Ehrenamtlichen und Hauptamtlichen geschaffen. Aus dem Erlös der Feste kann oft nur unwesentlich mehr als die Materialkosten finanziert werden, wenn aber höhere Preise verlangt würden, wäre das Fest nicht mehr integrativ, da ein Teil der Bevölkerung ausgeschlossen wird. Auch kann von Personen, die nach dem Arbeitstag ehrenamtlich für den Stadtteil aktiv werden, nicht erwartet werden, dass sie Kosten aus eigener Kasse finanzieren.
- Ideal für den stadtteilorientierten Einsatz des Fonds wäre ein Bürgerverein bzw. ein Gremium, in dem die Interessen der gesamten Wohnbevölkerung vertreten sind, alle Altersgruppen, alle ethnischen Gruppen, alle sozialen Milieus, frei von politischen Interessen. In diesem Fall wäre der Begriff Bürgerfonds angebracht.
- Aufgabe eines Quartiersmanagements wäre es, eine neutrale, stadtteilorientierte Nutzung und auch Verwaltung des Verfügungsfonds sicherzustellen und dafür ein geeignetes mitbestimmendes Gremium ausfindig zu machen oder eine Gründung anzuregen.
- In den Städtebauförderungsrichtlinien (StBauFR 2007) ist in Nr. 20.2. der Weg eröffnet worden, auch einen sog. Quartiersfonds (der dem Verfügungsfonds entsprechen würde) in die Förderung einzubeziehen.

12. Ausstieg und Verstetigung des Soziale Stadt-Prozesses

Je näher das Ende der Soziale Stadt Förderung rückt, desto mehr beunruhigt alle befragten Experten die Frage, wann und wie der Ausstieg sein wird, und wie es dann weitergeht in Oberhausen-Nord. In den Mühen des Anfangs und dem Enthusiasmus der ersten Jahre hatte die Gegenwart alle voll in Anspruch genommen. Dass es unerbittlich ein Ende gibt, wussten viele. Aber jetzt müssen konkrete Antworten auf die Frage nach Vorstellungen über Ausstieg und Verstetigung gefunden werden.

Nach den laufenden Beobachtungen des DIFU*(2006) ist dies ein bundesweites Problem. Nur ganz wenige Bundesländer setzten gleich zu Beginn für die jeweilige Programmstadt Grenzen für das Fördervolumen und den Förderzeitraum, verbunden mit der Auflage, den Ausstieg gleich von Anfang an zu konzipieren. In der DIFU-Schrift „Verstetigungsansätze zum Programm Soziale Stadt“ von 2006 wird gefordert: „Es spricht viel dafür, dass der Ausstieg als schrittweiser Übergang mit Überprüfungsphasen (Monitoring) hinsichtlich der Tragfähigkeit und einem abgestuften Instrumenten- und Fördermitteleinsatz organisiert wird.“

12.1 Strategie für den Ausstieg in Oberhausen-Nord

Noch ist es nicht so weit. Bisher weiß man nur (oder spekuliert darüber), was nach Ende der Soziale Stadt Förderung nicht mehr weiterläuft, weil der Geldstrom versiegen wird. Man weiß auch, was städtebaulich und baulich noch zum Abschluss gebracht werden muss.

Planen und Bauen

Das Verfahren für den Bebauungsplan Nr. 238 „Nördlich der Ahornerstraße“ wird bis zu seiner Rechtskraft zu Ende geführt. Der städtebauliche Rahmenplan des Integrierten Handlungskonzepts wird für den Südteil Nr.8 fortgeschrieben werden müssen. Dort sind noch viele Fragen für die überwiegend gewerblich genutzten Grundstücke oder auch die Zukunft der Direktorenvilla offen.

Sowohl die bereits vorbereiteten Projekte der Infrastruktur, von Wohnungsbau und Umfeldgestaltung als auch der Verkehrsberuhigung müssen abgeschlossen oder – wenn noch nicht begonnen – erst angepackt werden:

- Fertigstellung der Drei-Auen-Schule
- Wohnungsbau auf dem von der WBG verkauften Grundstücken am Dinkelsbühler Weg
- Umnutzung und Sanierung der Kneipe am Drei-Auen-Platz

- Sperrung der Äußeren Wertachuferstraße für den Durchgangsverkehr und die Öffnung eines Zugangs zum Wertachuferweg
- das Einkaufszentrum auf dem Göppel-Grundstück.

Für den südlichen Teil von Oberhausen-Nord sollen, wenn eine finanzielle Förderung nötig wäre, Finanzhilfen aus der normalen Städtebauförderung beantragt werden.

Verfahren – vorerst eher Fragen als Antworten

Wird es einen offiziellen, formellen Ausstieg aus dem Soziale Stadt Programm geben? Wird die Regierung von Schwaben einen formellen Abschluss feststellen und Augsburg zur Schlussabrechnung auffordern? Wird es mit Ende der Soziale Stadt Förderung dennoch eine fortgesetzte LOS-Förderung oder eine ähnliche geben?

Es ist wahrscheinlich, dass – wie üblich bei der Städtebauförderung – die beiden Sanierungsgebiete Nr. 8 und Nr. 9 als planungsrechtliche Steuerungsinstrumente mit Ende der Soziale Stadt Förderung noch nicht aufgehoben werden. Der Bebauungsplan bleibt Rechtsgrundlage für bauliche Veränderungen innerhalb seines Umgriffs. Das Integrierte Handlungskonzept mit dem städtebaulichen Rahmenplan sollte – wenn auch bis jetzt nicht fortgeschrieben – für Nord (9) und Süd (8) Richtschnur für eine weitere Entwicklung, beratende Begleitung, öffentliche und verwaltungsinterne Diskussionen und Einzelfallentscheidungen bleiben.

12.2 Konzept der Verstetigung: Fortsetzung und Begleitung der eingeleiteten Prozesse und eingerichteten Strukturen zur bleibenden Stärkung der örtlichen Gesellschaft

Die eingeleiteten Prozesse und Strukturen sind mit großem Engagement aller Beteiligten und mit viel Mühe erarbeitet, erkämpft und zum Laufen gebracht worden – zum Wohl der Bewohner und zum Wohl der Stadt. Daher haben sowohl die BewohnerInnen von Oberhausen-Nord, die Stadt und die WBG oder auch die Initiatoren der Drei-Auen-Schule größtes Interesse, dass das Gebiet nicht einfach wieder sich selbst überlassen wird.

Auch die Regierung von Schwaben braucht Sicherheit, dass über das Ende der Förderung hinaus das Erreichte im Sinne der Zielsetzung gepflegt wird. Immerhin gibt es nach Haushaltsrecht auch für die Fördermaßnahmen in Oberhausen-Nord eine Bindungswirkung von 25 Jahren, worauf die Regierung achtet.

Resümée zur Verstetigung

- Der wohl schwierigste Part in einem Konzept der Verstetigung liegt zweifellos im sozioökonomischen Bereich, der überwiegend von kommunal wenig bis gar nicht beeinflussbaren Faktoren determiniert ist. Daher braucht es vor allem eine fortgesetzte integrierte Beobachtung und fürsorgende Lenkung des weiteren Geschehens, damit nicht Verwahrlosung oder gar Zerstörungswut von marginalisierten Gruppen das mühsam und leidenschaftlich Erarbeitete wieder zunichte macht.
- Die große Hilfe zur begonnenen Selbsthilfe konnte selbstverständlich kein gutbürgerliches, sich selbst tragendes Wohngebiet hervorzaubern. Daher wird es die sozial-ökonomische Lage der Menschen und vieler Betriebe nicht erlauben, die bisherige fürsorgende Aufmerksamkeit einfach zu beenden. Vielmehr müssen wichtige Elemente vor allem des Quartiersmanagements, der Trägerschaften und Allianzen für unverzichtbare Einrichtungen, Projekte und Angebote – wenn auch nicht in gleicher Form und Dichte – fortgesetzt werden.
- Eine führende Rolle für eine längerfristige, selbsthelfende Verstetigung käme dem Stadtteilarbeitskreis zu. Von ihm müsste weiterhin eine wesentliche Initiative ausgehen für eine sich selbst regulierende Sicherung und Entwicklung des Erreichten.
- Es sollte mindestens eine dem Quartiersmanagement entsprechende Person (z.B. Streetworker, SozialarbeiterIn) oder Institution geben, wo – wohl unter der Obhut des Sozialreferats – die Fäden des Gebiets und seiner Menschen zusammenlaufen. Und damit sie Räume haben für ihre bewohnernahe Arbeit, zählt auch ihre Bereitstellung zur Verstetigung. In manchen Programmstädten beschäftigen die im Gebiet dominierenden Wohnungsbaugesellschaften SozialarbeiterInnen für solche fortgesetzt nötige Betreuung und stellen fest, „es rechnet sich“.
- Wünschenswert ist auch die Fortsetzung des Verfügungsfonds in seiner eigentlichen Bedeutung als partizipatives Bürger-Budget (Bürger-Haushalt) des Quartiers. Es gibt einige Kommunen (auch im Regierungsbezirk Schwaben), die nach Ende der Förderung einen Verfügungsfonds aus eigenen Haushaltsmitteln fortführen.
- Die Aufgabe ist dringend, baldmöglichst ein Konzept der Verstetigung mit allen Verantwortlichen zu entwickeln, das eine Verlässlichkeit für die Beteiligten und Betroffenen bieten kann. Es soll zeigen, dass es sich lohnt, sich weiter für Oberhausen-Nord so zu engagieren wie bisher.
- Nach der bisherigen Erfahrung wäre darauf zu achten, dass nicht nur immer wieder viele neue Dinge begonnen werden, sondern dass vor allem die jüngsten baulichen und sozialen Errungenschaften der Sozialen Stadt erhalten, gepflegt und entwickelt werden.
- In diesem Zusammenhang wurde oft beklagt, dass die einstmals so segensreich wirkende Lenkungsgruppe seit 2 Jahren nicht mehr tagt und daher auch vieles auseinander zu fließen beginne, was weiter integriertes Handeln benötigen würde.

12.3 Ansätze für eine Verstetigung der baulichen Errungenschaften

Es wurden bereits wertvolle bauliche Ansätze geschaffen, deren Bedeutung als Raumangebot für die künftig notwendige Verstetigung des guten Zusammenlebens in Oberhausen-Nord nicht hoch genug eingeschätzt werden dürfen:

Bürgertreff

Der wohl wichtigste Baustein für ein Konzept der Verstetigung kann sicher im künftigen Bürgertreff der Drei-Auen-Schule verwirklicht werden. Die neuen Räume sind da – in bester Lage und in hoher Qualität. Jetzt braucht es eine stabile, kompetente Trägerschaft, Personal und eine nachhaltig tragfähige Finanzausstattung. Über die Ergebnisse der Konzepte kann im Teil II der Evaluation berichtet werden.

Drei-Auen-Schule

Allein schon, dass es diese neue Schule im Zentrum von Oberhausen-Nord gibt, wird Stetigkeit in das soziale Leben des Quartiers bringen. Die in Aussicht genommene und mit entsprechendem Raumangebot bereits vorbereitete Ganztagsbetreuung wird ein weiterer Zugewinn für die Stabilisierung der sozialen Lage sein.

Drei-Auen-Platz – Treffpunkt und Mitte

Für das Gefühl der Bevölkerung, dass es auf Dauer wieder schön ist, hier zu leben, ist dieser Quartiersplatz ein sichtbares und belebbares Symbol – vorausgesetzt, er versackt nicht wieder wegen fehlender Ordnung, Pflege und Sicherheit. Auch eine gewisse bürgerschaftliche Fürsorge für den aufwendig hergestellten Platz ist als Teil einer planvollen Verstetigung sicher ideal.

Sanierte und neue Wohnungen im neuen Umfeld

Sie sorgen mit ihrer Qualität und sozialverträglichen Mietgestaltung für eine Dauerhaftigkeit der Wohnbedingungen und Identifizierung der Bewohner mit ihrem Viertel. Denn es wird immer wieder hervorgehoben, dass die Mieter des sanierten Wohnungsbestands gegenüber früher ihren Wohn-Ort viel stärker als ihre Heimat empfinden, den es zu pflegen gilt. Ein gutes Signal für eine hoffentlich sich selbst tragende Stetigkeit.

12.4 Ansätze für eine Verstetigung der sozialen Errungenschaften

Bei den Überlegungen, wie das, was im Quartier durch das Projekt Soziale Stadt erreicht worden ist, erhalten werden kann, geht es nicht nur um die bauli-

chen Verbesserungen, sondern ganz wesentlich um die „andere“ Art, wie die Menschen miteinander umgehen, ihren Alltag organisieren, sich für das Gemeinwohl engagieren und so zur Atmosphäre positiv wie negativ beitragen.

Unter der Obhut des Quartiersmanagements sind, wie oben dargestellt, zahlreiche Aktivitäten entstanden. Nicht nur Einzelereignisse, wie der Weihnachtsmarkt, das Sommerfest oder die Aktion „unser Stadtteil wird sauber“, gehören dazu, sondern auch solche Mitwirkungsformen wie die Zukunftswerkstatt mit Kindern zum Quartiersplatz oder die Mitwirkung an der Öffnung des Pausenhofs in der Löweneckschule. Auch neu entstandene Kontaktqualitäten, wie etwa beim Nähkurs oder Sprachkurs für türkische Frauen, müssen „in die Hand genommen werden“ – und es fragt sich, in welche.

Die gerne verwendete Metapher von der „Hebamme“ Soziale Stadt, die bei der Geburt eines besseren Quartiers hilft, passt möglicherweise für die gebauten Errungenschaften eher als für die sozialen. Denn die gebauten Steine bleiben (nach der Geburt) normalerweise fest aufeinander – Menschen, die das soziale Netz darstellen, sind dagegen flüchtiger. Bei Kindern und Jugendlichen zeigt sich dies besonders deutlich. Ihre Interessen und Beschäftigungen sind entwicklungsbedingt sehr stark altersabhängig und brauchen entsprechende phasentypische Betreuung. Ein soziales oder kulturelles Angebot für 10-Jährige hat jedes Jahr eine andere Besetzung, fängt als jedes Jahr wieder neu an. Insofern sind bei sozialen Errungenschaften sicherlich teilweise neben der Hebamme auch „Ammen“ nötig. Ein Streetworker wird also nie an Aufgaben und Klientel Mangel haben.

In die Nachfolge der insbesondere vom Quartiersmanagement angestoßenen und koordinierten sozialen Projekte wird in Oberhausen-Nord vor allem der Bürgertreff treten. Er wird aber anders konzipiert, organisiert und finanziert sein und deshalb die Arbeit des Quartiersmanagement allenfalls teilweise fortsetzen können und wollen. Unvermeidlich werden deshalb einige Errungenschaften auch wieder verschwinden. Aus Sicht des Quartiersmanagements wäre es möglich gewesen, seine bisherige Arbeit mit einer Teilzeit-Stelle fortzuführen, wenn dafür eine Finanzierung in Sicht gewesen wäre.

12.5 Kosten der Verstetigung, ihre Finanzierung und Förderung

Das Auslaufen der Soziale Stadt Regelförderung und die angespannte Finanzlage der Stadt erschweren nicht nur die weitere Bereitschaft zur ämterübergreifenden Zusammenarbeit. Vielmehr machen sie das Problem, wer schließlich die Kosten der Verstetigung finanziert, zu einem scheinbar unauflösbaren Kno-

ten. Diese Frage blockiert anscheinend zunächst die Phantasie vieler Stellen, die fürchten, in die Pflicht genommen zu werden.

- Wer bezahlt eine Art fortgesetztes Quartiersmanagement, das so wichtig wäre?
- Wer unterstützt den Betrieb des Bürgertreffs?
- Wer übernimmt federführend die Pflege des Drei-Auen-Platzes?
- Wer gibt Geld in den Verfügungsfonds in der Form eines Bürgerbudgets, das gar nicht viel braucht, um spontane kleine Aktionen zu stützen? etc.

Nach dem Prinzip Hoffnung werden verschiedene Möglichkeiten erörtert:

- Aufgaben des Quartiersmanagements werden zum Teil in die Regelaufgaben der Stadtverwaltung, vor allem der Sozialverwaltung eingegliedert. Andere werden vielleicht von Wohlfahrtsverbänden oder der WBG (für ihren Verantwortungsbereich) übernommen.
- Die Soziale Stadt Förderung läuft langsamer als geplant gegen Null. Die Regierung von Schwaben gibt z.B. noch einige Jahre einen kleinen Förderbetrag für den Verfügungsfonds.
- Über LOS, XENOS oder das neue Soziale Stadt Modellvorhaben „Kooperation“ von Bund und Land könnten nicht-investive Maßnahmen eine bestimmte Zeit finanziert werden.

Die Hoffnung richtet sich auch auf die Träger der Wohlfahrtspflege, die Kirchen, die Schulen, Vereine oder auf lokale Unternehmen, die als Sponsoren Patenschaften übernehmen. Vor allem die Fortsetzung einer Art Quartiersmanagement, für das sich alle aussprechen, die Zuordnung und natürlich die Kostentragung müssten unbedingt in der Lenkungsgruppe behandelt werden.

12.6 Berichte aus dem Viertel für Politik und Verwaltung, Öffentlichkeitsarbeit und Presse

Ein Problem der Sozialen Stadt generell ist, dass sie so wenig Eindrucksvolles photogen herzeigen kann. Im Vergleich zur klassischen Altstadtsanierung gibt es nur wenige bauliche Projekte, die man prunkvoll feiern und für politische Selbstdarstellung nutzen könnte. Dazu kommt, dass sich – ganz natürlich – Politiker (und ihre exekutierenden Verwaltungen) gerne und locker nur für sehr konkrete Fälle entscheiden und dann in kurzer Zeit das Interesse an einem so komplexen Thema wie die Soziale Stadt verlieren. Dieses Problem erschwert

eine Verstetigung der Gesamtentwicklung, wenn die offizielle Förderquelle versiegt.

Man müsste daher die Politiker immer wieder zu den aktuellen Befunden des Gebiets und ihrer Bewohner hinführen, also auch sie „abholen“. Nicht über sensationshungrige Medien oder Beschwerden aus dem Volk und der Opposition, sondern über regelmäßige und knappe aber inhaltsreiche Berichte aus dem Quartier. Sie könnten die Entwicklung im Bewusstsein der Verantwortlichen verstetigen..

Resümée zur Berichterstattung

- Politiker brauchen für ihre Entscheidungsarbeit nicht nur Problembeschreibungen, sondern knappe und einfache Lösungsvorschläge, die zuvor z.B. vom Stadtteilarbeitskreis mit den Bürgern und der Verwaltung vorbereitet wurden. Mit einer solchen regelmäßigen Berichterstattung könnten die BürgerInnen von Oberhausen-Nord weiterhin politische Aufmerksamkeit und Rückendeckung für die stabile Entwicklung ihrer Heimat bekommen, die sie unbedingt brauchen.
- Auch das Interesse der staatlichen Förderstellen kann und sollte durch solche Berichte immer wieder geweckt werden, um ggf. notwendige Kurskorrekturen einzuleiten – im Interesse der in die Soziale Stadt verwobenen Menschen. Denn die vertikale Vernetzung zwischen der Froschperspektive des Gebiets mit der oft fernen Vogelperspektive staatlicher Leitungsebenen ist in der Regel nur schwach ausgebildet.

13 Qualitäten im Quartier – Gesamtbewertung des Soziale Stadt Projektes

Eine Bewertung des Projekts kann momentan nur unvollständig und mit Vorbehalt formuliert werden. Noch sind wesentliche Entwicklungen nicht abschätzbar, z.B. was die Bevölkerungsmischung anbetrifft, wenn die sanierten Häuser wieder bezogen sind. Wir wollen dennoch an dieser Stelle eine vorläufige Einschätzung formulieren und nehmen uns die Freiheit, diese Einschätzungen ggf. später zu modifizieren, wenn uns auch die restlichen Ergebnisse vorliegen.

13.1 Bedeutung der Sozialen Stadt für die Stadt und für Oberhausen-Nord

Dass die Soziale Stadt ein Aufbruch im guten Sinne war, wird in den Gesprächen, die wir geführt haben, bestätigt. Der Geist der Sozialen Stadt hat sich positiv ausgewirkt. Im Einzelnen ist darauf hinzuweisen:

- Die angestrebte Image-Aufwertung in der Wahrnehmung von innen und außen ist bisher gelungen. Es ist sogar eine Tendenz von Haushalten zurück in das Viertel zu erkennen, sicherlich vor allem aufgrund einer wesentlich besseren Schulversorgung, einer sichtbar höheren Qualität der Wohnsiedlung und der guten Anbindung an das Straßenbahnnetz. Entscheidend für die spürbare Aufwertung ist auch, dass die angestrebte Mischung von sanierten Einfachwohnungen und qualitativ höherwertigen Wohnungen mit Tiefgaragenstellplatz gut gelungen ist. Die jetzt dort heimisch gewordenen Menschen entwickeln bereits ein Wir-Gefühl.
- Das große Ziel, die Leute wieder zurück in den Stadtteil zu bringen, ist erreicht. Die Menschen sind nicht mehr so flüchtig, sie sind eher sesshaft geworden und nehmen jetzt Missstände wahr, die sie früher „übersehen“ oder resigniert hingenommen haben. Die Hausmeister können den Menschen die negativen Folgen von störendem bzw. rücksichtslosem Verhalten von MieterInnen jetzt vermitteln.
- Die heute im Viertel lebenden BewohnerInnen sind offensichtlich sehr zufrieden mit dem, was erreicht wurde, auch wenn kein ausdrückliches oder großes Lob bei der Stadt ankommt.
- Das jederzeit offen angelegte Verfahren erleichterte es der Stadtpolitik, das Projekt als das ihre anzusehen. Und Stadtpolitik und Verwaltung konnten

daher schnell erkennen, dass dieses Programm eine riesige Chance und eine Möglichkeit ist, einen schwierigen Stadtteil ganzheitlich zu erneuern.

- Das Programm Soziale Stadt fordert eine Berücksichtigung städtebaulicher, ökonomischer, ökologischer und sozialer Gesichtspunkte. Die einzelnen Maßnahmen können nicht nur einer dieser Kategorien zugeordnet werden, sondern wirken sich in verschiedenen Bereichen auf den gesamten Stadtteil aus. Diese Zusammenhänge wurden bereits beim Erstellen des Integrierten Handlungskonzepts erkannt, beispielsweise die Auswirkungen von Arbeitslosigkeit auf die Lebenseinstellung, die Engagementfähigkeit oder auch auf die Kaufkraft der BewohnerInnen.
- Immer wieder wurde von dem großen und oft umständlichen Diskussions- und Abstimmungsaufwand sowie von den aufwendigen Entscheidungsverfahren gesprochen. Dennoch wurde letztendlich dann festgestellt: Es war sehr nützlich und gut so. Alle haben viel gelernt voneinander. Auch die relativ große Runde des Stadtteilarbeitskreises mit vielen sehr lebendigen und langwierigen Diskussionen war für die Stabilisierung des ganzen Prozesses wertvoll. Trotzdem sollte der Aufwand immer so klein als möglich gehalten werden, etwa durch vor- oder nachbereitende Gesprächsrunden im kleineren Kreis.
- Die Soziale Stadt hat eine Plattform aufgebaut, die für den Stadtteil aber auch für die ganze Stadt, wichtige Inszenierungen (z.B. Stadtteilarbeitskreis, Bürgerbeteiligung) ermöglicht.

13.2 Erfolge und ihre Gründe

Eine der interessantesten Fragen, die sich bei einer Evaluation stellt, ist die nach den Ursachen der Erfolge, aber auch der Misserfolge. Auch hier kann der Teil 1 der Evaluation nur erste Eindrücke vermitteln, die sich möglicherweise später noch einmal relativieren.

- Zum Erfolg der Stadtteilerneuerung führte eine straffe und hoch angesiedelte Organisation von Projektleitung und Entscheidung mit einem autorisierten Verfahrensbevollmächtigten in der Leitung des Gesamtprojekts. Entscheidend für das Gelingen war die straffe Organisation, die alle Maßgeblichen an einen Tisch brachte mit der Folge kürzester Dienstwege, Entscheidungsnähe und enger Bindung an die Praxis.

- In Oberhausen-Nord lief die Soziale Stadt optimal, weil gleich zu Beginn ein Integriertes Handlungskonzept vorhanden war, das sofort planvolles und gebündeltes Handeln bei unterschiedlichsten Instrumenten ermöglichte. Gute Fachleute in Verwaltung und aus externen Büros konnten zusammen mit dem Konzept das Projekt schnell anschieben. Alle Beteiligten erkannten den ganzheitlichen Ansatz des Soziale Stadt Projekts und praktizierten damit das integrierte konzeptionelle Denken. Viele gestehen jedoch ein, dass sie am Anfang die kommende Mühe und Belastung falsch (d.h. zu gering) eingeschätzt hätten.
- Die Projektsteuerung hat mit Projekthandbuch, Integriertem Handlungskonzept, Lenkungsgruppe und Stadtteilarbeitskreis einen roten Faden* gelegt durch die oft verwirrend verknöteten Verfahrensstränge.
- Für Oberhausen-Nord war das nicht-investiv angelegte LOS-Programm sehr hilfreich bei der Überbrückung der Schwierigkeiten, ausreichend Soziale Stadt Mittel für nicht-investive Maßnahmen zu aktivieren. Trotz der kleinen Förderbeträge hatten die Mikroprojekte von LOS in Oberhausen-Nord erhebliche impulsgebende Wirkungen für eine kurzfristige Aktivierung der Stadtteilerneuerung.
- Eine außergewöhnliche Starthilfe gegen die große Skepsis der BewohnerInnen war die Aktion „Wir machen Oberhausen sauber“, mit der etwa 120 Kinder Müll im Gebiet einsammelten und dann die Erwachsenen davon überzeugen, dass mit den Aktivitäten (v.a. des Quartiersmanagements) etwas Gutes für sie bevorsteht.
- Besonders wertvoll für den Erfolg sei auch der sprachgewaltige, schon immer in der WBG-Siedlung wohnende Stadtrat Dieter Benkard gewesen. Er erhob sowohl im Stadtrat, als auch in der Lenkungsgruppe, im Aufsichtsrat der WBG und im Stadtteilarbeitskreis unermüdlich seine Stimme für die Wünsche und Nöte in Oberhausen-Nord, immer im Blick auf die Anliegen der Sozialen Stadt.

13.3 Was hätte besser sein können? – Was müsste künftig besser gemacht werden? – Welche Gefahren lauern?

Um aus den Erfahrungen zu lernen und spätere Vorhaben noch müheloser und erfolgreicher angehen zu können, werden Evaluationen gemacht. Wir weisen hier auf einige schon deutlich erkennbare Punkte hin, die das Vorhaben Ober-

hausen-Nord kennzeichnen und an denen wir Ansatzpunkte für Erleichterungen bei der Verwirklichung eines solchen Projektes sehen.

- Die schwache finanzielle Förderung der Position Quartiersmanagement, der eigentlichen „Software“ des Geschehens, wurde von vielen kritisiert, ebenso die in der Folge zu schwache personelle, fachlich nicht ausreichend breite Ausstattung. Es war daher für das Quartiersmanagement unnötig schwierig, Zugang zu den verschiedenen sozialen Gruppen der Quartiersbevölkerung zu bekommen. Von verschiedenen Programm-Kommunen wird eine Tandembesetzung empfohlen, eine Besetzung mit wenigstens zwei Personen, einer aus dem städtebaulichen und einer aus dem sozialen Bereich, mit Kompetenzen in Management und Sozialarbeit. Dafür fehlten letztlich das Geld und die verlässliche Perspektive wegen der kurzen Vertragsdauer.
- Das Quartiersmanagement war ebenso wie das Stadtplanungsbüro SEP zwar gut in die Aktivitäten der Stadtplanung eingebunden aber leider fast gar nicht in die WBG-Planungen.
- Die Gefahr zeichnet sich – vorerst noch undeutlich – ab, dass die Bereitschaft zum integrierten und kooperativen Handeln schwindet, es sei denn, die entschiedene Projektführung der Anfangszeit durch das Baureferat wird wieder aufgegriffen.
- Es hat wenig Sinn, einen Stadtteil aufwendig baulich zu sanieren, wenn das Gebiet nicht dauerhaft angemessen (das muss nicht üppig sein!) fürsorglich begleitet wird. Das gilt für die soziale und städtebauliche Aufmerksamkeit. Es gilt noch mehr für die alltägliche Pflege des Erreichten.
- Große Unsicherheiten für das weitere Geschehen in Oberhausen-Nord bringen die doch ziemlich dramatisch diagnostizierten Folgen des demographischen Wandels ebenso wie die sozialen und ökonomischen Fernwirkungen der sich rasant beschleunigenden Globalisierung. Denn das „strukturschwache“ Quartier wird – trotz der erreichten Stabilisierung – besonders anfällig sein gegenüber solchen Entwicklungen.
- Der zeitlich befristet eingerichtete Stadtteilarbeitskreis war nach Meinung einiger eher eine Plattform für gegenseitige Information als ein Auslöser für konkrete Kooperation. Dafür sei er auch zu groß besetzt gewesen. Überlegungen zu einer angemesseneren Form könnten – jeweils bezogen auf die lokalen Besonderheiten – die Arbeit erleichtern und die kreativen Potentiale noch mehr hervorlocken.

- Damit der Stadtteilarbeitskreis seine Rolle als aktiv gestaltender und kreativer Initiator zur Aufwertung im Gebiet effizient einnehmen kann, bräuchte er differenzierte Anleitung in einer Netzwerkstruktur. Solche arbeits- und entscheidungsfähigen, dennoch Vielfalt und Spielraum freundlichen Organisationsformen kann ein Stadtteilarbeitskreis – wie der in Augsburg – aber sicher nicht aus eigener Kraft schöpfen und erhalten. Netzwerksteuerung muss in diesem Fall wohl von außen kommen, was auch den Vorteil hat, dass sie neutral ist und daher eventuelle Rivalitätskonflikte mildern kann. Die Netzwerkleitung sollte jedenfalls nicht zur Aufgabe des projektverantwortlichen Amtes, in diesem Fall des Stadtplanungsamts, gehören. Das projektverantwortliche Amt hat andere Funktionen, die mit der Netzwerkleitung im Konflikt lägen..
- Kritisch angemerkt wurde, dass das Kulturreferat der Stadt (z.B. mit dem Thema Stadtbücherei) nicht in die Lenkungsgruppe einbezogen worden war.
- Von manchen wird eine mangelnde Entscheidungsbefugnis der Bewohnerschaft, etwa im Organigramm (keine Bewohner im Stadtteilarbeitskreis oder bei einzelnen Beteiligungsprojekten (z.B. Quartiersplatz), moniert. Für eventuelle weitere Projekte (auch in der Sozialen Stadt) werden hier erhebliche Verbesserungen und größere Spielräume für eine verbindliche Verantwortungsübernahme der Bewohnerschaft verlangt.
- Als Lernschritt wird formuliert, dass in Oberhausen-Nord anfangs hauptsächlich die Defizite angesprochen wurden, obwohl dem Projekt eine bewusste Herausarbeitung und Betonung der Potentiale mehr Zugkraft gegeben hätte.
- Damit die erreichte aber noch labile Stabilität des Quartiers nicht leichtfertig gefährdet wird, ist die Neugestaltung der vier eingezäunten und leer stehenden Wohnzeilenteile am Dinkelsbühler Weg und ihre städtebauliche und soziale Integration in das Gebiet äußerst dringend.

14 Empfehlungen

Auch die Empfehlungen für künftige Soziale Stadt Vorhaben in Augsburg oder auch in anderen Kommunen lassen sich aktuell erst einmal nur unter Vorbehalt aussprechen. Sie müssen sich an den später noch hinzu kommenden Befunden bewähren, um verallgemeinert werden zu können.

Da Empfehlungen immer adressatenspezifisch sind, richten wir sie zum einen an die Kommune und zum anderen an die Programmverantwortlichen in Bund und Land.

14.1 Empfehlungen an die Stadt

- Aus der Sozialen Stadt in Oberhausen-Nord kann man für die Stadtentwicklung in Augsburg lernend Nutzen ziehen. Die positive Ausstrahlung sollte in die Gesamtstadt wirken. Dabei sollten Stadtplanung und sozialräumliche Planung Hand in Hand gehen.
- Nach dem Vorbild des Integrierten Handlungskonzepts sollte verstärkt Stadtteilentwicklungsplanung betrieben werden. So könnten Chancen der ressortübergreifenden Zusammenarbeit eröffnet und Konflikte frühzeitig auf den Tisch gebracht werden.
- Das Fachpersonal der Stadtverwaltung müsste bei neuen Soziale Stadt Projekten verstärkt werden. Denn man kann nicht alles an Privatfirmen vergeben. Nur das städtische, dem Gemeinwohl verpflichtete Personal bürgt letztlich für Kontinuität, Kontakte zu Politik, zur Regierung, zu Bürgergremien und zu Verbänden. Und es hat in den Stadtratsgremien Rederecht.
- Die integrative Arbeit der Sozialen Stadt hat in den beteiligten Verwaltungen wertvolle Kompetenzen aufgebaut. Es muss darauf geachtet werden, dass hierfür auch entsprechend qualifiziertes Personal nachrücken kann.
- Ein Projekthandbuch, wie es ursprünglich für Oberhausen-Nord geplant war, wäre – in Verbindung mit dem stets flexiblen städtebaulichen Rahmenplan - gut für eine pragmatische Handhabung des Verfahrens der Sozialen Stadt.
- Schon schnell kann sich Undankbarkeit für die erreichte, jetzt scheinbar selbstverständlich hohe Lebensqualität im Quartier ausbreiten. Deswegen müssten Wege gegen das Vergessen gefunden werden, die alle anschaulich an den Zustand vor dem Soziale Stadt Projekt erinnern können. So könnte

auch das Gefühl der Verantwortung für die eigene Heimat am Leben gehalten werden.

- Um den eingeleiteten innovativen Prozess und das dabei gewonnene Problembewusstsein von Stadtpolitik und Verwaltung zu dynamisieren, müssen regelmäßige Berichte an den Stadtrat gerichtet werden.
- Quartiersmanagement und Projektsteuerung sollten bei einem neuen Soziale Stadt Projekt vom Start an, d.h. noch vor Erarbeitung des Integrierten Handlungskonzepts, ihre Arbeit aufnehmen können. Auf diese Weise können sie über den Kontakt mit dem Gebiet schon früh wichtige Informationen aus ihrer Sicht in die Konzepterarbeitung einbringen.

14.2 Empfehlungen an das Land und den Bund

- Wiederholt wurde angesichts der vielen großen und kleinen Förderprogramme mit Neigung zur ständigen Zellteilung beklagt, dass die staatliche Hilfestellung nachlässt. So wäre es z.B. wünschenswert, dass das Arbeitsblatt für die Städtebauförderung Nr. 5 der Obersten Baubehörde zu den integrierbaren Förderprogrammen für die Soziale Stadt wieder aktualisiert und regelmäßig fortgeschrieben wird.
- Die Erfahrungen mit Oberhausen-Nord könnten Anlass für die Regierung von Schwaben sein, den Kommunen bei der Bewältigung komplexer städtebaulicher Aufgaben, wie z.B. beim Stadtumbau, wichtige Elemente der Verfahrensbewältigung in der Sozialen Stadt zu empfehlen, z.B. die integrierte Zusammenarbeit oder ein Integriertes Handlungskonzept.
- In jedem Projektantrag sollte die Frage behandelt werden, wie es weiter geht, wenn das Programm ausläuft. Wie könnte/ sollte der Ausstieg aussehen und welche Regelungen zur Verstetigung könnten ins Auge gefasst werden? Die Programmgemeinden sollten dazu veranlasst werden, im Rahmen des Integrierten Handlungskonzepts ein Konzept für Ausstieg und Verstetigung mit entsprechenden Kostenansätzen und Kostenträgerschaften vorzulegen.. In einigen Ländern werden mit den Kommunen Vereinbarungen über die künftige Begleitung der Stadtteile nach dem Ende der investiven Förderphase getroffen.
- Es sollte auch mit den Programmgemeinden von Beginn an vereinbart werden, dass zum absehbaren Abschluss des Gesamtprojekts eine Evaluation erarbeitet wird. Zweckmäßig wäre es, mit der Förderstelle frühzeitig dafür einfache aber für beide Seiten nutzbringende Strukturen zu verabreden,

damit nicht ziellos unnötige Datenberge angesammelt und dann doch nicht gewertet werden.

- Die InitiatorInnen des Programms Soziale Stadt appellierten an die Kommunen, in ihren Verwaltungen Verhalten, Sichtweisen und Arbeitsweisen grundlegend zu ändern. Mit Appellen allein ist es angesichts der Alltagswirklichkeit nicht getan. Es braucht dafür auch gemeinsame Fortbildungen, Schulungen und Erfahrungsaustausch, um einen dauerhaften Perspektivwechsel zu erreichen. Auch in der Aus- und Fortbildung (Hochschulen, Referendariat) müsste dieser notwendige Perspektivwechsel vermittelt werden.
- Ausstieg und Verstetigung, mit denen normalerweise kaum Erfahrungen vorliegen, sollten durchaus als Thema für Erfahrungsaustausch und Qualifizierung vorgesehen werden. Am besten wäre dabei, eine aufgabenspezifische Qualifizierung, denn in der Lenkungsgruppe stellen sich diese Fragen anders als im Quartiersmanagement oder im Stadtteilarbeitskreis.
- Ein Problem für die Kommunen ist es, dass Bund und Land verschiedene für die Soziale Stadt wichtige Gesetzesregelungen und Förderprogramme auf den Weg bringen, die in keiner Weise miteinander in ihrer sozialräumlichen Wirkung und Auswirkung koordiniert sind. Daher können die eigentlich mit der Bündelung erwünschten Synergieeffekte staatlicher Strukturprogramme nur schwer oder nur partiell erzielt werden.

GLOSSAR

AIP	Augsburg Integration Plus GmbH
ASB	Arbeiter-Samariter-Bund
Burn-Out	Syndrom der seelischen und körperlichen Erschöpfung
DIFU	Deutsches Institut für Urbanistik, ein Forschungs- und Beratungsinstitut der Kommunalen Spitzenverbände, also der deutschen Städte. Das DIFU überprüft regelmäßig im Auftrag der Bundesregierung den Fortschritt des Soziale Stadt -Programms in allen deutschen Programm-Kommunen
E&C	Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSJ) hat mit der Programmplattform „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“ (E&C) einen neuen Schwerpunkt gesetzt, um Kindern und Jugendlichen aus benachteiligten Sozialräumen günstigere Bedingungen für ihre Entwicklungen und bessere Voraussetzungen für ihre Zukunft zu eröffnen. E&C setzt kinder- und jugendhilfespezifische Prioritäten in den gesellschaftlichen Politikbereichen soziale und ethnische Integration, Zusammenleben in der Nachbarschaft, öffentlicher Raum und Sicherheit, Wohnen und Wohnumfeld, soziale Infrastruktur, Schule, Ausbildung, Kinder, Jugendhilfeförderung und Unterstützung der Familien, Arbeitsmarktpolitik und Wirtschaftsförderung, Gesundheitsförderung, besondere soziale Lebenslagen, Neuorganisation und Vernetzung kommunaler Steuerungsinstrumente gebietsbezogener gebündelter Ressourcen.
Evaluation, Evaluierung:	Französisch „évaluer“ und lateinisch „valere“ = „wert sein, kräftig sein (Kluge, Ethymologisches Wörterbuch, 1989) Nach Fries/Vedung (1999) heißt evaluieren auch „zurück schauen, um besser vorwärts zu steuern“.
FAG	Finanzausgleichgesetz

- Glossar Verzeichnis von für viele unbekanntem Wörtern mit Erklärungen
- IBB Initiative Beratung und Begegnung e.V. (IBB) mit dem 1. Vorstand Valentin Rothbucher. Arbeit für Oberhausen begann 1988 mit der Einrichtung eines Ladens für verschiedene Angebote (z.B. Hausaufgabenbetreuung)
- Integration, integrieren:
lateinisch „integrare“ heißt „wiederherstellen, ergänzen“, demnach bedeutet „integrieren“ auch „eingliedern, zu einem Ganzen zusammen fügen“ (Kluge, Ethymologisches Wörterbuch 1989)
- IZBB Investitionsprogramm „Zukunft, Bildung, Betreuung“ des Bundes
- Lehmbau Augsburger Gesellschaft für Lehmbau, Bildung und Arbeit e.V. gegründet 1986. Lehmbau wollte Engagement zeigen für vorwiegend junge Menschen, die schulisch und beruflich eine spezielle Förderung benötigen. Arbeit soll dabei als schöpferischer Vorgang erlebt werden, von der Gewinnung des Rohmaterials in seiner natürlichen Umgebung bis zur handwerklichen Erarbeitung eines Gebäudes. Heute wendet sich Lehmbau auch älteren Arbeitslosen zu. Sie bringen unter Anleitung ihre beruflichen Kenntnisse und Erfahrungen ein. Das hier wiedererlangte Selbstwertgefühl soll die Vermittlung neuer Arbeitsverhältnisse fördern. Lehmbau ist in Augsburg stadtweit aktiv im Programm PRO JUGEND.
- LOS „Lokales Kapital für soziale Zwecke“(LOS)
Mit dem Programm des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend wird mit Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) Geld in neue Wege zur Förderung von mehr Beschäftigung auf lokaler Ebene investiert. In den Gebieten der Sozialen Stadt vergeben BürgerInnen in einem Begleitausschuss an lokale Akteure Fördermittel für sogenannte Mikroprojekte bis zur Höhe von 10 000 €. Es können Einzelpersonen, BürgerInnen und UnternehmerInnen direkt Mikroprojektanträge stellen.
Oberhausen-Nord nimmt an dem Förderprogramm LOS teil. Die Stadt Augsburg (Sozialreferat) hat dafür eine Koordinierungsstelle und den Begleitausschuss eingerichtet. nach dem Lokalen Aktionsplan (LAP) lag der Schwerpunkt der Mikroprojekte in Oberhausen im Themenkomplex „Übergang von Schule und Beruf“.

Mediation fachliche und neutrale Vermittlung in Konfliktsituationen zwischen einzelnen Menschen und/ oder sozialen Gruppen mit dem Ziel, eine gemeinsame Lösung zu finden.

Moderation Anleitung und Anregung von Gesprächen zur Meinungsbildung und zur Lösung von offenen Fragen.

Monitoring Das ist ein Begriff für alle Arten der Erfassung, Beobachtung oder Überwachung eines Vorgangs oder eines Prozesses mittels technischer Hilfsmittel oder anderer Beobachtungssysteme (wie z.B. die Evaluierung in Oberhausen-Nord). Ein Monitoringsystem ermöglicht vor allem auch eine Steuerung des beobachteten Prozesses, sofern sich abzeichnet, dass der Prozess nicht den gewünschten Verlauf nimmt.

Resümée Zusammenfassung, Fazit

roter Faden In seinem Werk „Wahlverwandschaften“ (2,2) vergleicht Goethe eine alles verbindende Idee mit dem durchlaufenden roten Faden im Tauwerk der englischen Marine.

SIA Sozialpädagogischen Instituts Augsburg, eine Tochter der Lehmbaugruppe

Soziale Stadt: Die Arbeitsgemeinschaft der Bauminister/innen der Länder (AR-GEBAU) hatte vor 1999 den Anstoß für das Soziale Stadt - Programm gegeben. Zusammen mit dem Bund hat sie damals mit dem Start des Programms einen Leitfaden herausgegeben, der dann Vorlage für die von der Obersten Baubehörde in ihrer Reihe „Städtebauförderung in Bayern“ als Nr. 3 im Jahr 2000 herausgegebene Arbeitshilfe „Soziale Stadt – Wege zu einer intakten Nachbarschaft“ war.
Bei der letzten Novellierung des Baugesetzbuchs (BauGB) wurde für die Soziale Stadt der neue § 171 e eingefügt. Im Absatz 2 heißt es „Städtebauliche Maßnahmen der Sozialen Stadt sind Maßnahmen zur Stabilisierung und Aufwertung von durch soziale Missstände benachteiligten Ortsteilen“

Städtebauförderung in Bayern: Die Fördertitel des Programms Soziale Stadt sind Teil der Städtebauförderung. Ihr Einsatz wird daher nach den Städtebauförderungsrichtlinien (StBauFR 2007) geregelt. Dabei verteilen sich die Anteile der jeweils eingesetzten 100 % Finanz-

hilfen zu 30% auf den Bund, 30 % auf den Freistaat und 40 % auf die Stadt Augsburg.

Der jeweilige Gesamtbetrag der Finanzhilfen, den der Bund jährlich an den Freistaat für die Städtebauförderung gibt, wird in der Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern zur Städtebauförderung geregelt. Darin ist auch festgelegt, wie viel davon dem Programmteil „Soziale Stadt“ zugeordnet wird, und welche Freiräume der Förderung dafür eröffnet werden.

Supervision Beratung einer Berufsperson, eines Arbeitsteams oder einer Organisation zur Klärung von fachlichen und organisatorischen Problemlagen, Konflikten in der Arbeitssituation, wie z.B. Überforderung, aber auch zur Effizienzsteigerung am Arbeitsplatz

Unrentierliche Kosten: In der Städtebauförderung die Kosten, die nicht durch Einnahmen (z.B. Mieten) gedeckt werden und daher gefördert werden können.

WBG Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Augsburg GmbH

Wohnungsbauförderung in Bayern

- Förderung von Modernisierung
Modernisierung von Miet- und Genossenschaftswohnungen im Zusammenhang mit energie- und wassersparenden Maßnahmen. Zinsverbilligte Darlehen.
- Förderung von Mietwohnungen
Schaffung von neuem oder Änderung von Wohnraum. Baudarlehen mit Konditionen, die von Belegungsbindungen abhängen
- Voraussichtlich ab dem 1.05.2007 wird es aufgrund der Föderalismusreform für die Wohnungsbauförderung ein landeseigenes Bayerisches Wohnraumförderungsgesetz geben.

XENOS Im Rahmen des Bundesprogramms „XENOS – Leben und Arbeiten in Vielfalt“ haben das Bundesministerium für Arbeit und Soziales zusammen mit dem Bauministerium im November 2006 zu einer Interessenbekundung „Beschäftigung, Bildung und Teilhabe vor Ort“ aufgerufen.

Das griechische Wort XENOS bedeutet der Fremde oder die Fremde. Fremd mutet die Programmausschreibung in der Tat an.

LITERATUR

Bildungsoffensive Augsburg von 2006. Schulen – fit für die Zukunft

„Bitte wenden! – Kunstaktionen auf der Rückseite der Stadt“, erschienen Unna, 2003. Im Rahmen von E&C hat das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend den Bundesverband der Jugendkunstschulen und Kulturpädagogischen Einrichtungen e.V. beauftragt, Arbeitshilfen für Kulturpädagogische Projekte mit Kindern und Jugendlichen in benachteiligten Stadtteilen zu erstellen.

DIFU Bundestransferstelle Soziale Stadt (Berlin Mai 2006), Verstetigungsansätze zum Programm Soziale Stadt“, im Auftrag der Bundesregierung,

DIFU Dritte bundesweite Befragung (im Auftrag der Bundesregierung) in den Programmgebieten der "Sozialen Stadt". Zentrale Ergebnisse und Empfehlungen. (Berlin Oktober 2006) Download unter <http://www.sozialestadt.de/veroeffentlichungen/DF10750.pdf> (948 kB)

Grüger, Christine, und Ingegerd Schäuble, Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt in Bayern, Diskursive Bürgerbeteiligung. Bericht zum Modellprojekt, Städtebauförderung in Bayern, Materialien 3, München 2005. Download: www.staedtebaufoerderung.bayern.de

Huth, Susanne (2002) Partizipation durch bürgerschaftliches Engagement in Migrantenselbstorganisationen, S.4, www.inbas-sozialforschung.de

Informationen zur Raumentwicklung (IzR) Heft 1/2007. Bürgermitwirkung in Stadtentwicklungsprozessen. Hrsg.: BBR
Die Möglichkeiten für bürgerschaftliches Engagement und die Bereitschaft dazu sind wesentliche Voraussetzungen der zukünftigen Stadtentwicklung. Aber wie kann die Mitwirkung der Bürger im Aufgabenfeld Stadtentwicklung aussehen? Wie kann die Beteiligung an aktuellen städtebaulichen Aufgabenstellungen vor sich gehen und wie lässt sich eine kommunikative Planungskultur ausgestalten? Erfahrungen, Praxisbeispiele, unterschiedliche Einschätzungen und Betrachtungsebenen finden Sie in diesem Heft.
Kurzfassungen und Bestellmöglichkeit unter: http://www.bbr.bund.de/DE/Veroeffentlichungen/IzR/izr_node.html_nn_n=true

Konzept zur Entwicklung des Augsburger Einzelhandels bis zum Jahr
2010/2015, Schriftenreihe Stadtentwicklungsprogramm Augsburg Nr.30,
2004

Oberste Baubehörde im Bayerischen Ministerium des Innern, Soziale Stadt.
Wege zu einer intakten Nachbarschaft, Städtebauförderung in Bayern,
Arbeitsblatt Nr. 3, München 2000.

www.stmi.bayern.de Infothek: Bauen, Schwerpunkte, Soziale Stadt

Oberste Baubehörde im Bayerischen Ministerium des Innern,
Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt. Integrierbare Förderprogramme,
Städtebauförderung in Bayern, Arbeitsblatt Nr. 5, München 2002.

www.stmi.bayern.de Infothek: Bauen, Schwerpunkte, Soziale Stadt

Stadt Augsburg, Integrierte Stadtteilentwicklung Oberhausen-Nord, Integriertes
Handlungskonzept, Stand: 13.06.2001/21.11.2001

MATERIALIEN

Liste der LOS-Projekte im Gebiet der Sozialen Stadt in Augsburg Oberhausen-Nord

Lokales Kapital für soziale Zwecke (LOS)

Name	Kurzbeschreibung	Träger	TN	Programmtyp
Projekte 2007/2008				
1 Oberhauser Museumsstüble	Etablierung eines ehrenamtlichen Helferkreises für ein Stadtmuseum	Arge Oberhausen e.V.	15	Förderung der beruflichen Qualifizierung und Eingliederung
2 Tag der Vereine	Präsentation der Vereine und Einrichtungen im Stadtteil als Beteiligungsfeld für die Quartiersbewohner/innen	Arge Oberhausen e.V.		Unterstützung lokaler Netzwerke und von Aktivitäten lokaler Vereine
3 Europäischer Computerführerschein	Vertrautmachen von Lehrer/innen mit dem ECDL als Qualifikationsmoment für Ausbildungsplatzsuchende und der Einbeziehung in das Unterrichtsgeschehen	bfz Augsburg		Förderung der beruflichen Qualifizierung und Eingliederung
4 Schreibwerkstatt Oberhausen	Etablierung einer Stadtteil-Internetplattform, technische und methodische Qualifizierung in mehreren Modulen	Gogol-Medien		Förderung der beruflichen Qualifizierung und Eingliederung
5 Stadtteilmütterprojekt Stadtteilmütter - Ausbildung zur interkulturellen Mittlerin	Stadtteilmütter lassen sich als interkulturelle Mittlerinnen in der Familien- und Sozialberatung ausbilden	Initiative Beratung und Begleitung e.V.		Förderung der beruflichen Qualifizierung und Eingliederung

6	Oberhausen Tag - Dorrfest	Etablierung eines Organisationskomitees für das Stadtteilstfest	Ideenwerkstatt		Förderung der beruflichen Qualifizierung und Eingliederung
7	Qualifizierung Kulturcafé 2008	Betriebliche Verfestigung des internationalen Kulturcafés als Migrantinnenprojekt	Ideenwerkstatt		Förderung der beruflichen Qualifizierung und Eingliederung
8	Multiplikatoren-schulung Potential Assessment	Ausbildung von Lehrer/innen im Potential-Assessment-Verfahren	Infau lern/statt	8	Förderung der beruflichen Qualifizierung und Eingliederung
9	Fähigkeitenparcours	Stärke - Schwächen-Analyse für Schüler von Abgangsklassen mit Nachbereitung	gfi Augsburg		Förderung der beruflichen Qualifizierung und Eingliederung
10	Eltern aktiv	Beratung und Aktivierung von Eltern bei der Berufsfindung für ihre Kinder	bfb Augsburg		Förderung der beruflichen Qualifizierung und Eingliederung
11	Gesunde Pause	Schüler/innen der Martinschule sichern in einem Übungsbetrieb die Pausenverpflegung	Martinsschule		Förderung der beruflichen Qualifizierung und Eingliederung
12	Zukunft Oberhausen - Aktivierende Befragung	Untersuchung	Roland Eichmann		Unterstützung lokaler Netzwerke und von Aktivitäten lokaler Vereine
13	Leb Dein Leben - Kompetenzstärkung von Förderschüler/innen	Thematisierung und Überwindung besonderer Übergangsprobleme nach der Schulzeit in Theorie und Praxis	Stadtjugendring Jugendhaus H20		Förderung der beruflichen Qualifizierung und Eingliederung

**Projekte
2006/2007**

1	SoKO OBERHAUSEN- soziale Kompetenz Oberhausen	Aktive Vernetzungsarbeit im Stadtteil insbesondere zwischen den Migrantenorganisationen	Mesopotamien Verein e.V.	15	Unterstützung lokaler Netzwerke und von Aktivitäten lokaler Vereine
2	Akademie für Ehrenamt und Freiwilligenarbeit (AEF)	Schulung von Vereinsvorständen in mehreren Seminarmodulen	Roland Eichmann kommunikation & beratung	24	Unterstützung lokaler Netzwerke und von Aktivitäten lokaler Vereine
3	Qualifizierungskurs für Stadtteilmütter "Konflikte im Stadtteil lösen"	Die Stadtteilmütter gehen in den Stadtteil und moderieren in Konfliktfällen	Initiative Beratung und Begegnung e.V.	6	Förderung der beruflichen Qualifizierung und Eingliederung
4	Kulturbüffet- Internationales Catering	Migrantinnen entwickeln eine Berufsperspektive in der Gastronomie: Aufbau eines Cateringbetriebs, Abwicklung von Cateringaufträgen	Ideenwerkstatt	20	Förderung der beruflichen Qualifizierung und Eingliederung
5	OBERHAUSER KULTURKÜCHE- das internationale (Frauen-) Cafe	Migrantinnen entwickeln eine Berufsperspektive in der Gastronomie: Cafébetrieb und Schulverpflegung in der 3-Auen-Schule	Ideenwerkstatt	17	Förderung der beruflichen Qualifizierung und Eingliederung
6	"Fit für Oberhausen" FörderschülerInnen bereiten einen gesunden, vollwertigen Mittagstisch im Jugendhaus	Kooperationsprojekt von Förderschule und Jugendhaus, Übungsbetrieb zur Sicherung der Schulverpflegung	Stadtjugendring	15	Förderung der beruflichen Qualifizierung und Eingliederung
7	Logo für Oberhausen	Erarbeitung und Etablierung eines neuen Logos für die Wirtschaft und Vereine im Stadtteil	Roland Eichmann Kommunikation und Beratung		Unterstützung lokaler Netzwerke und von Aktivitäten lokaler Vereine

8	Ermittlung eines Stärkenprofils: "Wo sind meine Stärken?"	Stärke - Schwächen-Analyse für Schüler der Abgangsklassen der Kapellenschule im Potential-Assessment-Verfahren	infau lern/statt gGmbH	25	Förderung der beruflichen Qualifizierung und Eingliederung
---	---	--	------------------------	----	--

Projekte 2005/2006

1	Perspektive 20plus durch Jugendpaten	Etablierung des Job-Paten-Modells im Stadtteil	Augsburg Integration Plus GmbH		Förderung der beruflichen Qualifizierung und Eingliederung
2	Schaufenster Oberhausen	Gewinnung von Firmen und Vereinen zum Aufbau einer Internet-präsenz mit lokalen Informationen zu Oberhausen	Augsburg Integration Plus GmbH	29	Unterstützung lokaler Netzwerke und von Aktivitäten lokaler Vereine
3	Stadtteilkonferenz / Gründung eines Netzwerks Oberhausen	Aufbau eines stadtteilbezogenen Fachgremiums von Vereinen, Institutionen und Einrichtungen	Roland Eichmann kommunikation & beratung	45	Unterstützung lokaler Netzwerke und von Aktivitäten lokaler Vereine
4	Vorbereitung für ein Konfliktmanagement für Fälle von Nachbarschaftskonflikten in Oberhausen	Vorbereitungsmaßnahme für die Ausbildung von Mediator/innen im Quartier	Evangelisches Bildungswerk Augsburg e.V.		Unterstützung lokaler Netzwerke und von Aktivitäten lokaler Vereine
5	Netzwerk Bürgerengagement in Augsburg-Oberhausen / Vorarbeiten zum Bürgertreff 3 - Auen - Schule	Erarbeitung eines Bedarfs- um Umsetzungsplans für die soziale Funktion der neuen 3-Auen-Schule	Freiwilligen-Zentrum Augsburg	43	Unterstützung lokaler Netzwerke und von Aktivitäten lokaler Vereine

6	Stadtteilmütter	Förderung der zweisprachigen Entwicklung von Kindern	Initiative Beratung und Begegnung e.V.	59	Förderung der beruflichen Qualifizierung und Eingliederung
7	Netzwerk Oberhausen	Intensivierung der Vernetzung im Stadtteil insbesondere unter Migrationsaspekten	Mesopotamien Verein Augsburg e.V.	30	Unterstützung lokaler Netzwerke und von Aktivitäten lokaler Vereine
8	"Erzähl mir was von Dir" - ein Theaterprojekt für Oberhauser Jugendliche	Integratives Theaterprojekt im Stadtteil	Willibald Spatz	43	Förderung der beruflichen Qualifizierung und Eingliederung
9	Fünf Sterne für Oberhausen - Kochbuch mit Rezepten aus Oberhausen	Migrantinnen erarbeiten ein Kochbuch mit Rezepten aus verschiedensten Ländern	Ideenwerkstatt	20	Förderung der beruflichen Qualifizierung und Eingliederung
10	Broschüre (Leitfaden) für Oberhauser Unternehmer	Erarbeitung und Herausgabe eines Leitfadens mit wichtigen Informationen für Gewerbetreibende	Hansel Gertrud	28	Unterstützung lokaler Netzwerke und von Aktivitäten lokaler Vereine
Projekte 2004/2005					
1	Lernen lernen	Schulunterstützendes Projekt für jugendliche Migrant/innen mit besonderen Lernproblemen	Arbeiterwohlfahrt Mosaik - Interkulturelle Bildung und Begegnung	25	Förderung der beruflichen Qualifizierung und Eingliederung

2	Frauen-Gesundheits-Netz	Projekt zur Verbesserung der gesundheitlichen Situation von Migrantinnen	Arbeiterwohlfahrt Mosaik - Interkulturelle Bildung und Begegnung	20	Förderung der beruflichen Qualifizierung und Eingliederung
3	Beratung, Koordination und Clearing zum Thema "Kinderbetreuung" im Stadtteil Augsburg-Oberhausen	Einzelfallberatung und Hilfe zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Ausbildung/Beruf	bfz Augsburg	14	Förderung der beruflichen Qualifizierung und Eingliederung
4	Aufbau und Pflege eines Netzwerkes zur Beratung und Integration von Schul- und AusbildungsabbrecherInnen im Quartier Oberhausen-Nord	Intensivberatung und -begleitung jugendlicher Ausbildungsabbrecher/-innen	Sozialpädagogisches Institut der Augsburger		Förderung der beruflichen Qualifizierung und Eingliederung
5	Multiplikatoren-schulung zum Praktikum		gfi Augsburg	6	Förderung der beruflichen Qualifizierung und Eingliederung
6	"Schule aus und jetzt?" Probleme und Potentiale von SchülerInnen beim Übergang in die Arbeitswelt	Untersuchung besonderer Hemmnisse und Problemfelder im Übergang Schule-Beruf	Prisma e.V. - Familien- und Jugendhilfe		Förderung der beruflichen Qualifizierung und Eingliederung
7	Väter - Junge - Mannsein. Jungenarbeit anhand eines Videoprojekts	Geschlechtsspezifisches Projekt zur Thematisierung besonderer	Bernd Bönsch		Förderung der beruflichen Qualifizierung und Eingliederung
8	Who is who in Oberhausen - eine Gewerbedatenbank für Oberhausen	Aufbau einer Gewerbedatenbank	Augsburg Integration Plus GmbH		Unterstützung lokaler Netzwerke und von Aktivitäten lokaler Vereine

9	Betriebsbefragung: Ausbildungssituation und Entwicklungspotentiale	Bestandsaufnahme der Ausbildungssituation zur Erschließung zusätzlicher Ausbildungskapazitäten	Augsburg Integration Plus GmbH		Unterstützung lokaler Netzwerke und von Aktivitäten lokaler Vereine
10	Empowerment der Oberhauser Wirtschaft	Betriebliche Beratung und Stützung von Oberhauser Klein- und Mittelbetrieben	Gertrud Hansel		Unterstützung lokaler Netzwerke und von Aktivitäten lokaler Vereine
11	"Wie war ich?" Ein Projekt zur Rückmeldung nach einem Schnupperpraktikum	Reflexionsprojekt zur Vertiefung von Praktikumserfahrungen von Schülern der Abgangsklassen	Prisma e.V.- Familien- und Jugendhilfe	8	Förderung der beruflichen Qualifizierung und Eingliederung
12	JOberhausen Koordinierungsstelle für Schulpraktika der Haupt- und Förderschulen in Oberhausen	Aufbau eines Netzwerks zur Koordination von Praktikumsseinsätzen	Augsburger Verein für Lehmbau, Bildun		Förderung der beruflichen Qualifizierung und Eingliederung
13	"Stadtteilmütterprojekt", Qualifizierung von Multiplikatorinnen für interkulturelle Sprachförderung	Weiterbildung der Stadtteilmütter zu Multiplikatorinnen im Stadtteil	Initiative Beratung und Begegnung e.V. (IBB)	6	Förderung der beruflichen Qualifizierung und Eingliederung
14	"Erfahre deine Stärken" Potential Assessment für Oberhauser SchülerInnen zur gezielten Praktikums- und Ausbildungsplatztaquise	Stärkenanalyse für Schüler der Abgangsklassen der Kapellenschule im Assessment-Verfahren	infau lern/statt gGmbH	18	Förderung der beruflichen Qualifizierung und Eingliederung
15	Gemeinsam Oberhausen - Durch Aktion zum Erfolg!	Stärkung der Stadtteilidentifikation bei Oberhauser Gewerbetreibenden	AIP Augsburg Integration Plus GmbH	75	Unterstützung lokaler Netzwerke und von Aktivitäten lokaler Vereine

16	0 - points Bonus durch Praktikum	Etablierung eines Bonusystems für die erfolgreiche Ableistung von Praktika	Ideenwerkstatt	23	Förderung der beruflichen Qualifizierung und Eingliederung
----	----------------------------------	--	----------------	----	--

**Projekte
2003/2004**

1	Ohne Beruf nichts LOS - Sprachoffensive "Deutsch und Beruf"	Sprachförderung für Migrantinnen zur Erleichterung der beruflichen Eingliederung	Arbeiterwohlfahrt Mosaik - Interkulturelle Bildung und Begegnung	15	Förderung der beruflichen Qualifizierung und Eingliederung
---	---	--	--	----	--

2	QuA-Vorbereitung zur Verbesserung der Ausbildungschancen von Mädchen	Vorbereitung von Schülerinnen und Schüler der 8. und 9. Klassen der Kapellenschule (Hauptschule) für den Qualifizierenden Hauptschulabschluß	Arbeiterwohlfahrt Bezirk Schwaben	10	Förderung der beruflichen Qualifizierung und Eingliederung
---	--	--	-----------------------------------	----	--

3	Sozialcoaching in Oberhausen-Nord	Unterstützung und Berufsintegration langjähriger Sozialhilfeempfängern/-empfängerinnen	Bfz gGmbH	7	Förderung der beruflichen Qualifizierung und Eingliederung
---	-----------------------------------	--	-----------	---	--

4	Schülerfirmen an der Martinschule: Waschen und Backen oder: Was war los mit LOS"	Ausbildungsqualifizierung von Förderschüler/innen durch Schülerübungsfirmen an der Martinschule (Förderschule)	Martinsschule	15	Förderung der beruflichen Qualifizierung und Eingliederung
---	--	--	---------------	----	--

5	Integration durch Jugendarbeit im Verein	Integration einer irakischen Familie in die Arbeit eines Fußballvereins	DJK West	3	Förderung der beruflichen Qualifizierung und Eingliederung
---	--	---	----------	---	--

6	1+1=3 -einfach Mehrwert schaffen	Unternehmer und Gründer stärken, Marketingkonzept für Oberhausen,	Augsburg Integration Plus AIP		Förderung der beruflichen Qualifizierung und Eingliederung
7	Lernstube: Weiterführende Hilfen und Unterstützung bei der Erreichung des Hauptschulabschlusses bzw. Qualifizierenden Abschlusses	Lernstube: QuA-Vorbereitung für Oberhauser Schüler der 9. Klassen an der Löweneck-Schule	gfi gGmbH	21	Förderung der beruflichen Qualifizierung und Eingliederung
8	Neue Chancen für Oberhausen - Frauen gründen Unternehmen	Sensibilisierung von Frauen für die berufliche Selbständigkeit	Bfz gGmbH	12	Förderung der beruflichen Qualifizierung und Eingliederung
9	Ralf Ahlers	Hilfe bei der Existenzgründung durch Unterstützung der Vorbereitung zur Meisterprüfung	Herr Ahlers	1	Förderung der beruflichen Qualifizierung und Eingliederung
10	Oberhausen in Bildern - ein Fotosprachkurs	Sprachliche Kompetenzerweiterung durch fotografische Arbeit und Exkursionen im Stadtteil	Ideenwerkstatt	15	Förderung der beruflichen Qualifizierung und Eingliederung
11	"Leinen los"	Ausbildungsqualifizierung von Schülerinnen und Schülern: Bau von Marktständen für Oberhausen	Infau lernstatt	26	Förderung der beruflichen Qualifizierung und Eingliederung
12	"Learning by doing" - Schüler arbeiten mit außerschulischen Fachleuten und Künstlern	Ausbildungsqualifizierung von Schülerinnen und Schülern: Fachleute in der Schule	Kapellen-VS	41	Förderung der beruflichen Qualifizierung und Eingliederung

13	"Oberhausen steigt auf"	Ausbildungsqualifizierung von arbeitslosen Jugendlichen durch Stärkung von Berufstugenden: Bau einer Kletterwand	Stadtjugendring	16	Förderung der beruflichen Qualifizierung und Eingliederung
14	Rollentausch	Ausbildungsqualifizierung von Jugendlichen und Erwachsenen durch kultursensible Theaterarbeit	Tyatiro Biber	280	Förderung der beruflichen Qualifizierung und Eingliederung
15	Gründer und Geschäftsinhaber - fit für Oberhausen	Stärkung des ansässigen Gewerbes, Entwicklung gemeinsamer Marketingaktionen	Augsburg Integration Plus AIP, IHK	20	Förderung der beruflichen Qualifizierung und Eingliederung
16	Stadtteilmütter-Projekt / Ein Konzept für interkulturelle Sprachförderung im Stadtteilnetzwerk	Förderung erzieherischer und sprachlicher Kompetenzen von Migrantenfamilien	Hamdiye Cakmak	29	Förderung der beruflichen Qualifizierung und Eingliederung
17	Interkulturelles Kompetenztraining für muslimische Frauen zur Unterstützung der sozialen und beruflichen Integration	Interkulturelle Gesprächskreise und Exkursionen mit Müttern in zwei Kindertagesstätten	Caritasverband Diözese Augsburg	30	Förderung der beruflichen Qualifizierung und Eingliederung
18	Sprachkurs für Irakerinnen und Iraker	Deutsch-Sprachkurs für neu angekommene junge Menschen und Erwachsene aus dem Irak und angrenzenden Ländern	Bethnarin Informations- und Sozialbüro Augsburg e.V.	18	Förderung der beruflichen Qualifizierung und Eingliederung